

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 24. November 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Die Fleischnot in offizieller Beleuchtung.

Am Mittwoch sind im Reichstag zwei Hefte ausgelegt worden, die allgemeines Interesse verdienen. Beide Hefte sind herausgegeben vom kaiserlichen Gesundheitsamt. Das eine Hefte behandelt die „Ergebnisse der Schlachtvieh- und Fleischbeschau“, das andere stellt sich vor als „Denkschrift über den Einfluß der Fleischherzeugung auf die Volksernährung“.

In der erstgenannten Schrift wird nachgewiesen, daß von dem nach Deutschland eingeführten frischen zubereiteten Fleisch relativ sehr wenig hat zurückgewiesen werden müssen, daß aber der Gesundheitszustand der deutschen Schlachtvieh keineswegs der beste ist. Untersucht wurden im Jahre 1908 an frischem Fleisch, das aus dem Ausland kam, 120.592 Tierkörper im Gewicht von 134.517,10 Doppelzentner. Davon wurden beanstandet nur 999 Körper im Gesamtgewicht von 1289,73 Doppelzentner; 9 Körper im Gewicht von 11,55 Doppelzentner sind freiwillig vor der Untersuchung zurückgezogen worden, so daß also 119.584 Tierkörper im Gewicht von 130.717,66 Doppelzentner die Grenze passierten.

Bei dem aus dem Ausland gekommenen „zubereiteten Fleisch“ war das Verhältnis folgendes: Zur Untersuchung gestellt wurden 972.330 Fleischstücke im Gewicht von 43.343,99 Doppelzentner. Zur Einführung zugelassen wurden 937.389 Stücke im Gesamtgewicht von 43.708,34 Doppelzentner.

Mit diesen wenigen Angaben wollen wir uns begnügen; sie reichen vollkommen aus, um die agrarischen Behauptungen von dem „ekelhaften“ Fleisch des Auslandes glatt zu Boden zu schlagen. Wie steht es nun mit den Behauptungen von dem gesunden nationalen Schwein und Rind?

Es würde zu weit führen, im einzelnen nachzuweisen, wie sehr das deutsche Vieh heimgesucht wird von allerlei Seuchen; es mag die Angabe genügen über den Stand der Tuberkulose.

Es betrug im Jahre 1908 der Reichsdurchschnitt an Tuberkuloseerkrankungen

Rinder pro 1000 Stück	341 pro Tausend
Schweine pro 1000 Stück	28,4
Winder pro 1000 Stück	208,81

Recht interessant ist, zu beobachten, wie in den einzelnen Landesteilen die Tuberkulose haust:

Lübeck	402,12	Schlesien	206,95
Königreich Sachsen	375,88	Schwarzb.-Sonderhausen	205,16
Schleswig-Holstein	336,97	Wofen	180,35
Mecklenburg-Schwerin	335,34	Bremen	172,58
Sachsen-Altenburg	313,56	Fisch.-Vohringen	164,70
Stadt Berlin	305,11	Hessen	162,29
Mecklenburg-Strelitz	279,40	Sachsen-Coburg-Gotha	156,88
Sachsen-Weimar	271,34	Hannover	154,85
Provinz Sachsen	270,72	Vraunschwweig	137,97
Pommern	270,61	Württemberg	135,57
Neuß 1. L.	250,10	Baden	135,03
Neuß 2. L.	237,25	Schwaburg-Audolstadt	128,59
Brandenburg	232,76	Bayern	119,24

Sehen wir von dem verhältnismäßig kleinen Lübecker Gebiet und dem industriellen Sachsen ab, so zeigt sich, daß in den übrigen Landesteilen, in denen die Viehzucht ganz besonders entwickelt ist — in Schleswig-Holstein und in Mecklenburg-Schwerin — die Tuberkulose der Rinder in geradezu besorgniserregender Weise grassiert.

Wenn die Grenzsperr für Schlachtvieh und die Bestimmungen der Schlachtvieh- und Fleischbeschau begründet werden mit dem Hinweis auf das kranke Vieh und das schlechte Fleisch des Auslandes, so ist das purer Schwindel. Kein ausländischer Mensch wird das törichte Verlangen stellen, durch aufsichtlose Einfuhr den deutschen Viehstapel und die Volksgesundheit zu gefährden. Vieh und Fleisch könnten in der Höhe des Bedarfs eingeführt werden, ohne daß irgendwelche Gefahren für Mensch und Vieh dadurch heraufbeschworen würden.

In der erwähnten Denkschrift soll nachgewiesen werden, daß eine Fleischnot im Reiche nicht existiert. Es ist vom Reichsgesundheitsamt festgestellt worden, daß auf den Kopf der Bevölkerung der Fleischverbrauch sich stellt:

1904	52,05 Kilogramm	1907	52,98 Kilogramm
1905	51,47	1908	53,28
1906	50,52	1909	52,91

Freilich, so heißt es, müsse beachtet werden, „daß die vom kaiserl. Gesundheitsamt veröffentlichten Fleischverbrauchsdaten sich nicht lediglich auf Muskelfleisch beziehen. Sie schließen auch einige Teile von Schlachtieren ein, welche für die eigentliche Fleischversorgung des Volkes nicht in Betracht kommen, nämlich gewisse Knochen und Fetttteile (insbesondere die Knochen der Wirbelsäule, des Beckens, der oberen Beine sowie das Nierenfett, Rückenfett und Bauchfett), die bei der Berechnung des Schlachtgewichts mitgezählt zu werden pflegen. Anher acht gelassen sind hier dagegen die eßbaren inneren Eingeweide, wie Leber, Herz und Lunge“.

Während nun die „Eingeweide“ auf 5 Proz. berechnet wurden, schätzt das R.-G.-A. das Gewicht der bei dem Fleischkonsum mitgerechneten Knochen und Fette auf 30 Proz., so daß von dem oben angeführten Durchschnittsverbrauch 25 Proz. — der vierte Teil — abgerechnet werden muß. Um dieses Weniger wieder auszugleichen, also ein besseres Resultat zu

erlangen, läßt dann das R.-G.-A. bei seinen weiteren Berechnungen alle unter 6 und über 70 Jahre alten „Köpfe“ außer Betracht. Das sind rund 10 Millionen Menschen.

In der Tat, das Bestreben der Behörden, die die agrarische Politik verteidigen wollen, ist sehr bedenklich. So weit geht das Reichsgesundheitsamt jedoch nicht, die Fleischsteuerung zu bestreiten. Es kann nicht umhin, folgende Uebersicht bekanntzugeben:

Vom Jahre 1900 bis zum Jahre 1910 erhöhte sich der Preis für 1 Kilogramm

	Rindfleisch	Lammfleisch	Schweinefleisch	Rindfleisch
bessere Qualität um	34,1 Pf.	33,3 Pf.	34,3 Pf.	23,7 Pf.
geringere	35,4	34,0	30,4	21,8

Kann nun ein Reichsamt unter der Herrschaft der Agrarier zugeben, daß diese exorbitante Preissteigerung verschuldet worden ist 1. durch das bedauerliche Unvermögen der heutigen Viehzüchter, den Bedarf zu decken; 2. durch die Zoll-, Grenzsperr- und sonstigen Bestimmungen? Nein! Deshalb schreibt das Reichsgesundheitsamt:

„Die augenblickliche Fleischsteuerung ist wohl durch eine Reihe teils vorübergehender, teils dauernd wirkender Umstände verursacht.“

Sinnreicher hätte Karlchen Niesnick sich auch nicht ausdrücken können. Nun ist bekannt, daß das Reichsgesundheitsamt immerhin die relativ objektivste Reichsbehörde ist. Dem Verfasser der Denkschrift ist es wohl auch nicht ganz gleichgültig, ob der gute Ruf des Amtes leichtfertigweise aufs Spiel gesetzt wird. Deshalb soll das Amt bis zu einem gewissen Grade salbiert werden durch folgende Bemerkungen:

„Die in den Jahren 1906 bis 1910 erstes Halbjahr pro Kopf der Bevölkerung Deutschlands und zwar die Personen im Alter von 6 bis 70 Jahren zur Verfügung gewesenen 50 bis 55 Kilogramm Fleisch (das heißt Fleisch der Schlachtvieh, der Fische, von Geflügel und Wildbret) dürfen aber nicht ohne weiteres für die Verteilung der Ernährungsmöglichkeit einzelner Bevölkerungsklassen benutzt werden. Von einem sehr großen Teile der Bevölkerung wird Fleisch nicht täglich gegessen, und die weiblichen Personen nehmen weit geringere Quantitäten Fleisch und überhaupt an Nahrung (etwa 1/2) zu sich als die Männer. Außerdem verzeht die städtische Bevölkerung erfahrungsgemäß bedeutend größere Mengen Fleisch als die ländliche.“

Damit ist das Zugeständnis gemacht, daß die Durchschnittsberechnung des Fleischkonsums auf den Kopf der Bevölkerung durchaus irreführend ist. Die wohlhabenden Kreise essen viel mehr Fleisch, als die Durchschnittsziffer angibt.

Der schöne Schluß, zu dem die Denkschrift gelangt, lautet: „Ebenso wenig wie die bestehende Fleischsteuerung zu einer Fleischnot bisher geführt hat, ebenso kann im Hinblick auf die vorstehend dargelegten Gründe zurzeit von einer vorhandenen oder drohenden Unterernährung des deutschen Volkes im allgemeinen die Rede sein.“

Sollte man einen solchen Unsinn für möglich halten? Die Fleischsteuerung hat bisher eine Fleischnot nicht hervorgerufen! Sollte denn nicht den Gelehrten des R.-G.-A. der Gedanke gekommen sein, daß vielleicht umgekehrt die Fleischsteuerung durch die Fleischnot hervorgerufen worden ist?

Koststand oder Koststandsrummel?

Zwei gleichzeitig eingebrachte Interpellationen führten am Dienstag im Reichstag zu einer lebhaften Debatte über die Lebensmittelverknappung. Die Sozialdemokraten gingen von der Ansicht aus, daß ein wirklicher Koststand im Lande besteht und fragten deshalb den Reichsfinanzminister, was er zu tun gedente, um diesen Koststand zu beseitigen oder doch zu mildern. Die Konservativen dagegen bestreiten, obgleich sie die Fleischsteuerung zugeben, das Bestehen eines Koststandes und suchen deshalb durch ihre Interpellation allen Wahregeln vorzubeugen, die auf eine Herabdrückung der Preise hinwirken können. Sie tun das natürlich „im Interesse der Landwirtschaft“. Einer ihrer Redner, der badische Rentmeisterbauer Rupp, prägte mit echt agrarischem Portgefühl den agrarischen Gedanken in den Satz um, es gebe keine Fleischnot, sondern nur einen Fleischnotrummel. So spielte sich denn die Debatte zu auf die Frage: Koststand oder Koststandsrummel?

In eingehender Weise legte in Begründung der sozialdemokratischen Interpellation Genosse Emmel die tatsächlichen Zustände dar. Wie eine unsehbare Preissteigerung aller Lebensmittel zwar zunächst auf allgemein wirkende Ursachen zurückgeführt werden müsse, wie aber die künstliche Steigerung der Lebensmittelpreise in Deutschland über den Weltmarktpreis hinaus durch die Hölle bewirkt werde. Dann komme beim Getreide außerdem noch hinzu die Aufhebung des Identitätsnachweises, beim Fleisch die unnötig strenge Grenzsperr wegen Seuchengefahr.

Sehr eindrucksvoll gestaltete sich der durch ausgiebiges Material unterstützte Nachweis unserer Genossen, welche ungeheuren Kosten dem Volk die künstliche Steigerung der Lebensmittel auferlegt, und wie als Gegenordnung dazu sich eine Einnahmesteigerung gerade der reichsten Großgrundbesitzer, darunter viele Monarchen, Fürsten und Grafen ergibt. Emmel verlangte deshalb die Aufhebung der Hölle und die Öffnung der Grenzen für Fleisch und Vieh. Eindöch in verschiedenen Orten bereits sehr günstige Erfolge mit der Einfuhr argentinischen Fleisches erzielt worden. Zum Schluß land er kräftige Worte gegen den Lebensmittelwucher des Bundes der Landwirte. Während der Rede Emmels suchten die Agrarier auf der Rechten und im Zentrum ihre Gleichgültigkeit gegen den Koststand durch lautes Schwatzen darzutun. Herr v. Röcher leistete sich noch eine Extrademstration. Er setzte sich unmittelbar neben den Redner

auf den Referentenstuhl und verank dann schelmisch, den Kopf auf die Brust gesenkt, in einen sanften Nachmittagsdick.

Der konservative Redner Rupp, von dessen händlerischen Schlagworten wir vorhin eine Probe gegeben haben, hatte eine einfache Erklärung für die „Fleischnot“. Sie sei eine „Fata Morgana“ und der Sozialdemokratie erforderlich als Wahlmanoe. Er bestritt rundweg jedwede Not und tadelte die Zulassung ausländischen Viehes.

Zur Beantwortung der Interpellation hatten sich der Staatssekretär Debrück und der neue preussische Landwirtschaftsminister v. Schorlemer eingefunden. Beide stellten sich natürlich unumwunden auf den agrarischen Standpunkt. Besonders der Sprößling des Zentrumsführers v. Schorlemer-Witt suchte es recht deutlich zu machen, daß Agrarisch Trumpf ist. Er erntete starken Beifall bei den Konservativen, während das Zentrum dem „Nationalsozialisten“ gegenüber trotz voller Uebereinstimmung mit seinen Reden sich auffällig kühl berhielt. Sachlich war in der Rede beider Minister nichts enthalten, was nicht schon aus amtlichen Denkschriften oder agrarischen Leitartikeln bekannt war. Sie operierten mit dem Radwies, daß der Fleischkonsum nur wenig gesunken sei in Deutschland und daß Seuchengefahr bei Öffnung der Grenzen für Fleisch bestehe. Herr Debrück war in seinen Darlegungen wie immer der korrektere Bureaufkrat. Herr v. Schorlemer war nicht minder korrekt, aber mit ausgesprochen aristokratischen Mäuren. Seine Rede mutete an wie durchwachsender Speck: hinter jedem Wort eine Kunstpause. Dabei leidet er die trivialsten Gedanken mit pomphaften Worten in das festliche Gewand einer tiefstimmigen Offenbarung. So wenn er feierlich sagte: „ich will nicht unterliegen, ob es außer Fleisch nicht auch noch andere Nahrungsmittel gibt.“ Die große Heiterkeit, die auf der Linken durch diesen Druckspruch ausgelöst wurde, wird der edle Herrscher hoffentlich als einen schönen parlamentarischen Erfolg buchen. Zweifelslos erzielte er dann auch noch einige Ueberraschung, als er am Schluß seiner Rede ausrief, daß die Grenzsperr gerade im Interesse der Kleinbauern und Arbeiter aufrecht erhalten werden müsse.

In der Besprechung der Interpellation fanden die Ministererklärungen natürlich volle Zustimmung des Herrn Herold vom Zentrum. Er pries die Einsicht seiner Partei, weil sie sich bereits 1878 für Lebensmittelpreise ausgesprochen habe, er meinte, nur bei den Parteien der äußersten Linken sei man noch so „rückständig“, gegen Lebensmittelpreise zu stimmen.

Herr Stauffer, seines Reichens Gutsbesitzer aus der Pfalz und süddeutscher Bauernbündler, war eine verbesserte Auflage des Herrn Rupp. Dann wurde die Debatte auf Donnerstag vertagt.

Über gibt es morgen die Wahl eines zweiten Vizepräsidenten. Es scheint sich nämlich im Schnapsblock endlich ein Kandidat für den vom Prinzen Hohenlohe leergelassenen Sessel gefunden zu haben.

Julie Bebel.

Unsern August Bebel hat ein schwerer Verlust getroffen, der schmerzlichsste, der ihn in seinem persönlichen Leben treffen konnte. Am Dienstagabend ist ihm in Jürich seine Frau gestorben, die treue Gefährtin des großen Kämpfers, dem sie allezeit sein Heim zu einer Zufluchtsstätte des Friedens und der Erholung zu bereiten verstanden hat. Frau Julie war eine Leipziger Proletariatsdokter, die im Jahre 1866 Bebel's Frau wurde. Seitdem hat sie alles Leid und alle Freuden mit ihrem Manne geteilt, die Schwierigkeiten der Anfänge, die wechselvollen Schicksale des Aufstieges, die Siege und Triumphe der späteren Zeit. Frau Julie ist immer in allem stürmischen Wechsel dieselbe geblieben: die gütige, liebevolle Frau, die mit mütterlicher Sorge die Ihren betreute, die ihrem Manne eine gute und treffliche Gefährtin war, mit der er alles besprach und deren Urteil er so hoch stellte, daß ihre Meinung den Ratschen und Temperamentvollen stets zu neuer Prüfung veranlaßte, wenn sie von der seinen abwich. Und jene Güte und liebevolle Sorgfalt, die den Grundzug ihres Wesens bildete, übertrug die sorgende Frau auf alle, die das Glück hatten, ihr näher zu treten. Und viele waren es. Denn Frau Julie war, wie es ja auch nicht anders sein konnte, ein Stück Parteimutter, und alle, die zur Partei gehörten, gehörten auch ein wenig zu ihr, durften ihren Rat und ihren Beistand — und nie vergeblich — erbitten. Wo sie helfen konnte, half sie, und wo sie es nicht konnte, wußte sie zu trösten und zu lindern. Ihr Urteil war stets milde und immer suchte sie versöhnend und schlichtend zu wirken.

Diese sanfte und zärtliche Frau war die glücklichste Ergänzung ihres feurigen und temperamentvollen Mannes. In einer langen, glücklichen Ehe sind diese beiden so wertvollen Menschen innig zusammengewachsen. Bebel selbst hat uns gesagt, was ihm diese Frau gewesen ist.

Für einen Mann, der im öffentlichen Leben mit einer Welt von Gegnern im Kampfe liegt, ist es nicht gleichgültig, was Gottes Kind die Frau ist, die an seiner Seite steht. Sie nachdem kann sie eine Stütze und eine Förderin seiner Bestrebungen oder ein Bleigewicht und ein Hemnis für denselben sein. Ich bin glücklich, sagen zu können, die meine gehörte zu der ersteren Klasse. Meine Frau ist die Tochter

eines Bodenarbeiters an der Leipzig-Magdeburger Bahn, der schon gestorben war, als ich sie kennen lernte. Meine Braut war Arbeiterin in einem Leipziger Putzwaren-Geschäft. Wir verlobten uns im Herbst 1884, kurz vor dem Tode ihrer braven Mutter, und heirateten im Frühjahr 1886. Ich habe meine Ehe nie zu bereuen gehabt. Eine liebevollere, hingebendere, allezeit opferbereitere Frau hätte ich nicht finden können. Leistete ich, was ich geleistet habe, so war dieses in erster Linie nur durch ihre unermüdlende Pflege und Hilfsbereitschaft möglich. Und sie hat viele schwere Tage, Monate und Jahre zu durchkosten gehabt, bis ihr endlich die Sonne ruhigerer Zeiten schien."

Man kann nicht einfacher, aber auch nicht liebevoller und tugender urteilen. Nun hat der Tod getrennt, was unzertrennlich war. Und ein schweres und trauriges Sterben ist es gewesen, das eine tödliche Krankheit dieser lieben und guten Frau auf monatelangen Schmerzenslager bereitet hat.

Alle, die sie gekannt, werden den großen Schmerz in innigster Teilnahme begreifen, den der unersehliche Verlust August Bebel bereitet. Das deutsche, das internationale Proletariat erblickt in diesem schmerzlichen Augenblick seinem greifen, schwergeprüften Vorkämpfer seinen ehrfurchtsvollen, teilnahmsvollen Gruß. Aber August Bebel ist nicht nur Privatmann und gehört nicht nur seiner Familie, nicht nur seinem persönlichen Erlebnis. Er gehört uns, gehört dem Befreiungskampf der Menschheit. Und wenn es in diesen schweren Stunden einen Trost gibt, so ist es der, den die Pflicht der großen Aufgabe ihm zuruft, Menschenleid zu vergessen und zu überwinden in dem gewaltigen Kampfe, in dem er Führer und Vorkämpfer ist.

Reich ist das Leben August Bebels, denn sein Inhalt ist die Geschichte der deutschen Arbeiterklasse, und reich ist das Leben Julie Bebels gewesen, dessen Inhalt das Leben ihres Mannes war.

Die Beerdigung Julie Bebels findet Freitag nachmittag zu Zürich in aller Stille statt.

Die Schlacht gegen die englischen „Auführer“.

Die Mittwoch-Sitzung des Roabit-Prozesses war fast ganz einem der bekanntesten Stücke der „ruhigen“ Schulleute des Herrn Polizeipräsidenten und des Herrn Majors Klein gewidmet. Die Geschichte der vier englischen Journalisten, die die Säbel der preussischen Polizei zu losen bekamen, als sie den „Kriegsschauplatz“ zu Roabit im Automobil bereisten, ist durch die Zeitungen der ganzen Kulturwelt gegangen. Sie hat's verdient; nicht daß sie von einem Fall besonders großer, außergewöhnlicher Brutalität handelt, nicht daß die Affäre eine Ausnahme darstellte; hunderte deutscher Staatsbürger sind ähnlich und schlimmer mißhandelt worden — ebenso grundlos wie die Korrespondenten der britischen Presse. Was dem Fall der Herren die große Beachtung verschafft hat, ist der Umstand, daß die bürgerliche Presse ihn nicht einfach totschweigen konnte, da es sich bei diesem Mauther doch um Fleisch von ihrem eigenen Fleisch handelte, und schon aus dem Verus und der Stellung der Mißhandelten sich ergab, daß sie keine Handlungen begangen hatten, die irgend einen Vorwand zu der Polizeimacht hätten geben können. Aus diesem Grunde, weil hier die bequeme Kunde, daß die Betroffenen durch ihr Verhalten den Schulleuten Anlaß zum Vorgehen mit der Waffe gegeben hätten, selbst in den Augen der polizeifremden Kreise nicht verlangen konnte, für die sonst jede noch so unwahrscheinliche Polizeibehauptung ein Evangelium ist, war dieser Vorfall für die Polizei und die Regierung besonders unangenehm. Schwer fiel ins Gewicht, daß der Eindruck im Auslande ein äußerst ungünstiger war und der Defensivität überall die zwingende Forderung aufgedrängt wurde, daß Schulleute, die also loslos über friedliche Journalisten herfallen, auch sonst der Selbstbehauptung und Umsicht völlig ermangelnd haben müssen. Deshalb die wahrhaft grotesken Verurteilungen der Polizeipräsidenten, die Geschworenengerichte zu beschwichtigen, ohne die Schulleute preiszugeben, Verurteilungen, die in ihrer Hilflosigkeit die Polizei noch ärger bloßstellten, als es ein unumwundenes Eingeständnis der Schuld hätte tun können. Dabei brachte die Polizei es nicht einmal fertig, die übliche Methode der Verdächtigung der Geschworenenführer zu unterlassen — wagte der Herr Polizeipräsident dergleichen in seinem direkten Verkehr mit den Herren Auslandsjournalisten auch nicht zu tun, so wurde es doch polizeiförmig versucht, indem man in die Presse, die Inspirationen der Polizei zugänglich ist, Darstellungen lancierte, wonach die englischen Korrespondenten zum mindesten durch auffälliges Gebaren, durch Äußerungen der Sympathie für die „Auführer“ Anlaß zu Verdacht gegeben hätten.

Durch den Prozeß ist jetzt die Möglichkeit gegeben, der Sache auf den Grund zu gehen. Das Ergebnis ist eine Blamage der Polizei, die durch nichts mehr zu vertuschen ist; ein wahrhaft verächtlicher Schlag wider das lächerliche Märchen von den Schulleuten, die im feindlichen Stein- und Kugelregen, im Kreuzfeuer der Revolver und der Beschimpfungen wahrhaft olympische Ruhe und Sanftmut bewahrt. Wenn das Ergebnis der englischen Journalisten nicht beweist, daß der Polizei in Roabit alsbald jede Besonnenheit verloren ging, daß sie blindwütig ihren Säbel schwingen über Gerechte und Ungerechte, daß ihre „Ruhestiftung“ eine ernste Gefahr für die harmlosesten Straßenspendanten war, daß die überreizten Polizisten selbst über vereinzelte Menschen mit Verleerwut herfielen, so können die sonnenklarsten Tatsachen nicht bewiesen werden.

Ein eigentümlicher Unstern hat nach der Darstellung der Polizei über den Insassen des bewußten Automobils geschwebt. Ein Polizeileutnant war in der Nähe, ein Kriminalwachmeister und ein uniformierter Wachtmeister standen gleich am Gefährt selbst. Die beiden wollten das Automobil weghaben; der eine meint, es hätte vielleicht die Bewegungen der Polizisten stören können — die StraÙe ist dort sehr breit! —, der Kriminal witterte Führer des Aufstandes, da ihm das Märchen der Ordnungspresse, bei den Wahlrechtsdemonstrationen hätten Führer von Automobilen aus die Massen geleitet, im Kopf spukte. Beide aber haben keinen Befehl zum Einhausen gegeben, und haben es ebenso wenig hindern können wie der Leutnant. Die Säbelattacke ist ganz aus Eigenem von den Schulleuten unternommen worden. Von diesen Beamten ist einer vernommen worden und dieser eine hat den rettenden Stein an seiner Brust gefaßt. Und da dieser mysteriöse Stein nun — der, da die Insassen als Werker auscheiden und da auf der Straße in der Nähe des Fahrzeuges keine Personen waren, aus dem kleinen Tiergarten herübergeschossen sein soll — doch etwas fragwürdig erscheint, so hat der Schulmann Wenzel auch noch bemerkt, daß sein Kollege durch einen der Insassen des Automobils bedroht erschien, weil dieser gefährliche Mensch sich erhoben hatte, mit den Armen gestikuliert und — in die Tasche zu greifen im Begriff schien, natürlich um eine Waffe zu ziehen. Diese letztere Angabe ist, wie der Verteidiger Heine scharf

herberküh, ein alter Bekannter in Schymannauslagen, wenn sonst keine Tatsachen vorhanden sind, die dafür sprechen, daß der Beamte bei tätlichem Vorgehen in Rotwehr gehandelt hat. Ein alter Bekannter, der aber nur wenig Kredit genießt. Er kann in diesem Falle ganz gewiß die Situation für die Polizei nicht retten.

Die Schlacht gegen die englischen „Auführer“ haben Schulmann Wenzel und Kameraden gewonnen, dem Polizeipräsidenten aber haben sie mit diesem Sieg eine böse Niederlage bereitet, deren ganze Größe jetzt auch gerichtlich festgestellt ist.

Das ist das Ergebnis des Tages, mit dem die Verteidigung sehr zufrieden sein kann. Zumal auch jene Auslagen, die sich nicht direkt auf die Autoaffäre bezogen, den Eindruck des Hauptstücks nur verstärken konnten. Die Anklagebehörde hat wieder eine Schlacht verloren. Das Gericht aber hat zwei Fragen abgelehnt, die die Verteidigung für notwendig hielt. Deutet das auf eine Verschärfung des Urteils? Die Verteidigung wird sie auszuhalten wissen!

Politische Uebersicht.

Berlin, den 23. November 1910.

Der Arbeitsplan des Reichstages für die nächsten Tage

ist folgender: Zunächst werden die vorliegenden Interpellationen besprochen werden und die erste Lesung des Kurpfuschergesetzes vorgenommen werden. Am Montag oder Dienstag soll die erste Lesung des Schiffabtragsabgabengesetzes begonnen werden, für die man drei Tage in Aussicht genommen hat. Eventuell soll in der nächsten Woche noch ein Schwermetallgesetz abgehandelt werden. Daran wird sich die erste Staatsberatung anschließen.

In der Fraktionsitzung

vom 23. November wurden als Hauptredner zum Etat die Genossen Scheidemann und David bestimmt, zu der Interpellation der Freistimmen, die Beamtenversicherung betreffend, soll Genosse Robert Schmidt reden; zu dem Antrag Rauh, Niedergang des Handwerks behandelnd, Genosse Brühne. In die Kommission betreffend das Gesetz zur Beseitigung von Tierkadavern werden die Genossen Drey und Leber delegiert.

Zur Zentrumsinterpellation über die Reichskadlinge wird Genosse Huber als Redner bestimmt, während zum Kurpfuschergesetz Genosse Zietzsch als Redner vorgesehen ist.

Ein wenig begehrter Posten!

Die Besetzung der zweiten Vizepräsidentenstelle im Reichstage wird im schwieriger. Keiner der Abgeordneten der Reichspartei vertritt sonderliche Neigung, den Lückenbühler zu spielen und bis zur Reichstagsauflösung als Ausschüß-Vizepräsident zu fungieren. Auch Herr v. Dierken, den die Reichspartei wegen seiner hervorragenden geistigen Qualitäten zu diesem Ehrenposten auszuwählen hätte, mag nicht. In dieser Verlegenheit scheint die Reichspartei es für besonders klug gefunden zu haben, sich aufs hohe Pferd zu setzen und großmütig den Nationalliberalen die Besetzung des zweiten Vizepräsidentenpostens anheimzustellen. Die Reichspartei hat nämlich folgenden schönen Vorschlag gemacht:

Nach der Auffassung der Reichspartei wohnt der Wahl des zweiten Vizepräsidenten des Reichstages zurzeit keinerlei Bedeutung bei. Es würde demnach auch nach der in solchen Fällen bisher üblichen Regel zu verfahren sein, daß die Stärke der Fraktionen den Ausschlag gibt. Daher würde die Besetzung der Stelle des zweiten Vizepräsidenten zunächst den Nationalliberalen und, sofern diese ablehnen, den vereinigten Fraktionen der Linken zukommen. Von dieser Auffassung der Reichspartei sind die anderen Fraktionen verständigt worden.

Ein Zweck hat dieser Vorschlag natürlich nicht; und tatsächlich ist denn auch die Reichspartei in aller Stille bemüht, unter ihren Geistesgrößen jemand zu finden, der für einige Zeit Vizepräsident spielen möchte. Gieffert meinte sie in dem Abg. Schulz-Bronberg, der erst seit 1907 dem Reichstage angehört, die gutmütige Seele gefunden zu haben, die sich zur würdigen Vertretung des Amtes eignet; doch auch dieser mag nicht. Vielleicht gelingt es aber doch noch, einen reichsparteiweisen Anwärter zu finden.

Die Einfuhr von Schlachtvieh aus Frankreich.

Nach dem offiziellen Bericht der Direktion des Mannheimer Schlacht- und Viehhofes war die Zufuhr französischen Schlachtviehs auf dem letzten Montagviehmarkt besser als am vorletzten Markttag vor acht Tagen. Während am vorletzten Montag nur insgesamt 22 Stück Großvieh französischer Herkunft auf dem Markt aufgetrieben wurden, betrug der Auftrieb diesmal (bei einem Gesamtantrieb von 1073 Stück) 143 Stück. Darunter befanden sich 50 Ochsen, 43 Ferkeln und 49 Kinder. Die Qualität des eingeführten Schlachtviehs war hervorragend. Trotzdem standen die Preise unter denjenigen, die für einheimisches Schlachtvieh gezahlt werden mußten. Während der Preis für Ochsen höchsten Schlachtwerts im Gesamtdurchschnitt 88 bis 92 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht betrug, war der Preis für französische Ochsen 86 bis 90 Pf. Eine noch erheblichere Differenz zeigt sich bei den Preisen für ausgewässerte Ochsen im Alter von 4-7 Jahren. Hier beträgt der Gesamtdurchschnitt 88-90 Pf., für französische Vieh 80-84 Pf. Für Ferkeln betragen die Preise: Gesamtdurchschnitt für 1. Qualität 80-82 Pf., für französische Ferkeln 72-76 Pf. Gesamtdurchschnitt für zweite Qualität 70-78 Pf., für französische Ware 69-70 Pf. Bei den Kindern, die nur in erster Qualität aus Frankreich eingeführt wurden, betrug der Gesamtdurchschnittspreis 84-88, für französische Ware 78-82 Pf. Die Preisdifferenz zwischen dem Gesamtdurchschnitt und dem Preis für französisches Schlachtvieh beträgt also 2-3 Pf. pro Pfund Schlachtgewicht.

Dieser Bericht widerlegt auf das schlagendste die Behauptung der agrarischen Presse, die da erzählte, daß Frankreich kein brauchbares Schlachtvieh liefern könne und die Deckung der Grenzen deshalb den Schlachtviehmarkt nicht beeinflussen werde.

Gegen die Fleischnot

richtete sich eine große Protestkundgebung, die am Sonntag von den Genossen in Frankfurt a. M. veranstaltet wurde. In zehn zahlreich besuchten Versammlungen erhob die Frankfurter Arbeiterschaft Einspruch gegen das Schlimm der Vieh- und Fleischnot und schändlichen Grenzverträgen. In sämtlichen Versammlungen wurde folgende Resolution angenommen:

Die körperliche und geistige Leistungsfähigkeit unseres werktätigen Volkes ist die Hauptbedingung für das Fortschreiten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens. Sie wird aber aus lauterem Grunde beeinträchtigt durch die vom Lohnsystem herbeigeführte und durch die steigende Fleischsteuerung verschärft Intererernährung der dritten Klassen. Die agrarische Schutzzollpolitik des Deutschen Reichs befördert diese Intererernährung, um den Großgrundbesitzern und Viehzüchtern ungemessene Gewinne zu sichern und die Arbeiter gleichzeitig im Jamme zu halten.

Gegen dieses schmachvolle Ernährungs- und Unterdrückungssystem rufen die Tausende von Frauen und Männern von Frankfurt a. M., die sich am 20. November 1910 zusammengefunden haben, die Massen zum entschlossenen Widerstand und Kampf auf.

Sie erwarten vom Reichstage, daß er unverzüglich energische Maßnahmen, wie Deckung der Grenzen, Aufhebung der Vieh- und

Getreidezölle und Beseitigung der Schranken bei der Vieheinfuhr, von der Reichsregierung verlangt.

Die Versammelten erklären, daß die Vorbedingung zur siegreichen Durchführung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe eine gute Organisation ist, und verpflichten sich deshalb, zur Stärkung der sozialdemokratischen Partei mit allen Kräften beizutragen.

Der Pariser Viehmarkt und die Viehausfuhr nach Deutschland.

Das „Echo de Paris“ bestätigt, daß infolge der Erleichterung der Vieheinfuhr nach Deutschland das Aufkaufen von französischem Vieh auf den Pariser Märkten derart lebhaft ist, daß die Preise bereits stark in die Höhe gingen. Am letzten Donnerstag allein seien mehr als 1200 Rinder für Deutschland gekauft worden. Vorgestern (Montag) eine noch größere Zahl. Die Preise seien deshalb um 80-120 Franken pro Stück gestiegen. Infolgedessen sei eine Verteuerung des Fleisches in Paris zu befürchten und die Regierung habe die Verpflichtung, Maßregeln dagegen zu ergreifen.

Landtagswahl in Neuchâtel.

Am Montag, den 28. November, finden in Neuchâtel die Neuwahlen zum Landtag statt. Der Landtag besteht aus 16 Abgeordneten; davon ist ein Mandat fürstlicher Erbsitz, drei Abgeordnete werden von der Klasse der Höchstbesteuerten (Personen mit einem Einkommen von über 5000 Fr.) gewählt und 12 Abgeordnete gehen aus allgemeinen, gleichen und direkten Wahlen hervor. Der Wirtwart im bürgerlichen Lager ist sehr groß; bis heute, wenige Tage vor der Wahl, haben die Nationalliberalen in der Stadt Gera, die drei Wahlkreise mit je einem Abgeordneten bildet, noch keine Kandidaten nominiert, ebenso wenig die Höchstbesteuerten. Unsere Genossen haben den Wahlkampf mit aller Energie aufgenommen. Sie rechnen bestimmt nicht nur auf eine beträchtliche Zunahme der Stimmen, sondern auch auf die Eroberung einiger Mandate. Bisher saßen nur drei Sozialdemokraten im Landtag.

Der „Fettkellerklub“.

Vor dem Kriegsgericht der 1. Marineinspektion in Kiel spielte sich Ende voriger Woche drei Tage lang ein Prozeß ab, der die so viel gerühmte Ordnung in den militärischen Betrieben, besonders die Aufsicht, in einem seltsamen Lichte erscheinen ließ. Jahrelang haben gewissenlose Vorgesetzte die Mannschaftsküche der 1. Torpedobombardierung in Kiel bestohlen, so daß die Mannschaften um einen Teil ihres Essens geprellt wurden. Trotzdem dieser „Mißbrauch“ mehrere Jahre betrieben wurde, und die ganze Mannschaft darüber erregt und aufgebracht war, ist keiner der höheren Vorgesetzten dahinter gekommen. Nur durch einen Zufall kamen die Epigonalbereien zur Meldung. Ein Obermaat wollte einen Handwerker melden, weil sich dieser einem anderen Obermaaten gegenüber unumtätig benommen hatte. Der Handwerker entgegnete, er wolle gerade erreichen, daß er gemeldet werde; dann kämen ja doch endlich einmal alle Schweinereien an den Tag, die die Mannschaft dürfte ja doch nicht riskieren, die Sache zu melden. Dadurch wurde der Obermaat auf die Geschichte aufmerksam gemacht. Er meldete sie dem Zahlmeister und dieser wieder dem Kompanieführer. So kamen die Feldwebel Bergmann, Rongener, Simon, der Vizefeldwebel Bornemann, der Torpedobermaatschiffmeister Stoff und die Torpedoberbootmannschaftsleitmann, Mrowitz und Schäfer als Angeklagte vor das Kriegsgericht. Stoff war Küchenunteroffizier. Die Zahl der aus der Küche zu verpflegenden Mannschaften betrug mitunter 800. Die Angeklagten haben fast täglich im Zimmer des Angeklagten Stoff morgens, mittags und abends gegessen, trotzdem sie außer Penne waren. Die Lebensmittel kamen aus der Mannschaftsküche und wurden von den Köchen der Küche zubereitet. Außer dem wanderten Fleisch, Reis, Zucker, Kaffee, Kakao, Kornedbeef, Pökelfleisch, Brot, Butter usw. in die Wohnungen der Angeklagten. Seitmann war Kammerunteroffizier und ließ außerdem alte und neue Uniformstücke, Wäsche usw. weggeschaffen und verkaufen.

Vor Gericht behaupteten Stoff und Seitmann, die weggeschaffenen Sachen seien übergespart gewesen. Seitmann behauptete sogar, die Vorgesetzten sähen es nicht gern, wenn übergesparte Sachen auf der Kammer ständen. Ein als Sachverständiger vernommener Oberzahlmeister sagte jedoch aus, daß von übergesparten Sachen keine Rede sein könne. Die für die Küche bestimmten Waren würden, nach der Kopfhalt berechnet, täglich bestellt.

Die Mannschaften waren von den an ihnen begangenen Diebstählen vollständig unterrichtet und nannten die auf ihre Kosten herrlich und in Freuden Lebenden den „Fettkellerklub“. Die Zeugen, noch im Dienst befindliche und auch schon entlassene Matrosen, belasteten die Angeklagten schwer. Das Mannschaftsessen sei immer schlechter geworden. Bei zusammengekauften Essen bekamen fünf Mann soviel Fleisch, als eigentlich einer bekommen sollte. Es habe sogar öfter gar kein Fleisch gegeben. Die auf der Handwerkerliste beschäftigten Matrosen gingen deshalb schon gar nicht mehr zum Essen, sondern kauften sich selbst was, weil sie als Handwerker etwas nebenbei verdienen. Andere Matrosen erzählten, daß sie Körbe und Risten zu den Angeklagten haben bringen müssen. In den Risten sollten angeblich Küchenabfälle zum Rattinchenfutter sein. Als ein Matrose einmal neugierig war und in die Riste schaute, sah er darin Fleisch, Kakao, Kaffee usw.

Das Gericht verurteilte sämtliche Angeklagten außer Bornemann, wegen Diebstahls, wissentlich falscher Meldung und Mißbrauch der Dienstgewalt erhielt Seitmann 10 Monate Gefängnis und Stoff 3 Monate Gefängnis. Seitmann wurde außerdem degradiert und in die zweite Klasse des Soldatenstandes versetzt. Wegen Hehlerei erhielten Bergmann 14 Tage, Rongener, Simon, Mrowitz je eine Woche Gefängnis, Schäfer 3 Tage Gefängnis. Bornemann wurde freigesprochen.

Sozialdemokratie und Wingerfrage.

Anlässlich der Stellungnahme der drei Sozialdemokraten im oberelsässischen Bezirkstage, die es abgelehnt haben, für die von Herikaler Seite beantragte gänzliche Steuerbefreiung aller Rebbesitzer ohne Unterschied des Einkommens im gegenwärtigen Jahre der Wingernte zu stimmen, ist von der Herikaler Presse im Oberelsaß eine ganz beispiellos verlogene Hege gegen die angeblich bauerneindliche Sozialdemokratie inszeniert worden. Der Sozialdemokratische Verein Mülhausen nahm am Montagabend nach einem Referate des Bezirkstagsmitgliedes Genossen A. Wich über die Verhandlungen des Bezirkstages zu diesen Angriffen Stellung und erhob scharf und einmütig den folgenden, vom Genossen Jean Martin vorgelegten Antrag zum Beschluß:

Die Versammlung des Sozialdemokratischen Vereins Mülhausen billigt die Haltung der sozialdemokratischen Vertreter im oberelsässischen Bezirkstag. Sie erkennt an, daß in der von Herikaler Seite zum Gegenstand einer demagogischen Hege gemachten Wingerfrage die aus rein demagogischen Gründen beantragte Steuerbefreiung nicht nur der notleidenden Winger, sondern auch der großen Weinbergbesitzer à la Pflanzmeyer und Schlumberger abzulehnen war. Die Versammlung hätte gewünscht, daß ein förmlicher Antrag dahingehend gestellt wurde, mit der Steuerbefreiung ein bei einem

Gesamtjahreseinkommen von 5000 M. Halt zu machen. Die Versammlung stellt fest, daß die sozialdemokratischen Abgeordneten im obererflächlichen wie im untererflächlichen Bezirkstag für die prozentuale sofortige Herabsetzung der Ertragsteuer bei den Kleinteilen gestimmt haben. Die Herabsetzung des Antrages auf Beschäftigung unwilliger Arbeiter bei staatlichen und kommunalen Kostendarstellungen als „sibirische Zwangsarbeit“ weist die Versammlung als heuchlerisch und lächerlich zurück mit der Feststellung, daß auf dem Lande ebensowenig wie in der Stadt irgend eine Notigung zu solcher Beschäftigung stattfinden sollte. Agitatorenliche Uebertreibungen solcher Art stehen am wenigsten der Zentrumsprelle an, deren Partei durch die Zustimmung zu den immer ungeheurer anwachsenden Militär- und Marineausgaben und zu den damit zusammenhängenden, alles vertenernden Pöllen und indirekten Steuern den sogenannten Mittelstand einschließlich der Arbeiter mehr und mehr in Not und Elend stürzt und dem gänzlichen Ruin überantwortet. — Die heuchlerische, beispiellos verlogene Hege der Zentrumsprelle in der Wingerfrage macht es erklärlich, daß bei der Abstimmung über die Einführung der Öffentlichkeit der Bezirkstagsverhandlungen der einzige Vertreter der Zentrumsprelle im Bezirkstag, Abbe Dr. Hoegh in Colmar, gegen die Öffentlichkeit gestimmt hat.

Die Partei wird die Herabsetzung zum Anlaß für eine energische Aufklärungskampagne in den schwarzen Wingergebieten des gegenwärtig noch von dem Zentrumsabgeordneten Hans im Reichstage vertretenen Wahlkreises G. E. Weiler nehmen. Herr Hoegh erwartet von der Wahl so wenig Gutes, daß er in einer am letzten Sonntag in dem Wingerort Jfenheim bei Gebweiler stattgefundenen katholischen Bürgerversammlung, wo er über seine Tätigkeit Bericht erstattete, die Verantwortung für die Steuerermache des schwarzblauen Blochs abzulehnen versuchte und erklärte, es sei bedauerlich, daß nicht endlich in Deutschland ein Minister vor Wilhelm II. hintritt mit den Worten: Genug der Rüstungen!

Sonderbares aus Moabit.

Wie uns mitgeteilt wird, spielt sich im Zuhörerraum des Gerichtssaales, in dem der Moabiter Prozeß verhandelt wird, tagtäglich ein eigentümliches Schauspiel ab. Auf einer der Zuhörerbänke sitzen mehrere Herren von jenem Aussehen, das jenes undefinierbare aber gleichwohl unübersehbare Etwas bezeichnet worden ist, an dem man den deutschen Kriminalschuttmann mit Bestimmtheit zu erkennen vermöge. Einer der Herren macht während der Zeugenvernehmungen eifrig Notizen, die er dann von Zeit zu Zeit einem seiner Nachbarn zuflüstert, der mit dem Zettel dann verschwindet. Was mit den so eifrig zu Papier gebrachten und so geheimnisvoll weitergeschickten Notizen geschieht, entzieht sich unserer Kenntnis. Wir glauben indes, daß die Betreffenden alle Ursache hätten, ein derartiges auffälliges und allerhand Vermutungen Raum gebendes Gebaren einzustellen, bevor der Vorsitzende Veranlassung nehmen müßte, sich nach dem Zweck dieses eigentümlichen Informationsbetriebs zu erkundigen.

Wie geschwindet wird?

Die freisinnige „Jittauer Morgenzeitung“ erzählt eine lange Geschichte über sozialdemokratische Theorie und Praxis, die mit Verhagen von der ganzen Reichsberndtspresse, auch der freisinnigen, abgedruckt wird. Es handelt sich um eine Frau, die für ein Bezugsquellenverzeichnis der sozialdemokratischen „Jittauer Volkszeitung“ ein Jahresinfertat ausgegeben hatte und der Annahme war, das Infertat koste nur 1 M., während ihr dann eine Rechnung über 150 M. zugesandt wurde. Versuche, von der Zahlung der 150 M. einzubringen zu werden, scheiterten, trotz der Bemühungen des Redakteurs der „Jittauer Volkszeitung“ und daraus wird nun sofort gefolgert, daß sozialdemokratische Blätter Infertate zu ergattern versuchen und dann herzlos und rücksichtslos die Gelder eintreiben, auch wenn Unbemittelte in Frage kommen. Die ganze Geschichte ist wieder einer jener plumpen Schwindel, wie sie mit einer gewissen Regelmäßigkeit immer und immer wieder gegen die Sozialdemokratie in Szene gesetzt werden. Die Infertate für das Bezugsquellenverzeichnis werden nämlich durch ein Infertatenbureau gewonnen, das mit der Sozialdemokratie nicht das Allermindeste zu tun hat. Die sozialdemokratische Zeitung befindet sich in diesem Falle lediglich in der Rolle eines Druckers, der dem bürgerlichen Infertatenbureau gegenüber einen Druckauftrag auszuführen hat.

Die „Jittauer Volkszeitung“ erklärt in der Angelegenheit folgende Erklärung:

„Zum Bezugsquellen-Verzeichnis machen wir darauf aufmerksam, daß der Verlag der „Volkszeitung“ nicht der Unternehmer dieses Verzeichnisses ist. Die „Volkszeitung“ führt lediglich den Infertatenauftrag aus, den sie von der Firma Albricht in Dresden wie von jedem anderen Infertaten erhält. Beschwerden aller Art bitten wir daher an die Firma Albricht in Dresden zu richten. Wir sind aber zur Ueberrückung der Beschwerden bereit, bitten auch, sie durch unsere Hände gehen zu lassen, damit wir von ihrem Inhalte unterrichtet sind.“

Wir fügen dem noch hinzu, daß das Bezugsquellenverzeichnis ein rein privates Unternehmen ist, wie jede andere Annoncenexpedition und mit der sozialdemokratischen Partei nicht das geringste zu tun hat. Die Annoncenexpedition wird sich sehr dagegen verwahren, als sozialdemokratisches Unternehmen bezeichnet zu werden. Es ist das selbe Unternehmen, das die Infertate für den Theaterzettel akquirierte, der in der Druckerei der fortschrittlichen „Jittauer Morgenzeitung“ hergestellt wird. Sofern die Akquisition mit unläuterer Mitteln gearbeitet haben, werden die ordentlichen Gerichte den Betrag für ungültig erklären. Nach Prüfung aller Umstände werden wir zu der Angelegenheit endgültig Stellung nehmen und darüber den Interessenten Mitteilung machen.

Der Verlag der Volkszeitung.

In Gnaden aufgenommen.

Die Zentrumsfraktion hat nach einer langen Sitzung, in der die Weiser heftig angefeindet worden sind, beschlossen, den neugewählten Abg. Prof. Spahn, den Sohn des 1. Vizepräsidenten des Reichstages, als Mitglied aufzunehmen.

Gegen die Schiffsabgaben.

Die Wiesbadener Handelskammer nahm in ihrer heutigen Sitzung Stellung gegen den Gesetzentwurf betr. die Schiffsabgaben, die sie als eine schwere wirtschaftliche Schädigung insbesondere der daniederliegenden Rheinschiffahrt, der am Rhein und Main angesiedelten Industrie und der wirtschaftlichen Entwicklung ansieht.

Schweiz.

Der Proporz auf dem Vormarsch.

Zürich, 22. November. (Fig. Ver.) Unmittelbar vor der am 23. Oktober stattgefundenen eidgenössischen Volksabstimmung über die Einführung des Nationalratsproporz war unser Zürcher Parteiblatt, das „Volkrecht“, in der angenehmen Lage, mitzuteilen, daß der ausländische Reformminister des Kantons Zürich, der freisinnige Regierungsrat Kägel, eine Vorlage ausgearbeitet hat, betreffend die Einführung des obligatorischen Kantonsrats- und des fakultativen Gemeindeproporz. Die freisinnigen Proporzgegner waren nicht wenig erregt ob dieser so sehr

zeitgemäßen und wirkungsvollen Forderung und sie bemühten sich daher, ihre Nichtigkeit zu bestreiten, um ihre Wirkung zugunsten des Proporz zu vereiteln. Das tendenziöse Gemühen der freisinnigen war aber in jeder Beziehung verfehlt. Denn einmal wäre der Nationalratsproporz im Kanton Zürich beinahe angenommen worden, da 40818 Ja und 41977 Nein abgegeben wurden und sodann hat jetzt die Regierung, wenige Wochen nach jener Volksabstimmung, dem Kantonsrat eine Proporzvorlage zugestellt. Diese will etliche ganze Arbeit machen, indem sie lauter Wahlkreise schafft, in denen die Verhältniswahl angewandt werden kann. Zu diesem Zweck reduziert sie die Zahl der Kantonsratswahlkreise von 63 auf 27, so daß jeder derselben mindestens vier bis fünf Vertreter erhält. Die Vorlage enthält auch die fakultative Proportionalwahl für die Gemeinde- und Schulbehörden. Man darf auf das Schicksal dieser kantonalen Proporzvorlage, die nach Lage der Dinge wirklich eine Staatsnotwendigkeit ist, gespannt sein.

England.

Die Wahlpöle der Iren.

London, 22. November. Die Vereinigte Irische Liga hat ein Manifest veröffentlicht, in dem die Lords und der Großgrundbesitz, die beide gleichbedeutende Begriffe seien, heftig angegriffen werden. Ihnen wird die Verantwortung für die große Teuerung in Irland und für die große Auswanderung aus diesem Lande beigemessen. Eine Million Stimmen von Volksgenossen, die gestorben und verdorren sind, und fünf Millionen von solchen, die ins Exil getrieben wurden, so heißt es in dem Manifest, schreiben nach der Entthronung der schändlichen Körperschaft, von der grenzenloses Leid herrührt.

Für Irland.

London, 22. November. Der Minister des Innern, Winston Churchill, erklärte in einer Rede in Highbury, er protestiere gegen die Beschimpfungen, die von den Unionisten auf die irische Partei geschleudert worden. Die Stunde für die Ausöhnung mit dem irischen Volk sei jetzt gekommen. Irland, frei in allem, was es berechtigterweise selbst angeht, werde in kurzer Zeit seinen Platz in wahrer unauflöslicher Vereinigung mit dem britischen Reich einnehmen, wie es die tapferen Iren getan hätten, unter dem Weisfall der Kolonien und des großen englisch sprechenden Staatswesens und zum Verdruss jedes europäischen Nebenbüblers von Englands Größe. Die Konservativen benutzen das Oberhaus als ein Parteiverzeug in gewalttätiger, rücksichtsloser, ungemessener Weise. Ihre Reformresolutionen seien sämtlich auf die Herbeiführung einer dauernden Ueberlegenheit der Tories gerichtet. Auf alle Fälle kämen sie aber zu spät. Für das Oberhaus sei die letzte Stunde gekommen.

Für das Frauenstimmrecht.

London, 22. November. Anhängerinnen des Frauenstimmrechts machten sich den dichten Nebel, der in der letzten Nacht herrschte, zunutze, zogen gegen 2 1/2 Uhr früh nach der Downing Street und bewarfen die Wohnung des Premierministers Asquith mit Steinen und anderen schweren Gegenständen. Fast sämtliche Fenster der unteren Stockwerke wurden eingeschlagen. — Im Laufe des gestrigen Abends waren Anhängerinnen des Frauenstimmrechts bei den Ministern Grey, Churchill, Harcourt und Burns die Fenster ein. Im ganzen wurden gestern 150 Demonstrantinnen verhaftet. Auch Minister Virell hatte einen Zusammenstoß mit den Frauen. Sie trieben ihm die Kopfbedeckung über die Ohren, stießen ihn hin und her und gaben ihm Fußtritte gegen das Schienbein, bis die Polizei eingriff. Der Minister lehnte es ab, ein Automobil zu benutzen und begab sich hinfür in den Athenaeum-Klub.

Die Demonstrationen vor Gericht.

London, 22. November. Heute erschienen in der Bowstreet 150 Anhängerinnen des Frauenstimmrechts vor dem Richter. Minister Churchill hat bestimmt, daß nur diejenigen gerichtlich zur Rechenschaft gezogen werden sollen, die sich vorläufiger Sachbeschädigung schuldig gemacht haben. Der Richter erklärte, das Vorgehen Churchill sei eine große Ungerechtheit gegen die davon Betroffenen, er habe Briefe von Anhängerinnen des Frauenstimmrechts, die in der vorigen Woche verhaftet worden seien, erhalten, in denen sie sich beklagten, daß sie zu Unrecht verhaftet und daß sie ohne Verhör aus der Haft entlassen worden seien. So hätten sie keine Möglichkeit gehabt, sich zu verteidigen. Der Richter erklärte, er habe während seiner dreißigjährigen Praxis noch kein solches Vorgehen kennen gelernt. Das Verhör der wegen Sachbeschädigung mit Vorbedacht angeklagten Anhängerinnen des Frauenstimmrechts wurde auf morgen verlagert. Die Frauen wurden gegen Stellung von Sicherheit aus der Haft entlassen.

Ein Narr.

London, 22. November. Der „Socialist“ Blatchford kommt in einem zwei Spalten langen Artikel der „Daily Mail“ zu dem Schluß, daß die Oberhausfrage im Vergleich zur deutschen Gefahr, die heute größer wäre als sie vor einem Jahre gewesen sei, ein Streitpunkt von minderer Bedeutung ist.

Dänemark.

Abhängigkeit der Prügelstrafe.

Kopenhagen, 18. November. (Fig. Ver.) Justizminister Wilto hat heute dem Folkething einen Vorschlag zur Abschaffung der Prügelstrafe vorgelegt, nachdem er vorher die Richter des Landes über ihre Meinung befragt hatte. Seitdem das Prügelgesetz vom 1. April 1905 besteht, sind 14 Personen zu Prügel verurteilt worden, davon in 11 Fällen in Verbindung mit Zwangsarbeit. Der Minister meinte, wo die Zwangsarbeit nicht helfe, könnten die zehn Stockschläge auch keine Besserung schaffen. Man müsse zwar streng vorgehen gegen gewalttätige und Sittlichkeitsverbrecher, aber die beste Strafe sei doch wohl die Zwangsarbeit. Wie die Befestigung der Stockschläge für Erwachsene schlägt der Minister auch die Abschaffung der Prügelstrafe für Kinder vor.

Das Prügelgesetz, das seinerzeit provisorisch eingeführt wurde, läuft im Jahre 1911 ab. Der Vater des Gesetzes, der damalige Justizminister Alberti, der noch immer in Untersuchungshaft sitzt, aber wohl demnächst zu mehrjähriger Zuchthausstrafe verurteilt werden wird, wollte es schon im Jahre 1904 einführen, wurde aber durch die Opposition der Sozialdemokraten daran verhindert. Ende desselben Jahres brachte er es jedoch fertig, die prügelstrafenden Minister aus dem Ministerium herauszubringen, und im Frühjahr darauf gelang es ihm auch, das Prügelgesetz durchzuführen. Die Opposition hatte jedoch den Erfolg, daß die Gültigkeitsdauer des Gesetzes vorläufig auf sechs Jahre festgelegt wurde. Dem konservativen Justizminister einer gemäßigten Regierung fällt die Aufgabe zu, diesen von einer Linken-Regierung herrührenden Schandfleck aus der dänischen Strafgesetzgebung wieder zu beseitigen.

Rußland.

Studentendemonstrationen.

Moskau, 22. November. Vor dem hiesigen Wohnhaus Tolstois sowie auf Straßen und Plätzen fanden heute Demonstrationen von Studenten statt. Die Teilnehmer wurden von der Polizei auseinandergetrieben. Auch in Petersburg, Riem und Charkow haben gestern Studentendemonstrationen stattgefunden, deren Teilnehmer von der Polizei mit großer Brutalität zerstreut wurden.

Eine Ehrung mit Vorbehalt.

Petersburg, 22. November. In der heutigen Sitzung des Reichsrats war die gesamte Rechte mit Ausnahme zweier Bischöfe abwesend. Der Präsident Klimow wies auf die tragischen Umstände hin, unter denen Leo Tolstoi gestorben sei, und erklärte, wenn man die religiösen und politischen Schriften Tolstois beiseite lasse, welche die orthodoxe Kirche und die konservative Gesellschaft scharf verurteilt, könne niemand bestreiten, daß der Dichter seine übrigen Werke mit Ehrung und unsterblich gemacht hätten. Aus dem kaiserlichen Vermerk auf dem ministeriellen Bericht von Tolstois Tode werde das tiefe Bedauern Seiner Majestät ersichtlich. Am frischen Grabe sei es unangebracht, über Tolstois willkürliche und unwillkürliche Zerwürfungen zu richten. Er fordere daher auf, den Dichters Andenken durch Erheben von den Sitzen zu ehren. Die Versammlung kam, mit Ausnahme der beiden Bischöfe, dieser Aufforderung nach.

Zur Affäre Tschcheidts.

Die Einzelheiten des Antrages Stolypins, den Genossen Tschcheidts aus der Duma auszuschließen, sind derart, daß man sich unwillkürlich fragt, aus welchem Tolstois der Autor dieses Antrages entsprungen sein könnte. Bekanntlich ließ Stolypin durch seine Rechtsleuten in die Welt hinausleuchtographieren, der Führer der sozialdemokratischen Dumafraktion sei auf Grund „falscher Dokumente“ in die Duma gewählt worden. Nun entpuppt sich aber die ganze Staatsaktion als eine ganz blödsinnige Intrige des gescheiterten Ministerpräsidenten. Schon seit der Wahl des Genossen Tschcheidts machte die Regierung die größten Anstrengungen, um seine Wahl als nichtig zu erklären. Zu diesem Zweck wurde der Polizeikommissar, der den Genossen Tschcheidts ein Zeugnis ausgestellt hatte, daß er länger als ein Jahr eine Wohnung in Tiflis innehatte und darum wahlberechtigt sei, zur Verantwortung gezogen, weil er ein falsches Dokument ausgehändigt habe. Der Poliz. Kommissar wurde in zwei Instanzen freigesprochen, bis der gefügige Senat das Urteil kassierte und dem Polizeibeamten eine Rüge erteilte. Ein formeller Vorwand war nun vorhanden, obgleich inzwischen schon Verjährung eingetreten war. Die blödsinnig übrigens die ganze Anklage ist, ist schon daraus ersichtlich, daß Genosse Tschcheidts schon vor den Wahlen für die Duma als Stadtverordneter in Tiflis fungierte und darum jedenfalls wahlberechtigt war. Man kann gespannt sein, wie die Duma, die soeben noch die Wahl des neuen Abgeordneten von Odesa, Baron Koss, der mit Hilfe der Häufte und Stöße der Ehrtruppen gewählt wurde, bestätigt hat, auf den Ausschlußantrag Stolypins reagieren wird.

Mexiko.

Fortschritte der Revolutionäre.

El Paso, 22. November. Der Kampf in Torreón, der gestern wieder begonnen hat, dauert heute noch an. 2000 Revolutionäre stehen 600 Soldaten gegenüber. Es heißt, die Revolutionäre hätten große Verluste erlitten, die Truppen aber zurückgeschlagen und etwa 100 Mann davon gefangen genommen. Chihuahua ist durch einen Angriff von 8000 bis 10 000 Revolutionären bedroht sein.

New York, 22. November. Eine Depesche aus El Paso berichtet von einem schweren Kampf bei San Jidro in der Nähe von Chihuahua. Man meldet, daß Madero sich an der Spitze einer erheblichen Streitmacht zwischen Monterrey und Torreón befindet. Bei Torreón dauert das Gefecht fort.

Aus der Partei.

Gemeindevahlerfolge.

Bei der Stadtverordnetenwahl in Schmöllen (Altendurg) berechtigten sich auf die zwei Kandidaten der Sozialdemokratie je 20 Stimmen, während die Gegner es nur auf je 51 Stimmen brachten.

Die Gemeindevorstandswahlen in Bergshofen (Rheinland) ergaben die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten mit 148 Stimmen. Das Zentrum vereinigte auf seine Kandidaten 98 Stimmen.

In Aplerbeck (Rheinland) wurden die sozialdemokratischen Kandidaten mit 287 Stimmen gegen 207 liberale Stimmen gewählt.

Bei der am Dienstag in Dhrdruf (Herzogtum Gotha) vorgenommenen Wahl von sechs Stadtverordneten erhielt unsere Partei zwei Mandate, von denen eins neu gewonnen wurde. Unsere Partei hat jetzt drei Vertreter in diesem mit gleichem und geheimem Wahlrecht gewählten Stadtparlament.

In Sachsen-Meiningen hat unsere Partei in zwei Gemeindevorstandswahlen sehr gute Erfolge gegen die freisinnigen errungen. In Pauscha haben unsere Genossen von den sechs Sitzen fünf erobert und nur ein Mandat den vereinigten bürgerlichen Parteien gelassen. In Kauenstein hat unsere Liste zum Schrecken der Gegner vollständig gesiegt.

Soziales.

Krankenkassen, Aufsichtsbehörde und Unternehmer.

Die Herrschaft der Unternehmer auf dem Gebiete der Krankenkassenwesen und die Unterstützung, die sie bei der Aufsichtsbehörde finden, zeigte der Verlauf einer Generalversammlung der Innungs-Krankenkasse für das Maler- und Auskreidergewerbe in Darmen. Nicht ohne Schuld der Arbeiter, die sich in früheren Jahren nicht genügend gewehrt hatten, war es den Innungsmeistern im Laufe der Zeit möglich geworden, die Kassenstatuten immer mehr zu verschlechtern, und sie fanden damit bei der Aufsichtsbehörde selbst dann Gehör, wenn starker Zweifel an der gesetzlichen Zulässigkeit aufkommen mußte. So war es gekommen, daß die Arbeiter wohl zwei Drittel der Beiträge zahlten, aber dennoch auf die Gestaltung der Kassenangelegenheiten fast gar keinen Einfluß mehr hatten. Dementsprechend niedrig war auch die Krankenunterstützung. Seit den letzten Jahren kämpften die Mitglieder um eine Besserung, leider aber ohne Erfolg. Da die Generalversammlung nicht aus Vertretern besteht, so haben die Mitglieder zwei und die Unternehmer für jeden der von ihnen beschäftigten Arbeiter eine Stimme. Die früheren Unternehmer waren immer zur Stelle und waren die Arbeiter nicht sehr zahlreich erschienen, wurden sie von ersteren immer kraft ihrer vielen Stimmen niedergestimmt. In der letzten Versammlung war ihnen das also nicht möglich, und nun verlangten die Unternehmer für ihre Person noch eine besondere Stimme. Sie waren sehr enttäuscht, als der Vertreter der Aufsichtsbehörde das Vorgehen der Unternehmer als gesetzlich nicht statthaft erklärte. Anstatt also die freche Annahme entschieden zurückzuweisen, meinte der Vertreter der Aufsichtsbehörde:

„Ja, meine Herren, solange das Gesetz so ist, haben Sie nichts zu sagen, das einzige Recht, welches Sie haben, ist das Wahlrecht.“

Die Generalversammlung gab die richtige Antwort darauf, sie nahmen sämtliche von den Kassenmitgliedern eingebrachten Anträge zur Änderung der Statuten an und gestalteten auch die Vorstandswahl in ihrem Sinne. Zu bemerken ist noch, daß auch in diesem Falle eine Anzahl von der christlichen Gewerkschaft den Unternehmern Beisprang.

Gewerkschaftliches. Zur Arbeiterknebelung.

Man schreibt uns aus Baden:

Aus Mannheim geht soeben ein Zirkular an sämtliche Mitglieder des Verbandes Südwestdeutscher Industrieller, das vom Vorsitzenden Otto Hoffmann und vom Syndikus Dr. P. Mied unterzeichnet und mit dem Motto versehen ist:

„Schutz der Arbeitwilligen und Schutz gegen Ausschreitungen von Streikposten.“

Streck des Scharfmachers der Scharfmacher Badens, der Pfalz, Rheinpfälzens und Elsas Vorbringen ist die Aufforderung an die Verbandmitglieder zur Uebermittlung genauer Angaben über einzelne Fälle von Ausschreitungen von Streikposten und von Beschimpfungen und Bedrohungen Arbeitwilliger. Die Scharfmacher sind offenbar in schwerer Verlegenheit wegen der tatsächlichen Unterlagen zu ihrem Vorhaben, sich „einer Reihe anderer Industrieverbände anzuschließen, um den Ausschreitungen beim Streikpostenstreiken durch Aufnahme geeigneter Bestimmungen in das in Vorbereitung befindliche neue Reichsstrafgesetzbuch zu steuern und auf gleiche Weise auch gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Arbeitwilligen zu treffen“.

Jede Meinungsfindung dankbare Aufnahme; so wird als einzige, aber auch bedeutendste Ausbeute eine Zuschrift vom 23. Oktober d. J. aus den Kreisen der Brauindustrie veröffentlicht:

„Wir haben hier ungläubliche Zustände während des letzten Wohltats erlebt; das Vorgehen der oft in einer Anzahl von 2-3 vor einer Wirtschaft lebenden Streikposten war ungemein schädlich. Die Postenleiter verfolgten die Leute bis in die Wirtschaftsgänge hinein und hielten selbst Bauerleute vom Lande ab, die Wirtschaften zu besuchen. Der Schutz vom Bezirksamt war gleich Null bei diesen schweren Schädigungen.“

Solche polizeiliche Pflichtvergessenheit! Und doch wurden auch Bauern in verschiedenen badischen Dörfern, wo die Landleute den Bierposten leidenschaftlich trieben, gemäß den Bestimmungen der Gewerbeordnung über den Wirtschaftsbetrieb schwer bestraft, weil sie in einzelnen Gehöften einen privaten Ausschank nichtbehörigter Bieres einrichteten. Die Regierung wird dem Scharfmacher nach Beschränkung des Koalitionsrechts noch mehr Entgegenkommen zeigen.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Metallarbeiter!

Wir ersuchen die Metallarbeiter außerhalb Berlins dringend, bevor sie Arbeit nach Berlin annehmen, bei uns anzufragen, ob der betreffende Betrieb frei ist. Es ist in letzter Zeit mehrfach vorgekommen, daß Kollegen durch Inzertate usw. nach Berlin gelockt wurden und, wenn sie hier ankamen, einen bestrittenen Betrieb vorfanden. In Berlin ist meistens keine Kündigungspflicht für das Arbeitsverhältnis vorgesehen. Deshalb brechen Differenzen sehr plötzlich aus und ist eine vorherige Benachrichtigung nach auswärts nicht möglich.

Der einzig sichere Schutz vor Täuschungen ist, beim Bureau des Verbandes anzufragen, ob der Betrieb, in dem man auf Anstellung rekrutiert, frei ist. Nur so kann man sich vor Schaden und Verdruß bewahren.

Arbeiterfreundliche Blätter werden um Nachdruck gebeten.

Deutscher Metallarbeiter-Verband, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Tarifabschluss in der rheinisch-westfälischen Brauindustrie.

Nach langen Verhandlungen und nach Ueberwindung größerer Schwierigkeiten ist nun am 22. November der Tarifabschluss mit dem Wohlthutungsverband rheinisch-westfälischer Brauereien erfolgt. Der Vertrag gilt für 122 Brauereien in dem Gebiet von Hamm bis Köln, die zusammen gegen 6000 Arbeiter beschäftigen.

Das Schwerkern bei den Tarifverhandlungen wurde auf die Verletzung der Arbeitszeit gelegt, wozu die maßgebenden Unternehmer im Wohlthutungsverband, die auch die rüchständigsten sind, nichts wissen wollten; von dem Prinzip der zehnstündigen Arbeitszeit wollten sie nicht abgehen. Trotzdem mußten sie Konzessionen machen und die 9 1/2 stündige Arbeitszeit für das ganze Jahr zugestehen, was allerdings erst nach langem Zögern geschah. Auch die Arbeitszeit des Fabrikpersonals, die bisher unregelmäßig war, soll im allgemeinen die gleiche sein, wie die der im Innenbetrieb Beschäftigten. Erreicht wurden ferner im allgemeinen wesentliche Verbesserungen im Lohn, die teils sofort und dann in weiteren Zeitabständen erfolgen, ferner tarifliche Festlegung des Urlaubs, allgemeine Regelung und Verbesserung der Bezahlung der Ueberstunden, der Sonntagsarbeit, der fließenden Schicht und noch mehrere andere Verbesserungen.

Der Tarifabschluss gewinnt besonderes Interesse, wenn man die frühere Stellung der Unternehmer zur Organisation der Brauereiarbeiter und zur Tariffrage berücksichtigt. In einzelnen Orten dieses Gebietes hatte der Brauereiarbeiterverband schon vor einer Reihe von Jahren mit den Unternehmern Tarife abgeschlossen. Teils aus Abneigung gegen die Bindung durch Tarife, teils gedrängt von den abholten Ökern im Hause in diesem Bezirk, schufen sich die Unternehmer in dem Wohlthutungsverband eine Kampforganisation, um den Tarifgeboten Gehör zu tun und die vorhandenen Tarife zu beseitigen. Die große Auswertung der Brauereiarbeiter in Rheinland-Westfalen im Jahre 1905, zu der ein Anlaß gesucht wurde, diente diesem Zweck. Ein Jahr später hat das der Syndikus des Wohlthutungsverbandes verraten. Als er gezwungen durch die Organisation im Jahre 1906 in Hag an den Tarif unterzeichnen mußte, äußerte er sich: „Ja, meine Herren, wenn wir mit Ihnen Tarife abschließen wollten, bräuheten wir im vorigen Jahre nicht auszusperren.“

Fünf Jahre sind seit der Aussperrung vergangen; in dieser Zeit haben die Brauereiarbeiter ihre Organisation so ausgebaut, daß der Wohlthutungsverband in den sauren Apfel beißen und das tun mußte, zu dessen Verhinderung er ins Leben gerufen wurde. Betrachtet man diese Seite der Frage, dann ist der Tarifvertrag ein doppelter Erfolg der Brauereiarbeiterorganisation.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung im Saargebiet.

Auch heute noch herrscht im Saargebiet der Geist des fessigen Freiherren Stumm. Den Arbeiterorganisationen wurden alle ernstlichen Schwierigkeiten gemacht; Maßnahmen wegen der Organisationszugehörigkeit sind auch jetzt noch an der Tagesordnung. Trotzdem haben die Gewerkschaften die Schwierigkeiten gemeistert und sehen wir eine Anzahl Berufe in den Industriestädten der Saar fast geschlossen organisiert und die Arbeiterpresse gewinnt ständig weiteren Eingang. Wenn so die Gewalttäter — die großen Werke — sehen, daß die Arbeiter mehr und mehr auf ihre Mahnungen und Anweisungen hören, so üben sie den gewohnten Terrorismus in noch schlimmerer Form auf die von ihnen abhängigen kleinen Handwerksmeister aus. Der sichere Ruin steht jedem Kleinmeister bevor, der sich weigert, dem Nachgebote der Industriegepöbel Folge zu leisten. Darum sind die Handwerker des Saargebietes besonders schlimm daran, wenn von den Arbeitern Forderungen, insbesondere auf Verkürzung der Arbeitszeit, gestellt werden. Selbst wenn sie die Verkürzung der Forderungen anerkennen — sie dürfen nicht bewilligen! Unter 60 Stunden pro Woche darf die Arbeitszeit nicht verkürzt werden, so dekretieren die Industriebarone und wer deren Gebot nicht folgt, wird wirtschaftlich ruiniert!

Um so höher ist der Erfolg anzuschlagen, den der Holzarbeiterverband, wenn auch erst nach schwerem Kampfe, in diesem Gebiet errungen hat. Nach auswärtigem Streik wurde in den letzten

Tagen für die Fischer in den Orten Oresbach, Saardrücken und Louisenthal ein Tarifvertrag laufend bis zum Jahre 1913 abgeschlossen. Die Arbeitszeit, die bisher 60-63 Stunden betrug, wurde auf 58 Stunden pro Woche herabgesetzt, außerdem tritt eine Stundenlohnverhöhung von 6 Pf. verteilt auf die Vertragsperiode, für alle Arbeiter ein. Der Durchschnittslohn, der sich im nächsten Jahre auf 66 Pf. steigert, wurde auf 62 Pf. festgesetzt; der Mindestlohn beträgt 48 Pf. pro Stunde. Für Ueberstunden werden 10, für Nachtarbeit 20 Pf. Zuschlag zum Stundenlohn bezahlt; die Freizugslohnzahlung wird eingeführt, für Arbeiten im Bau wird ein Zuschlag von 2 Pf. pro Stunde gewährt und findet die Ausarbeitung von Affordarissen durch die beiderseitigen Organisationen statt.

Bei der Bewegung kamen einige Hundert Arbeiter in Frage, deren Opfermut es zu danken ist, daß der Agitation neue Anregung gegeben und die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit auch im Saargebiet in den Vordergrund des Interesses gerückt ist.

Die Lohnbewegung der oberbayerischen Vergarbeiter durch den christlichen Arbeitererrat bereitet!

Obwohl die oberbayerischen Vergarbeiter, wie schon gemeldet, in zwei Kreisvereinigungen in Hausheim und Benzburg sich für energische Durchführung ihrer Forderungen entschieden, haben die in Betracht kommenden Vertreter der freien Gewerkschaften noch reiflicher Ueberlegung und im Einverständnis der Arbeiterausschussmitglieder von der Einreichung der Kündigung Abschied genommen. Bestimmend für dieses Vorgehen war das Verhalten der christlichen Gewerkschaft. Hat doch der berühmte christliche Arbeitersekretär Hinterseer schon von vornherein für den Fall eines Ausbruchs den Streikbruch der christlichen Vergarbeiter proklamiert und da auch der Hausbamer Anwalt Veer im katholischen Arbeiterverein gegen eine Arbeitseinstellung scharf machte, haben von der 3000 Mann starken Belegschaft nur etwa 2000 Mann die Kündigungslisten unterschrieben. Der Rest, bestehend aus Mitgliedern des christlichen Vergarbeiterverbandes, den katholischen Arbeitervereinsmitgliedern und Indifferenten, wurde wankelmütig. Die Hand voll Patentdristen wären freilich nicht imstande gewesen, das Kraut fest zu machen, aber da der christliche „Arbeiterführer“ Hinterseer schon von vornherein erklärte, daß die Vergarbeiter in der Oberpfalz und Frankenland nur 2,50 und 3 M. pro Tag verdienen, es ihm also eine willkommene Gelegenheit gewesen wäre, seine christlichen Schäflein als Streikbrecher nach dem oberbayerischen Vergarbeitsgebiet zu verfrachten, haben die verantwortlichen Persönlichkeiten der freien Gewerkschaft gehandelt, wie sie nach Lage der Verhältnisse handeln mußten. Die oberbayerischen Vergarbeiter werden aus diesem neuesten christlichen Arbeitererrat die Konsequenzen ziehen!

Ausland.

Der Amerikanische Gewerkschaftskongress.

Montag, den 14. November, hat der diesjährige Kongress der nordamerikanischen Gewerkschaftszentrale, der American Federation of Labor, begonnen. In seinem Bericht an den Kongress weist der Präsident Compers darauf hin, daß die Gewerkschaftsbewegung Nordamerikas sich seit der Gründung der Federation vor nunmehr 30 Jahren und seit dem letzten in St. Louis abgehaltenen Jahreskongress im Jahre 1888, nicht nur riesig entwickelt und außerordentlich viel zur Hebung der Lage der arbeitenden Klassen beigetragen habe, sondern daß sie auch immer mehr zum ausschlaggebenden Faktor im öffentlichen Leben werde.

Am 1. Oktober 1910 waren der Landeszentrale angeschlossen 120 Zentralverbände, 39 Staats- oder Territorialverbände, 632 Gewerkschaftslokale, 431 Lokalgewerkschaften und 218 andere Verbände. Die angeschlossenen Zentralverbände haben annähernd 28 000 Zweigvereine, von denen 2157 im letzten Jahre gegründet sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Berichtsjahre 1 661 151, gegen 1 482 873 im Jahre 1908/09, 1 586 885 im Jahre 1907/08. Daraus folgt, daß der durch die letzte Krise betrugte Mitgliedererfolg so gut wie einsehend ist. Der Bericht rechnet außerdem mit rund 100 000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, für welche ein Beitrag nicht gezahlt wird. Die Gesamteinnahmen der Federation beliefen sich auf 103 470 Dollar, gegen 232 377 Dollar im Vorjahre. Im Laufe des letzten Jahres wurden von sämtlichen angeschlossenen Mitgliedern Extrabeiträge erhoben wie folgt: zwei Cents pro Mitglied zur Unterstützung der Hutmacher in ihrem Kampfe gegen Loewe u. Co., in dem sie zu 222 000 Dollar Schadenersatz verurteilt waren. Wie aus der Abrechnung hervorgeht, umfaßte die Verteidigungslinie nicht weniger wie 12 535 Schreibmaschinenseiten. Dieser Zwei-Cents-Beitrag brachte 27 700 Dollar ein, ein weiterer Drei-Cents-Beitrag für den gleichen Zweck aber nur 1150 Dollar. Dann wurde je ein Ein-Cents-Beitrag ausgeschrieben für die Verteidigung der angeklagten Leiter der American Federation of Labor in dem bekannten Wohltatsprozeß, sowie zur Agitation in besonders gefährdeten Orten, doch haben beide Ausschreibungen fast gänzlich versagt.

Die angeschlossenen Verbände berichten über insgesamt, 827 Streikbewegungen, von denen 470 mit vollem Erfolge, 84 mit teilweisem Erfolge endeten, während 62 Streiks verloren gingen und 250 noch nicht beendet waren. Insgesamt waren 341 443 Arbeiter beteiligt; Verbesserungen wurden für 502 908 Arbeiter erzielt, während 12 309 Beteiligte keinerlei Vorteile erlangten. Das Vermögen der American Federation ist von 165 000 Dollar auf 180 000 Dollar gestiegen.

Scharfe Kritik wird in dem Bericht an dem Verhalten des Parlaments geübt, das sich seine Rechte als Vollregierung beschneiden läßt und dessen Mitglieder aus Furcht, Vorteile einzubüßen, nicht zu opponieren wagen. Den Kampf um die ursprünglich demokratische Verfassung und Form der Vollregierung werden die Gewerkschaften weiter führen müssen.

Der Anschluß an das internationale Sekretariat hat bedeutend zur Annäherung der Gewerkschaften Amerikas und der alten Welt beigetragen. Es wird empfohlen, auch zur nächsten internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die 1911 in Budapest stattfindet, einen Vertreter zu entsenden und die in Paris gestellten Anträge auf Schaffung einer internationalen Federation der Arbeit aufrecht zu erhalten. Mit Bedauern wird konstatiert, daß den Anforderungen des Internationalen Sekretärs Legien in bezug auf statistische Mitteilungen über die amerikanischen Gewerkschaften nicht entsprochen werden konnte, weil in dieser Beziehung leider von den amerikanischen Gewerkschaften noch zu wenig getan wurde. Es wird daher ausdrücklich auf die Notwendigkeit hoher Beiträge, Ausbau des Unterstützungswezens, Vereinheitlichung der Methoden und Einrichtungen sowie Ausbau der Statistik hingewiesen.

Versammlungen.

Der Ruhetag für die Bäcker wurde in einer außerordentlich stark besuchten Versammlung gefordert, die am Tage der Reichstagsöffnung in Bremer Festhallen in der Stoppenstrasse stattfand. Am Abend desselben Tages versammelten sich die Konditoren und die Tagesbäcker in den „Arminhallen“ und erhoben ebenfalls ihre Stimmen für den zehnstündigen Ruhetag in der Woche. In beiden Versammlungen referierte Heschold, der mit scharfer Kritik die Schäden im Bäckergewerbe aufdeckte und den seit fünf Jahren geführten Kampf um einen Ruhetag für die Gesellen schilderte. Die folgende Resolution fand allgemeine Zustimmung und wurde vom Referenten wie von Diszussionsrednern, darunter auch von Bäckern, zur Annahme warm empfohlen. Die Resolution lautet:

Beim Wiederauftritt des Deutschen Reichstages erhebt die Versammlung der Bäcker und Konditoren die berechtigten und zeitgemäße Forderung nach einem wöchentlichen Ruhetag von 20 Stunden Dauer, wie dieser Ruhetag bereits in der Petition vom Jahre 1906 an den Bundesrat, und vom November 1908 an den Reichstag, gefordert wurde.

Es ist unerheblich, daß, während die Arbeiterschaft aller anderen Berufe jeden Sonntag einen vollständigen freien Ruhetag hat,

die Arbeiter in Bäckereien und Konditoreien zum Schaden ihrer Gesundheit immer noch regelmäßig 7 Tage, resp. 7 Nächte, in der Woche, und zwar durchschnittlich 82 und mehr Stunden, schwer arbeiten müssen. Die schädlichen Folgen dieser gesundheitsgefährlichen langen Arbeitszeit sind anerkannt von allen ärztlichen Autoritäten sowohl, als auch von fast allen Sozialpolitikern sowie Gewerbe- und Fabrikinspektoren. Diese schädlichen Folgen der überlangen Arbeitszeit, ohne Gewährung eines wöchentlichen Ruhetages, äußern sich in einer bedeutenden Schwächung des Körpers und der Gesundheit der davon Betroffenen, die, wie die Krankenlistenstatistik lehrt, sich in öfter wiederkehrenden langen Krankheiten, im Verfall der Körperkräfte zu frühzeitigem Siechtum und in großer Sterblichkeit in jungem Alter bemerkbar macht.

Deshalb erwacht die Versammlung den hohen Reichstag, dem § 106e der Reichsgewerbeordnung eine Bestimmung anzufügen, welche auch den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien einen wöchentlichen Ruhetag von 20 Stunden Dauer garantiert. Daß dieses ohne Schaden für das Gewerbe und ohne Beeinträchtigung der Gemohnheiten des konsumierenden Publikums geschehen kann, beweisen sowohl die nach dieser Richtung hin erfolgten gesetzgeberischen Maßnahmen fast aller Kulturländer als auch der Umstand, daß in den Regierungsbezirken Düsseldorf und Münster durch Verordnungen der Regierungspräsidenten der wöchentliche Ruhetag den Arbeitern in Bäckereien und Konditoreien gewährt wird. Ferner haben durch Tarifvertrag 70 Proz. der in Hamburg-Altona arbeitenden Bäcker und Konditoren diesen wöchentlichen Ruhetag erreicht und in gleicher Weise 1700 in Genossenschaften und Konsumbäckereien arbeitende Bäcker.“

Letzte Nachrichten.

Stadtverordnetenwahlsieg in Kiel.

Kiel, 23. November. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die heutige Stadtverordnetenwahl brachte der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Von acht zu wählenden Stadtverordneten wurden vier Sozialdemokraten gewählt. Die Sozialdemokratie behauptete einen und gewann drei Sitze. Vor dem gänzlichen Ausfall hat die bürgerlichen Gegner nur die im vorigen Jahre geschaffene ungerade Bezirkseinteilung gerettet. Die Sozialdemokratie brachte 10 560 Stimmen auf, die Bürgerlichen 8760. Wäre noch wie früher durch die ganze Stadt gewählt worden, so wären die Bürgerlichen mit 1800 Stimmen gänzlich geschlagen worden. Gewählt wurden die Genossen Adler, Drecour, Adam und Dittmann.

Vor der Auflösung.

London, 23. November. (W. L. W.) Die letzte Phase des Parlamentskampfes vor der Auflösung begann im Oberhaus heute nachmittag mit der Beratung der Resolutionen, die Lord Lansdowne am Montag angekündigt hatte. Das Haus war noch stärker besetzt. Lord Lansdowne erklärte, wenn die Opposition von einer Beilegung der Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden Häusern gesprochen habe, so habe sie eine Beilegung gemeint, die nach voller und sorgfältiger Diskussion auf der Grundlage von etwas wie Gleichheit zu erfolgen habe. Was die Regierung aber meine, sei überhaupt keine Beilegung. Die Veto-Bill sehe eine Periode des Aufschubs im Falle von Meinungsverschiedenheiten vor. Nach Ablauf dieser Periode würde das Oberhaus überhaupt nichts mehr über die betreffende Angelegenheit zu sagen haben. Die Opposition würde gern irgend ein geregelt Verfahren sehen, durch das in Fällen ernsthafter Meinungsverschiedenheiten die beiden Häuser zusammentreten und einen vereinten Versuch zu ihrer Beilegung unternehmen könnten. Nach Ansicht der Opposition sei keine vollkommene Regelung möglich, außer auf der Grundlage eines reformierten und neugebildeten Oberhauses. Lord Lansdowne gab am Schluß seiner Rede zu, daß die wirklichen Schwierigkeiten erst beginnen würden, wenn die Einzelheiten des Planes zur Beratung gelangen. Aber das sei kein Grund, den Versuch nicht zu machen. Carl of Crewe beklagte sich über das willkürliche Vorgehen der Opposition, die Beratung der Veto-Bill zu verschieben, er betrachte die Bill als tot. Er gab zu, daß eine ausführliche Debatte über die Vorschläge Lansdownes notwendig sei, da sie durchgreifende Änderungen enthielten. Der Einführer der vorgeschlagenen gemeinschaftlichen Sitzungen beider Häuser und eines Referendums in gewissen Fällen ständen jedoch erhebliche Schwierigkeiten entgegen. Was die Finanzen angehe, so ließen Lord Lansdownes Resolutionen nicht auf große Zugewinne hinaus. Er fordere die Peers auf, die Resolution ausführlich zu erörtern, da dies das beste Mittel sei, die Frage vor das Land zu bringen.

Der Erzbischof von Canterbury tadelt die Regierung, weil sie an verschiedenen Versuchen zur Reform des Oberhauses nicht teilgenommen. Er glaube, Lansdownes Resolutionen seien das Resultat der Diskussionen in der Veto-Konferenz, und er bitte daher dringend, die Frage ehrlich und klar vor das Land zu bringen. Die Sitzung dauert fort.

London, 23. November. In der City fand heute eine unionistische Versammlung statt, welche wiederum die Kandidaturen Balfours und Sir Frederic Vanburghs aufstellte. Balfour hielt eine Rede, in der er erklärte, er sei stolz, sich einen Demokraten zu nennen, es sei seine Pflicht als solcher, dem Volke die Wahrheit zu sagen (Beifall) und ihm die wirklichen Bestandteile des Problems mit Ruhe und Vernunft auseinanderzusetzen. (Beifall.) Balfour zieht sodann den, der die Leidenschaften der Bürger gegen einander entfessele, des Verrates an der Demokratie. (Lebhafter Beifall.) Balfour erklärte am Schluß, Redmond und seine Anhänger hätten in einer Sprache, deren Annahme nicht mehr zu übersteigen sei, gesagt, sie würden die Radikalen zur Erfüllung ihrer Forderungen zwingen, und hätten mit Ueberhebung erklärt, der wahre Kern des Problems sei es, sie zu verbündeten zu haben. Das Oberhaus solle vernichtet werden, damit der Teil der Wählerschaft, der nicht an der Verfassung Englands festhalte, für Irland Somerville erlange.

Ein englischer Dampfer gestrandet.

Brest, 23. November. (W. L. W.) Der englische Dampfer „Sirba“, mit einer Ladung Getreide vom Schwarzen Meer nach Deutschland bestimmt, ist in dichtem Nebel auf die Felsen aufgelaufen und verloren. Die Besatzung ist gerettet.

Fiume, 23. November. Die Direktion der Ungarisch-Kroatischen Seeschiffahrtsgesellschaft erhielt von dem Kommandanten ihres Dampfers Buda, der im Schwarzen Meer vor Anker liegt, die Meldung, daß an Bord ein großer Brand ausgebrochen ist, wobei drei Mann der Besatzung infolge der furchtbaren Rauchentwicklung erstickt sind.

Von der Cholera.

Konstantinopel, 23. November. (W. L. W.) Heute sind hier vierundzwanzig Neuerkrankungen an Cholera und zwölf Todesfälle festgestellt worden. Von morgen ab sind sämtliche Schulen geschlossen.

Reichstag.

84. Sitzung, Mittwoch, den 23. November, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstisch: DeLbrück.

Eingelassen sind zwei vom Zentrum und den Nationalliberalen gestellte Interpellationen über die Lebensmittelpreissteigerung.

Interpellationen über die Fleischsteuerung.

Die Interpellation Albrecht (Soz.) u. Gen. lautet: „Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um der die Volksgesundheit schwer gefährdenden Lebensmittelpreissteigerung zu begegnen?“

Die Fassung der Interpellation v. Normann (L.) ist die folgende: „Es ist in den letzten Monaten eine bemerkenswerte und bedauerliche Steigerung des Fleisches in vielen Städten eingetreten.“

Ist der Herr Reichskanzler bereit: 1. Gegenüber dem in Zusammenhang damit in letzter Zeit vielfach hervorgerufenen Verlangen nach Öffnung unserer Grenzen für eine vermehrte Vieheinfuhr die schweren Gefahren darzulegen, welche die Erfüllung dieses Verlangens a) für die deutsche Viehzucht im allgemeinen, b) für die Aufrechterhaltung des Veterinärwesens und c) für eine nachhaltig ausreichende Fleischversorgung des deutschen Volkes mit sich bringen dürfte?

2. Welche Maßnahmen hält der Herr Reichskanzler für möglich, um der bedauerlichen Steigerung der Kleinhandelspreise von Fleisch in den Städten zu begegnen?

3. Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, eine vergleichende Uebersicht über die Kleinhandelspreise von Fleisch in den wichtigsten Ländern Europas vorzulegen?“

Staatssekretär Dr. DeLbrück erklärt sich zur sofortigen Beantwortung beider Interpellationen bereit. Zur Begründung der sozialdemokratischen Interpellation erhält das Wort

Abg. Emmel:

Wir fragen den Reichskanzler, was er zu tun gedenkt, um der Lebensmittelpreissteigerung, welche die Volksgesundheit schwer schädigt, zu begegnen. Wir behaupten, daß gegenwärtig ein Notstand besteht, der durch die Lebensmittelpreissteigerung, die sich überall geltend macht, noch erheblich verstärkt wird. Jetzt im Winter haben wir eine regelmäßige Arbeitslosigkeit zu verzeichnen. Darüber hinaus leidet die Arbeiterschaft unter den Auswirkungen der Krise. Während dieser Krise, welche so schwer auf der Arbeiterschaft lastete, hat das Großkapital sehr erhebliche Profite eingeharbt. So dem Notstand bei der Arbeiterschaft kommt ein solcher beim Mittelstand. Der gewerbliche Mittelstand leidet durch den schlechtesten Geschäftsgang, die kleinen Bauern und die kleinen Winzer sind im Sommer durch Naturereignisse und durch eine Misklernte geschädigt. Der Notstand infolge der Lebensmittelpreissteigerung ist auch längt von der Regierung und dem Reichstag anerkannt, das beweist allein schon die Erhöhung der Beamtengehälter im Reich, den Einzelstaaten und den Gemeinden. Bis in die höchsten Kreise hinein sind diese Lohnbewegungen gegangen und auch der König von Preußen ist in eine solche eingetreten und hat durch Vermittlung seiner Minister, während er bis dahin pro Tag, das Jahr zu 300 Arbeitstagen gerechnet, nur 52 000 M. bezog, eine

Erhöhung auf 64 000 M. pro Tag

erreicht. Die deutschen Bundesfürsten beziehen jährlich über 42 Millionen Mark Zivilliste, und wenn da noch Erhöhungen notwendig sind, so beweist das, wie nötig es ist, für die große Masse des Volkes zu sorgen. Die Arbeiter sind in ihren Lohnbewegungen nicht so glücklich wie diese glücklicheren Menschen. Gegen die Arbeiter wird die Polizei mobil gemacht, wie der Prozeß in Mosbit zeigt. Polizeibrigaden und allerlei Lumpengefährdet macht man gegen sie mobil und hindert sie, wenn sie versuchen, einen Ausgleich zwischen ihren Löhnen und den Lebensmittelpreisen zu erreichen. An erster Stelle unter den Lebensmitteln stehen Brot und Fleisch. Auch die Preise der anderen Lebensmittel sind bis zu 30 Proz. gestiegen, doch läßt diese nicht einen solchen Einfluß auf die Lebenshaltung des Volkes wie gerade die Brot- und Fleischpreise. Auch die Wohnungsmieten steigen, denn die Hausbesitzer wollen hinter den Schnapsagrarien nicht zurückbleiben. Der Arbeiter geht dann eingehend auf die Getreidepreise der letzten Jahre ein, die durch Aufhebung des Identitätsnachweises um den Betrag des Jolles über den Weltmarktpreis gestiegen sind. Daß wirklich die Konsumenten die Jölle bezahlen, gibt heute auch der deutsche Landwirtschaftskongress zu, gewiß ein einwandfreier Zeuge. In den letzten drei Jahren

hat, wie Professor Brentano festgestellt hat, zufolge der Jölleerhöhungen die getreideliefernde Bevölkerung

2767 Millionen Mark ausgegeben,

davon sind aber nur 281 Millionen der Reichskasse zugute gekommen und 2 1/2 Milliarden rund sind in die Taschen der Großgrundbesitzer, der Getreideproduzenten, geflossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hier zeigt sich klar, wer den Vorteil von dem Brotmacker hat. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Brentano hat weiter festgestellt, daß, je geringer das Einkommen ist, desto höher der auch für Brot verwendete Teil desselben ist. Rabezu 18 Tage muß ein Arbeiter arbeiten, um die Folgen der Jölleerhöhung zu tragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Da ist es kein Wunder, daß der Konsum des Getreides zurückgeht, während der der Kartoffeln erheblich gestiegen ist. Diese Verschlechterung der Ernährungsweise muß dazu beitragen, das Volk zu degenerieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten) und seine Widerstandsfähigkeit gewaltig herabzusetzen. Immer wieder behauptet man, daß die Getreidejölle notwendig sind, um der kleinen Landwirtschaft zu helfen. Für Baden hat kürzlich Dr. Hecht in einem preisgekrönten Buche nachgewiesen, daß nur 0,8 Proz. der Familien Vorteil von den Getreidejölle haben. In ganz Deutschland gibt es nur 285 000 Großgrundbesitzer und Großbauern, die freilich mehr als 51 Proz. des ganzen Grund und Bodens besitzen, und diese wenigen Personen nehmen den ganzen Vorteil der Jölle in Anspruch. Daran erkennt man, wie ungerecht diese Belastung der großen Bevölkerung ist, wie gerecht die Forderung der Aufhebung der Getreidejölle. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Ebenso sind die Preise des Fleisches erheblich gestiegen, sowohl im Engroshandel wie im Detailhandel. Der Vergleich zwischen London und Berlin für das erste Quartal 1910 ergibt eine erhebliche Differenz; dabei sind in Deutschland die Preise nach Lebensgewicht berechnet, in England nach Schlachtgewicht, so daß in Wirklichkeit die Differenz noch größer ist. Auch der Vergleich zwischen Kopenhagen und Berlin zeigt dasselbe Bild.

Die Gesamtsumme, die das Volk infolge der Preissteigerung zu zahlen hat, kann nur geschätzt werden, sie beträgt

vom April bis Juni 1910 461 Millionen Mark,

für Berlin allein 27 Millionen Mark, das macht pro Kopf 3,40 M., im ganzen Jahr pro Kopf 13,60 M., die mehr aufzubringen sind, um dem Großgrundbesitz möglichst hohe Einnahmen zu verschaffen. Infolgedessen entwickelt sich an den Grenzen ein reger Verkehr, um das zollfreie Quantum an Fleisch herüberzubringen, mit Vergütungen machen die Arbeiterfrauen sich Wege von 2 und 3 Stunden, um überhaupt den Fleischgenuss zu ermöglichen. Die Heeresverwaltung hat zufolge der Teuerung sechzig Millionen Mark mehr für die Verpflegung aufzuwenden. Ein Arbeiter mit 1200 M. Einkommen zahlt an direkten und indirekten Steuern den 12. Teil seines Einkommens (Hört! hört!). ein Fabrikbesitzer mit 60 000 M. Einkommen nur den 47. Teil. Durch den Rückgang des Fleischkonsums wird die Bevölkerung widerstandsfähiger gegen Krankheiten, deswegen ist auch, wie Dr. Friedmann in Hamburg ausführte, die Sterblichkeit an Tuberkulose nicht gesunken. Tief traurige Beispiele führt er an, z. B. eine schwangere Frau, die sich lediglich mit Kartoffelschalen ernährte. (Hört! hört! bei den Soz.) Der Berliner Hygieniker Rubner weist darauf hin, in wie engem Zusammenhang die Mangelhaftigkeit des Schulunterrichts mit der Unterernährung steht. Man verweist darauf, daß auch die Löhne gestiegen sind. Teilweise sind sie aber auch bedeutend zurückgegangen. So sind die Löhne der Bergarbeiterschaft von 1908 bis 1910 insgesamt um 120 310 000 M. vermindert worden. (Hört! hört! bei den Soz.) Die Ursachen der Preissteigerung sind zurückzuführen auf die ganze Wirtschaftspolitik des Deutschen Reiches, den Zolltarif von 1902, dann auf die indirekten Steuern und zuletzt auf die Reichsfinanzreform im Verein mit den Grenzabsperrungen gegen die Einfuhr von Vieh und Fleisch. Hand in Hand damit geht eine kolossale Steigerung des Ertrages der Landwirtschaft, von der viele Fürsten, Grafen und Barone riesenvorteile haben. Sie denken aber nicht daran, ihre Arbeiter an dem geliebten Ertrage teilnehmen zu lassen. Die Löhne der Landarbeiter sind nach wie vor äußerst niedrig, teilweise noch herabgesetzt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Hungerlöhne von 1,3 Pf. pro Stunde werden von Leuten bezahlte, die ungeheure Summen infolge der Wirtschaftspolitik des Reiches in die Taschen stecken. Zugegeben muß werden, daß die jetzige Teuerung eine internationale ist. Das ist wohl darauf zurückzuführen, daß der Raubbau in Amerika mehr und mehr aufhört und daher die Ertragsfähigkeit an manchen Stellen nachgelassen hat. Um so weniger aber sind die Jölle und

künstlichen Preissteigerungen berechtigt. Es muß für Hebung der Produktion gesorgt werden.

Wir verlangen die Öffnung der Grenzen, die Aufhebung der Jölle auf Lebensmittel und die Beseitigung aller Beschränkungen der Einfuhr von Vieh und Fleisch.

Unsere Landwirtschaft wäre ebenso wenig wie die österreichische gefährdet, wenn argentinisches billiges Fleisch eingeführt würde. Freilich werden das die Agrarier nicht gern haben, nachdem sie so hereingefallen sind mit dem Vieh, das sie zur Jentenerlei nach Argentinien geschickt haben. Auch die Jölle auf Futtermittel müssen aufgehoben werden. Einzelne Bundesstaaten wie Baden und Württemberg sind mit der Öffnung der Grenzen vorangegangen. Aber die Einfuhr des Viehs ist nur auf die französische Grenze und auf ein bestimmtes Quantum beschränkt. Wenn die Agrarier jetzt die Schuld auf den Kleinhandel schieben wollen, so wollen sie sich damit aus der Schiklime bringen. Die agrarische Unverschämtheit beweist ein vertrauliches Rundschreiben von Mitgliedern des Bundes der Landwirte, worin aufgefordert wird, dafür zu sorgen, daß möglichst wenig Milch nach Frankfurt a. M. kommt. So verdrängt man, die Versorgung des deutschen Volkes mit Lebensmitteln zu verhindern, nur damit die Agrarier Buchergelächste treiben können. Die agrarische Bucherpolitik ist ein Unglück für das deutsche Volk, ihre Aufrechterhaltung gegen den Willen der Mehrheit des Volkes wäre ein Verbrechen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Rupp (Hosp. d. Konf.) Den Fleischpreisen haben wir regelmäßig vor den Wahlen. (Große Unruhe links. Zuruf: Schämten Sie sich, von Ruppel zu sprechen!) Das internationale Kapital regiert durch die Presse die Welt. Man setzt immer Fleischnot und Fleischsteuerung gleich. Daß von einer Fleischnot nicht die Rede ist, beweist die Steigerung des Konsums. Die Produktionsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft hat sich gesteigert und wird sich immer mehr steigern, wenn sie nicht in der Entwicklung geschnitten wird durch Maßnahmen, wie sie der Freihandel will, der das Jaland abhängig machen will vom Ausland. Daß eine bedauerliche Fleischsteuerung besteht, betonen auch wir. Sie hängt zusammen mit der luxuriösen Ausstattung der Läden, die ja ganz schön ist, aber bezahlt werden muß mit den gesteigerten Ansprüchen des Publikums auf bessere Qualitäten. Die Metzger haben weniger Schuld. Zwischen ihnen und den Produzenten gibt es noch viele Zwischenstationen. Auch die Erhöhung der Schlachthaus- und Viehhofgebühren kommt in Betracht. Sie beträgt in München 167 Proz., in Darmstadt 232 Proz. (Hört! hört! rechts. Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wie hoch?) Auf die einzelnen Details kann ich mich nicht einlassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Diese Erhöhung bedeutet eine Umkehrung des § 18 des Zolltarifgesetzes. Am meisten würden die viehzuchttreibenden Besitzer durch die freihändlerischen Forderungen geschädigt. (Sehr richtig! rechts.) Für das mangelnde Rindfleisch kann das Schweinefleisch eintreten. Auch die sinkende Kaufkraft des Geldes wirkt mit, die Steuererhöhungen, die sozialpolitischen Lasten. Die Landwirtschaft ist ganz zuletzt gekommen mit Preissteigerungen. Der Landwirt muß sehr viel arbeiten, manchmal erhält er gar nichts und sehr oft muß er auch noch zulegen. Der Landwirt hat kein Interesse an abnorm hohen Fleischpreisen, denn darauf folgt der Preissturz. Wir wollen stetige, auskömmliche Preise. Das Öffnen der Grenzen in Baden, das wir bedauern, hat nur eine Preissteigerung bewirkt. (Hört! hört! rechts.) Der jetzige Zeitpunkt ist am allerungeeignetsten dazu wegen der Seuchengefahr. Der Landwirt muß Vertrauen zur Stetigkeit der Regierung haben können. (Sehr wahr! rechts.)

Uns liegt vor allem an Klarheit über die Sicherung des Seuchenschutzes. Wer ihn nicht wünscht, ist ein Feind des deutschen Bauernstandes. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär Dr. DeLbrück: Der Reichskanzler hat die Bewegung der Preise mit großer Sorgfalt verfolgt. Man hat lebhaft eine Öffnung der Grenzen verlangt. Man muß aber an dem Grundlage festhalten, daß die Grenzen für Fleisch und Vieheinfuhr nicht lediglich geöffnet werden dürfen, um den deutschen Markt zu füllen, sondern die Maßregeln zum Schutz gegen Seuchen dürfen nicht so weit gehen, daß die Gesundheit des deutschen Viehbestandes gefährdet wird. Deshalb glaubt der Reichskanzler, dem Verlangen, die Schweineinfuhr aus Oesterreich über die Zahl 80 000 zu erhöhen, nicht Folge geben zu können. Dagegen ist in Frankreich die Maul- und Klauenseuche seit anderthalb Jahren erloschen und deshalb glaubt der Reichskanzler, dem Antrag der süddeutschen Staaten Folge geben zu sollen und zu gestatten, daß eine ziffernmäßig bestimmte Zahl französischer Schlachtwiege nach bestimmten Schlachthäusern eingeführt wird. Erleichterungen in der Einfuhr aus Holland kann nicht zugestimmt werden, weil in Holland immer noch Seuchenherde existieren. Für

Aber für die Sache ist es sehr gut! Die Welt im ganzen genommen ist für Furcht viel empfänglicher als für Einsicht und Liebe.

Das Ende der Niagarafälle. Eine kurze Weile noch und die berühmten Niagarafälle, die alljährlich Tausende von Fremden zur Bewunderung dieses herrlichen Naturwunders heranziehen, werden den letzten Rest ihrer imponanten Schönheit verloren haben. Die zahlreichen industriellen Anlagen, die die gewaltige Wasserkraft für ihre Zwecke auszunutzen, haben dem Landschaftsbild ohnehin schon seinen grandiosen Charakter geraubt. Nun sind neue große Arbeiten im Gange, weitere Fabriken entstehen, und nach ihrer Vollendung wird der größte der Fälle, der eine Breite von 900 Meter hatte, auf 487 Meter zusammenschrumpfen. Andere Fälle werden nur noch 150 Meter breit sein, wo früher sich die Wassermassen in mächtigen Rasen von 300 Meter Breite ihren Weg bahnten. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat sich nach Kräften bemüht, diesem Vandalismus entgegenzutreten, aber alle Versuche scheiterten an dem Widerstand des Staates Ontario, der praktische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt und auf die rasche Entwicklung seiner Industrie ein größeres Gewicht legt, als auf die landschaftliche Schönheit der Niagarafälle.

Notizen.

— Vorträge. Im Institut für Meereskunde spricht am Freitag anstatt Dr. Wenckes Rufus Stahberg und zwar über das Thema: „Wie findet der Schiffer seinen Weg auf See?“ Mit Lichtbildern.

— Der verbotene Webedind. In Königsberg in Preußen hat der Polizeipräsident nach der ersten Aufführung von Webedinds „Frühlings Erwachen“ die weitere Aufführung des Stückes verboten. Diese tiefste Schöpfung Webedinds, die die Probleme der erwachenden Pubertät behandelt und in Berlin und anderswo ungehindert und häufig aufgeführt wurde, soll nach der polizeilichen Auffassung die Sitten der Jugend verderben. Wodurch in Wirklichkeit die Moralität der Jugend verdorben wird, scheint sich danach der polizeilichen Kenntnis zu entziehen.

— Und abermals: „Befassung“. Als im April dieses Jahres das „Verzeichnis der Teilnehmer an den Fernsprechungen“ erschien, machten wir und über die reichspolitische Sprachkunstlerchaft lustig, und auch in anderen Blättern wurde die von uns gerügte „literarische“ Leistung belacht. Jetzt ist das neue Verzeichnis herausgegeben und wir finden auf Seite 2 den damals verspotteten Satz wortwörtlich wieder: „Die Dienststellen der Reichspost- und Telegraphenverwaltung haben in Angelegenheiten der Geschäftsangelegenheiten mit dem Publikum keine Befassung“. Glühliche Bureaukratie! Du brauchst keine Zeitungen zu lesen.

Kleines feuilleton.

Tollstois dichterischer Nachlaß. Ueber den dichterischen Nachlaß Tolstois macht Charles Salomon, ein intimer Freund des Dichters im „Journal des Debats“ Mitteilungen. Um die Erhaltung und Bewahrung alles dessen, was Tolstois geschrieben, hat sich besonders die Gräfin verdient gemacht, die alle Manuskripte des Dichters oder wenigstens getreue Abschriften sammelte und in einem besonderen Raum des historischen Museums von Moskau der Nachwelt zugänglich gemacht hat. In den letzten Jahren trat dann als ihr Rivale der intimste Freund des Geistes Tolstois, Tschertkof, auf, der in seinem Archiv die Dokumente der letzten Entwicklung des großen Mannes birgt. Tschertkof ist auch im Besitz des einzigen vollständigen Exemplares von Tolstois intimer Tagebuch, in dem er seit seiner Jugend die geheimsten Bekenntnisse und Eindrücke aufgezeichnet hat. Außer dem in Tschertkofs Händen befindlichen Original dieses einzigartigen Konfessionswerkes existieren noch zwei Kopien des Tagebuchs. Diese beiden Abschriften enthalten jedoch die Eintragungen der letzten Jahre nicht. Von den vollendeten Dichtungen Tolstois, die sich in seinem Nachlaß befinden, steht an erster Stelle die Erzählung „Dadji Murat“, deren Held der Führer des Aufstandes ist, in dem der Kaukasus für seine Unabhängigkeit kämpfte. Das Werk, dessen Hektor Tolstois während seines Aufenthalts im Kaukasus als junger Mann gewann, steht im Stil seinen „Kosaken“ nahe und entrollt glänzende, farbenreiche Bilder von den Kämpfen dieses tapferen Volkes und der Natur dieses prachtvollen Landes. Eine lange, fast vollendete Novelle ist der „Vater Sergius“. Der Held der Erzählung ist ein russischer Adliger, Offizier bei der Garde Kaiser Nikolaus I., der unter dem Eindruck einer niederschmetternden Enttäuschung Wand zieht, ohne gläubig zu sein, und aus dem man nun auf Grund seines Reichthums und seiner früheren großartigen Stellung einen Heiligen gegen seinen Willen macht. Die Versuchungen des heiligen Antonius erneuern sich bei diesem seltsamen Wäsketen, und er widersteht ihnen nicht lange. Er erliegt der zweiten Verführung, die an ihn herantritt. Außerdem existiert noch eine Novelle, die den Titel trägt: „Nach dem Ball“. Einen vollendeten Roman „Die Erzählung des Teufels“, hat Tolstois streng geheim gehalten. Dieses Werk ist von dem Dichter in jener Zeit geschaffen worden, die unmittelbar auf seine Verheiratung folgte.

Laskaleana. Im ersten Heft der neuen, von Professor Karl Grünberg herausgegebenen Zeitschrift „Archiv für die Geschichte des Sozialismus und der Arbeiterbewegung“ veröffentlicht Gustav Mayer einige unbekannt Briefe Laskalles. In einem Brief aus dem September 1888, der an eine sonst unbekannt Freundin

„Agnes“ gerichtet ist, schildert er seine Erlebnisse in der Elberfelder Versammlung. „Bourgeois — Vornehm und Elberfelder Fabrikanten — waren erschienen, um zu hören. Als sie das zweite oder drittemal hierzu ansetzten, ereignete sich das Seltsame, daß die Fabrikanten — wohl über 200 — von ihren eigenen Arbeitern zur Türe hinausgeworfen wurden. Aber mit einer solchen Ruhe und Willensstärke, daß ich am oberen Ende des Saales nichts davon hörte und nichts davon gemerkt hätte, wenn ich nicht gesehen hätte, wie plötzlich Stühle geschwungen und ihnen auf den Kopf geschlagen wurden. Die Sache war wegen der erstaunlichen Stille und Präzision, mit der sie abließ — kein Laut — sehr ergötzlich! Es war im Ru besorgt!“

Berner leilt Mayer zwei Briefe an Laskalles Wegner, den christlichen Sozialreformer Huber, mit, die nur an verstreuter Stelle gedruckt worden sind. Wichtig sind darin seine Äußerungen über Monarchie und Konstitutionalismus. „Republikaner von Kindesbeinen an, habe ich nie etwas für lächerlicher, korruptierter und auf die Dauer unmöglicher gefunden als den Konstitutionalismus. Es ist die organisierte Selbsthinterzöpfung. Wie gesagt, von Kindesbeinen an bin ich Republikaner. Und trotzdem, oder vielmehr gerade dadurch, bin ich zu der Ueberzeugung gekommen, daß nichts eine größere Zukunft und eine segensvollere Rolle haben könnte, als das Königtum, wenn es sich nur eben entschließen könnte, soziales Königtum zu werden. Mit Leidenschaft würde ich dann sein Banner tragen, und die konstitutionellen Theorien würden schnell genug in die Pampelkammer geworfen werden. Aber wo gäbe es ein Königtum, das den Mut und die Einsicht hat, sich zum sozialen Königtum herzugeben? Sie werden selbst zugeben, daß sich das selbe kaum finden dürfte.“

Auch von seiner Agitation schreibt Laskalle in diesem Briefe. „Ich kann also nichts anderes tun, als Waffenerkenntnis hervorzuufen und freilich damit auch Waffenaufregung. Das ist aber auf die Dauer ganz eminent praktisch. . . . Nun, sehen Sie mich an, meine Agitation dauert erst neun Monate und rechts und links und haben und drüben ist die Sache zur allgemeinen Tagesfrage gemacht, und alle Welt hat sich mindestens bis zu einem gewissen Punkte darum bekümmert, und ist es auch nicht bis in die Oheime, so ist es doch schon bis an die Trommelfelle aller Menschen gedrungen — was doch der erste Schritt ist. . . . Und warum? — Nun ganz einfach, weil ich auftrat, Jörn im Bild und Drohung in der Geberde; weil man mir die feindseligsten Absichten lieh und leicht und nur für solche empfänglich und aufmerksam ist. Ich werde mich daher auch hüten, die Leute darüber zu enttäuschen! Der beste Teil der Expansionskraft liegt darin! Freilich ist es für mich gar oft unbequem. Aus den feindseligen Absichten, die man mir lieh, blühen mir Hochverratsprozesse — deren ich jetzt einen habe — und andere Kriminalprozesse, deren ich fünf habe, empor.“

die Einfuhr aus Dänemark kommt die Tuberkuloseprobe in Frage, die nicht mehr als ganz zuverlässig gelten kann (Hört! hört! links); sie soll durch eine zuverlässigere ersetzt werden. Für die Einfuhr von frischem Fleisch käme Rußland und für die von Rindfleisch auch Amerika in Betracht. Wegen der in Rußland herrschenden Rinderpest kann aber die Einfuhr von frischem Fleisch nicht empfohlen werden. Die Einfuhr von Rindfleisch aus Amerika müßte unwirksam bleiben, wenn es nur in halben oder ganzen Tierkörpern im Zusammenhang mit den inneren Organen eingeführt werden kann. Das ist aber nötig, wenn erkennbar bleiben soll, an welchen Krankheiten das Tier gelitten hat.

Zur Frage der Ermäßigung der Einfuhrzölle kann ich mich auf eine kurze Erklärung beschränken. Es soll der grundsätzliche Standpunkt, den die Regierung hier aus ökonomischen Gründen vertritt, festgehalten werden, daß an den einzelnen Sämen, die in Erwägung aller wirtschaftlichen Interessen festgestellt sind, nicht gerüttelt werden soll. (Zustimmung rechts.) Der sicherste Schutz gegen Fleischmangel liegt in der Stärkung und Erweiterung der eigenen Produktion. (Abg. Geher, Soz.: Die Agrarier sollen gestimmt werden.) Der Redner verbreitet sich dann eingehend über die Höhe der Eisenbahntarife, die seiner Meinung nach sehr niedrig sind. Ob eine vergleichende Uebersicht über die Detailpreise von Fleisch in den wichtigsten Ländern Europas gegeben werden kann, wie die Interpellation der konservativen Partei es wünscht, erscheint mir sehr zweifelhaft, ich werde diese Frage indessen prüfen. (Bravo! rechts.)

Preussischer Landwirtschaftsminister v. Schorlemer: Ich will nicht auf die Frage eingehen, ob wirklich das Fleisch das einzige und unbedingt notwendige Nahrungsmittel ist, ob es nicht noch andere Lebensmittel gibt, die zuzeiten der Züchtung bei gleichem Nährwert und bei niederen Preisen einen großen Teil der Fleischnahrung ersetzen können. (Mache links.) Das ändert auch im zutreffenden Fall nichts daran, daß die Bevölkerung in Deutschland an dem Fleischkonsum nun einmal gewöhnt ist. Ich gebe zu, daß die Fleischpreise eine bedauerliche Höhe erreicht haben, ich kann aber nicht zugeben, daß wir eine auf Mangel von Zufuhr und Produktion beruhende Fleischnot haben. (Lebhaftes Beifall rechts.) Der Fleischkonsum ist in Deutschland höher als in anderen Ländern und hat sich auch im Jahre 1910 nicht verringert. Die Berechnungen mancher südlichen Verwaltungen, die einen Rückgang des Fleischkonsums ergeben, beruhen auf unsicheren Grundlagen. (Hört! hört! rechts.) Schließlich bleibt es richtig, daß man vom Fleisch allein nicht leben kann und nicht zu leben braucht; der gesunde Teil der Bevölkerung lebt ja auch auf dem Lande, wo weniger Fleisch gegeben wird als in den Städten. (Sehr richtig! rechts.) Die Zahl der Pferdeabschlachtungen ist in Preußen und Deutschland nicht gesunken, sondern zurückgegangen. (Hört! hört! rechts.) Ich bleibe demnach auf dem Standpunkt, den ich bereits gegenüber der Deputation des Fleischerverbandes eingenommen habe. Auch der Aufsichtsrat spricht gegen die Befürchtung, daß in den kommenden Jahren der Viehbestand in Deutschland sich vermindern wird. (Zustimmung rechts.) Es ist nicht anzunehmen, daß angehörs der Preissteigerung auf allen anderen Gebieten die Vieh- und Fleischpreise steigen werden. (Sehr richtig! rechts.) Damit wird sich die Bevölkerung abfinden müssen.

Die gegenwärtige Lage des Fleisch- und Viehmarktes gibt der Regierung einen Anlaß zu besonderen Maßnahmen nicht.

(Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Ich befinde mich da in Uebereinstimmung mit dem Verein der deutschen Viehhändler: Die Hauptsache muß für uns sein die Stärkung und Vermehrung der Viehproduktion im Inlande. Diese liegt weniger im Interesse der Großgrundbesitzer und Agrarier, als gerade im Interesse der kleinen Landwirte und der Arbeiterbevölkerung, welche in die größte Not geraten würde, wenn Deutschland nicht mehr in der Lage sein würde, den Fleischbedarf der Bevölkerung so wie jetzt zu decken. (Lebhaftes Bravo! rechts.)

Auf Antrag des Abg. Singer (Soz.) findet die Besprechung der Interpellationen statt.

Abg. Herald (B.): Ueber hohe Getreidepreise zu klagen, liegt kein Grund vor; sie haben einen Stand erreicht, daß die Produktion lohnt, und darin liegt der beste Beweis für die Wichtigkeit unserer Jolkspolitik. (Zustimmung rechts und im Zentrum.) Freilich, die Spannung zwischen Getreidepreis und Brotpreis wird immer größer. Aber auch die Ansprüche an die Güte des Brotes sind größer geworden. Schwieriger liegen die Verhältnisse beim Fleisch, hier sind wesentliche Differenzen vorhanden zwischen Großpreisen und Detailpreisen. Auf einem Mangel an Vieh beruhen die jetzigen hohen Preise keinesfalls. Im Fleischkonsum werden wir kaum von einem anderen Lande übertroffen. Da die Teuerung eine internationale ist, würde eine Aufhebung der Zölle ganz unwirksam sein. Was die Öffnung der Grenzen anlangt, so ist die Einfuhr von Fleisch schon fast allgemein gestattet, die Einfuhr von Vieh in weitem Umfang, 95 Prozent des Bedarfs werden vom Inland gedeckt, und wenn auch im Ausland das Fleisch billiger wäre, so würde es bei der Einfuhr nach Deutschland doch zu dem Preise verkauft werden, der in Deutschland besteht. Unser Streben muß dahin gehen, die eigene Produktion zu heben, darin bin ich mit dem sozialdemokratischen Redner einverstanden. Dazu müssen ihre Produktionskosten gedeckt werden. — Das Zentrum hat sich in der Fürsorge für die Arbeiter von niemand übertreffen lassen. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Im Erregen von Unzufriedenheit läßt sie allerdings der Sozialdemokratie den Vorrang. Gerade die Steigerung der einheimischen Produktion liegt auch im Interesse der Arbeiter. Wäge die Debatte dazu beitragen, Verabgung in die Konsumtenkreise zu tragen. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Stammer (Wirtsch. Bgg.): Wenn Sie die Grenzen öffnen und damit die Seuchengefahr hereinlassen, werden Ihnen die kleinen Bauern durch die Kege gehen. Auch dieser Fleischnotstand wird vorbeigehen. Einen Nutzen von dem Auf und Ab der Fleischpreise hat nur der Großhandel. Bis zur Viehzählung am 1. Dezember müssen die Verhältnisse jedenfalls unverändert bleiben. Wenn die Herren links gar so viel schreien, werden immer mehr Bauern die Viehzucht aufgeben, die sowieso der unrentabelste Teil der deutschen Landwirtschaft ist. (Bravo! rechts.)

Hierauf vertagt das Haus die Fortsetzung der Besprechung auf morgen 1 Uhr.

Vorher Wahl des zweiten Vizepräsidenten, dann die Interpellationen wegen der Königsberger Kaiserrede, wegen der Verhinderung der Privatbeamten und die Reblausinterpellationen.

Schluss 6 Uhr.

Aus Industrie und Handel.

Verdienen wird groß geschrieben.

Aus Anlaß des riesenhaften Geschäfts, das die Bodenspekulanten mit der Parzellierung des Tempelhofer Feldes zu machen gedenken, erzählt die Finanzzeitschrift „Die Bank“ ein lehrreiches Beispiel, wie heutzutage in der kapitalistischen Welt Geld „verdient“ wird. Man hat eine Tempelhofer-Feld-Aktiengesellschaft gegründet mit einem Grundkapital von 20 Millionen Mark, wovon die Hälfte als Aktien A voll eingezahlt werden sollen, die andere Hälfte als Aktien B nur zu 25 Proz. Weiter ist darüber bis jetzt nichts bekannt. Aber nun weiß „Die Bank“ auf die Lebensgeschichte der „Neu-Westend-Aktiengesellschaft“ in Charlottenburg hin, die von derselben Großbank gegründet worden, wie die Tempelhofer-Feld-Aktiengesellschaft, und in deren Verwaltung zum Teil dieselben Personen sassen. Auch diese Gründung ist feinerzeit mit zwei Sorten Aktien

ins Leben getreten, nämlich mit 8 Millionen Aktien A und 4 Millionen Aktien B. Die Aktien A waren zum vollen Betrage von 1000 M. pro Aktie eingezahlt, die Aktien B zu 25 Proz., also mit 250 M. pro Aktie. Freilich schreibt das Statut der Gesellschaft vor, daß auch die Inhaber der Aktien B auf Beschluß des Aufsichtsrates weitere Einzahlungen leisten müssen, jedoch können ihnen die dazu erforderlichen Summen „nach dem Ermessen des Aufsichtsrates“ aus den flüssigen Mitteln der Gesellschaft zinsfrei vorgehoben werden. „Man braucht nun nicht besonders hellsehend zu sein“, schreibt „Die Bank“, „um zu wissen, daß die Kreise, aus denen sich die B-Aktionäre zusammensetzen, identisch sind mit den Personen, welche den Aufsichtsrat bilden resp. ihn ernennen.“ Mit anderen Worten: Die Herren Gründer haben für sich selbst das Vorrecht geschaffen, daß sie von ihren Aktien nur den vierten Teil einzuzahlen brauchen, und daß, selbst wenn einmal weitere Zuschüsse unvermeidlich sein sollten, diese zu ihren Gunsten aus den „flüssigen Mitteln der Gesellschaft“, das heißt aus dem Gelde der A-Aktionäre geleistet werden, ohne daß die B-Aktionäre dafür auch nur Zinsen zu zahlen brauchen. Aus diesen Zusammenhängen erklärt es sich, daß der Aufsichtsrat, als einmal bar Geld nötig war, dieses nicht von den B-Aktionären einforderte, die doch noch 75 Proz. ihrer Einzahlungen schuldig waren, sondern es pumpte, wofür natürlich die Gesellschaft Zinsen zahlen mußte. In der Generalversammlung fand er ohne weiteres die nötige Zustimmung, denn hier haben die B-Aktionäre, das heißt wiederum die Gründer selbst, die absolute Majorität, weil ihnen für die 25 Proz., die sie eingezahlt haben, das volle Stimmrecht zusteht. Wenn also zum Beispiel ein B-Aktionär 1000 M. aufwendet, so hat er dafür vier Aktien, mithin viermal so viel Stimmrecht wie ein A-Aktionär mit der gleichen Einzahlung. Ebenso sind die B-Aktionäre bevorzugt bei der Verteilung des Gewinns. Diese geschieht bei Terrainsgesellschaften nicht in Form von jährlichen Dividenden, sondern wenn das Geschäft beendet, der Grund und Boden verkauft und aufgeteilt ist, dann löst sich die Gesellschaft auf und verteilt das am Schluß vorhandene Vermögen. Da ist nun bei der „Neu-Westend-Aktiengesellschaft“ die Bestimmung getroffen, daß zuerst die B-Aktionäre befriedigt werden für ihre Einzahlungen über 250 M. pro Aktie, hinterher erst die A-Aktionäre. Bleibt nach Rückzahlung des gesamten Aktienbetrages ein Ueberschuß, so kriegt davon zunächst der Aufsichtsrat (das sind also auch wieder die B-Aktionäre) 5 Proz. Und erst was dann etwa noch an Ueberschuß vorhanden ist, wird auf alle Aktien gleichmäßig verteilt.

Dies alles sind Extraprofite der B-Aktionäre (oder Aufsichtsratsmitglieder) außer dem gewöhnlichen Gründergewinn. Die B-Aktionäre zahlen für eine Aktie nur 250 M., haben dafür gerade so viel Gewinn, als wenn sie 1000 M. gezahlt hätten, und außerdem — als Aufsichtsratsmitglieder — noch 5 Proz. — Nun wird sich mancher Arbeiter, der dies liest, fragen: Was geht das alles uns an? Die Darstellung zeigt doch, daß die Gepekten bei solchen Geschäften die A-Aktionäre sind. Und wenn die so dumm sind, sich nachsühren zu lassen, so kann es uns Arbeitern gleichgültig sein. — Das wäre aber sehr falsch geurteilt. Die A-Aktionäre sind nämlich keineswegs so dumm, daß sie diese Dinge nicht sehen. Sie wissen das alles ganz genau. Sie lassen sich dennoch darauf ein, weil sie trotzdem und alledem noch ein gutes Geschäft dabei zu machen hoffen. Sie kaufen die Aktien, zahlen 1000 M. dafür und suchen zunächst, während der Jahre, in denen die Aufteilung des Terrains erfolgt, die Aktien mit Gewinn an der Börse weiter zu verkaufen. Uebrigens sind in dem Fall „Neu-Westend“ die Aktien von vornherein zu 128 Proz., das heißt für 1280 M. pro Aktie ausgegeben worden. So wird die Summe, die die Aktienbesitzer tatsächlich ausgegeben haben, von Jahr zu Jahr größer, und um das alles mit dem erhofften Gewinn hereinzubringen und dazu noch die vielen Extragewinne der B-Aktionäre, müssen natürlich die Preise des Grund und Bodens, und infolgedessen die Mieten, immer höher getrieben werden. Das ist denn auch in Berlin and Umgegend reichlich geschehen. Das Wachstum der Berliner Grundrente war eben in den letzten Jahren so üppig, daß der Aktionär selbst bereit frächtige Anpassungen noch bei guter Gesundheit überstehen konnte.“ Es sind also nur scheinbar die A-Aktionäre, in Wirklichkeit die wohnungsuchenden Massen, die jene Profite aufbringen müssen.

Die Leute aber, die auf so — elegante Weise sich zu bereichern verstehen, schreiben Jeter und Mordio, wenn die Maurer und Bauarbeiter ein paar Pfennige Lohnhöhung verlangen, und „beweisen“ haarklein, daß nur infolge solcher „Begehrlichkeit“ der Arbeiter die Mieten steigen.

Goldzufluß. Für die Monate Januar bis einschl. Oktober 1910 hatte Deutschland einen Goldzufluß von insgesamt 439 280 000 (im Vorjahre 225 481 000) M. und einen Export von 197 827 000 (222 540 000) M. Das Einfuhr-Überschuss beträgt für das laufende Jahr mithin 241 453 000 M., während für die gleiche Zeit des Vorjahres ein Einfuhr-Überschuss von nur 2 041 000 M. ergab.

Kohlenpreise. Zu der Beiratsitzung des Reichsausschusses wurden die Kohlenpreise für das Abkühljahr 1911/12 um 25 Pf. ermäßigt, die Kokspreise bleiben unverändert.

Steigerung der Eierpreise. Der Preis für ein Schod Eier stellt sich im Durchschnitt von 50 Orten im Oktober d. J. auf 5,23 M. gegen 4,98 M. im Oktober 1909. In zahlreichen Orten bewegt sich die Preissteigerung zwischen 60 und 70 Pf. Nur in ganz wenigen Orten bleiben die Eierpreise hinter denen des Vorjahres zurück.

Lukratives Geschäft. Das Metropol-Theater A.-G. verteilt für das erste Geschäftsjahr 22 Proz. Dividende.

Spridividende. Der Aufsichtsrat der Bank für Spiritus- und Produktenshandel Aktiengesellschaft beschloß, für das am 30. September 1910 abgelaufene Geschäftsjahr die Verteilung einer Dividende von 21 Prozent vorzuschlagen. Die Spiritusaktionäre wünschen den Schnapskonsumenten weitere erfolgreiche Tätigkeit.

Soziales.

Binnenschiffahrt.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht auf Grund des § 128 des Reichsgesetzes über die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt vom 20. Mai 1898 folgende Verordnung:

Auf Antrag der Schiffseigner sind Dampfschiffe und andere Schiffe mit eigener Triebkraft, deren Tragfähigkeit 5000 bis 15 000 Kilogramm beträgt, in das Schiffsregister einzutragen.

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1911 in Kraft.

Die 2. Konferenz für Trinkerfürsorge tagte am 22. d. Mts. im Landeshaus der Provinz Brandenburg zu Berlin. Sie war einberufen vom Deutschen Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke und geleitet von dessen Vorsitzendem, Wirkl. Geh. Oberreg.-Rat Senatspräsident D. Dr. Dr. von Strauß und Torneck. Folgende Beschlüsse wurden gefaßt:

1. Es soll eine einheitliche Organisation der Trinkerfürsorgestellen unter Leitung des Deutschen Vereins gegen den Mißbrauch

geistiger Getränke angestrebt werden, um eine einheitliche Leistung der Geschäfte und dadurch eine bessere wissenschaftliche Ausnützung der gewonnenen Erfahrungen zu ermöglichen.

2. Den in Kronen- und Irrenanstalten, Gefängnissen, Arbeiterkolonien usw. befindlichen Trunkgefährdeten muß schon vor der Entlassung, jedenfalls aber sofort nach der Entlassung, eine besondere Fürsorge zuteil werden, damit die guten erzieherischen Einflüsse der Anstalten befestigt und vertieft und die schädlichen Einflüsse der Umgebung ferngehalten werden.

Bei der bisherigen Praxis war die Zahl der Rückfälle bedauerlich groß.

In Ergänzung der segensreichen Bestrebungen der Fürsorgevereine (Trinkervereine, Vereine für entlassene Strafgefangene usw.) haben deshalb die Trinkerfürsorgestellen die wichtige Aufgabe zu lösen, die für die Erreichung von Dauererfolgen notwendigen Maßnahmen durchzuführen.

Dazu ist erforderlich, daß die Trinkerfürsorgestellen, sei es von den Anstaltsleitungen, sei es von den Hilfsvereinen, rechtzeitig von der bevorstehenden Entlassung Trunkgefährdeter benachrichtigt werden, damit sie in der Lage sind, mit den zu Entlassenden und deren Familien schon vor der Entlassung in Verbindung zu treten, die Entlassenen nötigenfalls an der Pforte der Anstalt abzuholen, Arbeit und Unterkunft für sie zu schaffen, sie in bewahrende Obhut zu nehmen und Abstinenzvereinen zuzuführen, überhaupt alle die Maßregeln zu treffen, welche geeignet sind, die Gefährdeten wieder an die Freiheit zu gewöhnen, sie in ihren Lebensgrundrissen zu festigen und ihr äußeres Wohlergehen zu fördern.

3. Die zweite Trinkerfürsorgekonferenz beschäftigt den Trinkerfürsorgestellen zu empfehlen, überall dort, wo öffentliche, städtische, gewerkschaftliche oder andere Arbeitsnadleise bestehen, sich auch mit ihnen ins Einvernehmen zu setzen, um durch sie den geheilten und gebesserten Trinkern geeignete Arbeitsmöglichkeiten zu verschaffen.

Jugendbewegung.

Ein Dokument polizeilicher Unkenntnis.

Unser Halle'sches Parteiorgan gibt in seiner letzten Nummer das Auflösungsdekret, durch das die Halle'sche Polizeiverwaltung die dortige freie Jugendorganisation aufgelöst hat, im Wortlaut wieder. In dem Dekret heißt es u. a.:

Durch Erkenntnis des Strafenats des königlichen Oberlandesgerichts zu Raumburg vom 15. Januar 1910 ist der Schlosser Bruno Bötzge und der Redakteur Otto Niebuhr auf Grund der §§ 182, 2, 5, 6 des Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1907 rechtskräftig bestraft worden. Durch dieses Erkenntnis und durch das in derselben Strafsache ergangene Urteil der 4. Strafkammer des hiesigen königlichen Landgerichts vom 20. Oktober 1909 ist erwiesen, daß in dem Ortsverein Halle a. S. der Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands Personen, die das 18. Lebensjahr noch nicht vollendet hatten, durch den Vorstand des Vereins als Mitglieder aufgenommen und in den Versammlungen des Vereins, die keine Veranstaltungen zu geselligen Zwecken waren, trotz Kenntnis des jugendlichen Alters geduldet worden sind, und daß der Verein ein politischer ist.

Ausführlich legt dann die Verfügung dar, durch welche Veranstaltungen die Jugendorganisation sich als politischer Verein betätigen haben soll.

Soviel Sätze, soviel Freitümer! Erstens gibt es gar kein Reichsvereinsgesetz vom 19. April 1907. Bei einer Polizeiverwaltung eigentlich ein unverantwortlicher Fehler. Zweitens existiert eine „Vereinigung der freien Jugendorganisationen Deutschlands“ nur in der Phantasie der Polizeiverwaltung und dritten hat die Polizei Versammlungen der freien Jugendorganisationen zu politischen Zwecken, bei denen sie gar nicht zugegen war, den politischen Charakter also nur aus durchaus irrtümlichen Mutmaßungen konstruiert. So wenig sichhaltige Gründe genügen in Preußen, um Organisationen der Arbeiterjugend aufzulösen. Aber die „Aufgelösten“ werden das Wort des „Halle'schen Volksblattes“ beherzigen, das zu der Auflösung schreibt:

Wenn sich nun jemand in den Reihen der Feinde der proletarischen Jugendorganisation befinden sollte, der da glaubt, daß die Arbeit an der proletarischen Jugend mit der Auflösung unterbrochen oder eingeschränkt worden sei, der irtzt sich ganz gewaltig. Die eine Form der Jugendorganisation ist dahin, doch der Gedanke lebt! Und natürlich werden Mittel und Wege gefunden, um weiterzuarbeiten an der freihheitlichen Erziehung der Jugend. Trotz alledem!

Gerichts-Zeitung.

Die Autorität des Schuhmanns

findet vor Gericht in der Regel allen Respekt. Zwei Schulkollegen erwarteten das auch vom Amtsgericht Weiskene, das am Mittwoch gegen einen Vermeister Nidel wegen Polizeibestechung und Widerstand verhandelte.

Nidel sollte in einer Juninacht am Ringbahnhof Prenzlauer Allee nach Westeigen eines Straßenbahnwagens zwei Schulkollegen zugerufen haben: „Ihr blaues Zeug! Ihr Hundel! Ihr seid wohl besoffen?“ und dann sich seiner Störung widersetzt haben. Der Angeklagte gab an, er sei, auf den Straßenbahnwagen wartend, von einem der beiden Polizisten angesprochen worden: „Was steht Du hier? Nach, daß Du wegkommst, Du Wegelagerer!“ Als er sich das ruhig verbat, habe man ihn weiter beleidigt, so daß er schließlich nach Westeigen des Straßenbahnwagens vor sich hin geschimpft habe, aber nur: „Ach, die sind wohl besoffen!“ Er sei von den Schulkollegen aus dem Wagen herausgeholt und dabei so hin und her gestochen worden, daß er sich festhalten mußte, um nicht in die Scheiben zu fallen. Unterwegs habe man ihn gefesselt und trotz seiner Witten die Kette fester gezogen mit den höhnenden Worten: „Siehst Du, Du Hundel, Dir werden wir schon Paros lehren.“

Die Schulkollegen gaben eine ganz andere Darstellung. Sie erzählten, N. sei ihnen verächtlich vorgekommen, weil einige Tage vorher jemand dort herabzu werden sei. Schuhmann Geiling beauftragte unter Eid, er sei an N. herangetreten: „Hören Sie mal, mein Herr, was haben Sie denn hier zu machen?“ N. habe sofort standgehalten und die Nummer verlangt und nachher vom Straßenbahnwagen aus gerufen: „Ihr seid ja alle besoffen!“ Als er mit Schuhmann Partei ihn herausholen wollte, habe N. sich festgeklammert und weiter geschimpft: „Ihr blaues Zeug! Ihr Hundel!“ Schuhmann Partei beschwor, daß N. sogleich beim Westeigen des Wagens nicht nur „Ihr seid ja alle besoffen!“ sondern auch „Ihr blaues Zeug! Ihr Hundel!“ geschimpft habe. Auf dem Transport sei N. von Geiling gefesselt worden. Beide Zeugen nahen der Verleumdung, Rechtsanwalt Dr. Salspert, noch in ein eingehendes Verhör, an dem dann auch der Anwalt sich beteiligte. Geiling hatte behauptet, er habe N. mindestens schon eine halbe Stunde beobachtet, und etwa um 4 1/2 Uhr sei dann der Zusammenstoß mit ihm gewesen. Als ihm vorgehalten wurde, nachweislich sei N. erst um 4 1/2 Uhr auf Bahnhof Prenzlauer Allee eingetroffen, meinte G., das sei unmöglich, und bitte dabei, spätestens um 4 1/2 Uhr habe der Vorfall sich abgespielt. Davon, daß N. im Wagen sofort Legitimationspapiere angeboten habe, wußte G. nichts. Uebrigens habe er, Zeuge, nach Papiere nicht zu fragen brauchen, da es sich um eine Beleidigungssache gehandelt habe. Demgegenüber wurde aus den Akten festgestellt, daß G. zunächst keine Anzeige wegen Beleidigung gemacht, sondern die Sache als groben Unfug hatte abtun lassen wollen. Weil aber N. selber zur Polizei ging und sich beschwerte, wurde er nun wegen Beleidigung und Widerstand angezeigt.

Der Verteidiger hob hervor, daß G. in allen seinen Verichten niemals auch nur ein einziges Schimpfwort erwähnt habe, das N. etwa ausgesprochen hätte, bevor er den Wagen bestieg. Ob G. selber geschimpft und den N. einen „Wegelagerer“ genannt hätte, fragte der Vorsitzende. G. bestritt das und wurde dann vereidigt.

Gegen die Aussagen der beiden Polizisten legte der Verteidiger die Befundungen mehrerer Zivilpersonen, daß N. nicht schon

eine halbe Stunde beobachtet" worden sein konnte, ergab die Aussage des Maschinenfabrikanten Thiele, den R. erst um 11 Uhr am Bahnhof Wedding verlassen hatte, um nach Prenzlauer Allee zu fahren. Ueber die Vorgänge im Straßenbahnwagen belaudete Schaffner Denck, daß R. in das Wageninnere hineingehend, ohne sich umzudrehen, nur gesagt habe: "Ach, Ihr seid wohl alle besoffen?" Ein Schuhmann habe dann, ohne eine Aufforderung an R. zu richten, ihn aus dem Wagen geholt, dabei habe der andere Schuhmann den sich anklammernden R. mit dem Säbel auf die Finger geschlagen. R. habe vergeblich gesagt: "Ich habe Papiere, ich kann mich legitimieren." Am wesentlichen ebenso befandete ein Fräulein Schenker, das im Wagen gesessen hatte. R.'s Arbeitgeber, ein Herr Gubel, schilderte ihn als ruhigen Mann. Gubel hatte am Tage nach jenem Vorfalle Verletzungen an R. bemerkt, da erzählte ihm dann R. sofort, er sei "Begelagerer" geschimpft worden usw., doch habe R. selber, die Schimpfungen entschuldigend, das aus einer Personenverwechslung erklärt. Verlesen wurde noch das Arzteffekt; es beschleunigte Hautabschürfungen an Hals und Brust sowie an den Händen, einen roten Doppelring geschwollener Haut am rechten Handgelenk, taubes Gefühl und erschwerter Beweglichkeit der Hand.

Der Amtsanwalt hat, den Aussagen der Polizisten nur so weit zu folgen, als sie nicht durch die anderen Zeugnisse bestritten wurden. Daß sie nicht "Begelagerer" geschimpft hätten, wollte er ihnen glauben, weil es nicht widerlegt sei. Widerlegt sei aber, daß R. mehr als "Ihr seid wohl besoffen?" geschimpft habe. Ihn festzunehmen, seien die Polizisten berechtigt gewesen, doch in der sofortigen Anwendung von Gewalt liege eine Ueberschreitung ihrer Amtsbefugnis. Da sei Widerstand zulässig gewesen, er müsse daher strafflos bleiben. Die offenbar nicht für die Ohren der Schulpflichtigen bestimmte Verlesung sei mit 5 M. Geldstrafe genügend geahndet. Der Verteidiger Dr. Falpert machte dem Amtsanwalt ein Kompliment für seine Objektivität, im übrigen aber forderte er Freisprechung auch für die den Schulpflichtigen widerfahrene Beleidigung. R. sei zuerst beleidigt worden, das sei ihm zu glauben, trotz der bestrittenen Aussagen der Schulpflichtigen, die in diesem Punkte offenbar ebenso unzuverlässig seien wie in den anderen, wo man ihnen das nachgewiesen habe. Gerade die Personenverwechslung, die zweifellos sei, mache den Gebrauch des Schimpfwortes "Begelagerer" wahrscheinlich, hiermit sei aber das "Ihr seid ja besoffen!" ausgewogen. Widerstand liege schon deshalb nicht vor, weil ein Anschlag zur Eistrierung fehlte, die nach § 127 der Strafprozessordnung nur zulässig sei beim Fehlen von Legitimationspapieren, bei Fluchtverdacht, und wenn Gefahr im Verzuge sei. Seit wann dürfe ein Schuhmann sich über solche Rechtsgarantien hinwegsetzen? Und warum sei R. gefesselt worden, obwohl keiner der Polizisten sage, daß er auch auf der Straße sich widerlegt hätte.

Das Urteil lautete: Freisprechung in beiden Punkten. Die Art der an sich berechtigten Eistrierung sei unbedeutend gewesen. Erwiesen sei nur "Ihr seid ja besoffen!" aber auch das müsse straflos bleiben, weil R. durch das Wort "Begelagerer" zuerst beleidigt worden sei.

So hatte auch das Gericht der Autorität des Schuhmanns den Respekt verweigert.

Zu spottbilligen Preisen.

Das Landgericht Diefeld hat am 7. Juni den Kaufmann Hübner verurteilt, die Beleidigung für schuldig aber strafflos erklärt und im übrigen von der Anklage des unlauteren Wettbewerbs und des Betruges freigesprochen. Er hatte in Diefeld'scher Blätter ein enormes Lager von Gardinen, Teppichen usw. zu spottbilligen Preisen angepriesen. Der Detaillistenverein nannte dies in einer Anzeige ein schwindelhaftes Angebot, weil die Preise des Angelegten nicht niedriger, sondern höher waren als bei anderen Geschäftleuten. Darauf hatte der Angelegte sofort mit einer ebenfalls freundschaftlichen Gegenanzeige geantwortet. Das Landgericht hat gegenseitige Beleidigung angenommen und den Angelegten nach § 260 für strafflos erklärt. — Auf die Revision des Staatsanwalts hob das Reichsgericht am Dienstag das Urteil im vollen Umfang auf und verwies die Sache an das Landgericht Osnabrück. Nicht nur § 198, sondern auch § 199 kam in Frage, da es sich um den Tatbestand des § 188 handelt. Der Verein hat sich nicht straflos gemacht, er konnte das Verhalten des Angelegten nicht anders bezeichnen. Im übrigen enthält das Urteil Widersprüche, soweit der Tatbestand des § 4 des Wettbewerbsgesetzes in Frage kommt.

Eine Verurteilung dürfte durchaus berechtigt sein, denn die "spottbilligen Preise" waren teilweise höher als bei anderen Kaufleuten.

Verfammlungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den vierten Berliner Reichstagswahlkreis

hielt am Dienstag eine Reihe von Vierteljahresversammlungen ab. Die Versammlung für das Köpenicker Stadtviertel war zahlreich besucht und füllte den großen Saal der Drachenburg vor dem Schlesischen Tor. In einem feierlichen Vortrag schilderte Genosse Paul Hirsch, wie sich die politischen Zustände in Deutschland und Preußen während der letzten Legislaturperiode und bis in die neueste Zeit hinein entwickelt haben. Die reaktionäre und volksfeindliche Politik der Reichstagsmehrheit, namentlich auch die sogenannte Reichsfinanzreform samt der ungeheuren Plebisziterzeugung haben dazu geführt, daß das Volk mehr denn je nach geworden ist. Das beweisen die Erfahrungen bei der Landtagwahlen und das beweist auch der mächtige Fortschritt der Sozialdemokratie bei den Nachwahlen zum Reichstag und in jüngster Zeit wiederum auch das Ergebnis der Landtagwahlen in Breslau. Alles deutet darauf hin, daß das Volk es hat, sich von den reaktionären Parteien betrogen zu lassen. Die herrschenden Klassen haben Angst vor den kommenden Reichstagswahlen und sinnen vergeblich auf Mittel, dem zu erwartenden Zuwachs an sozialdemokratischen Stimmen und Mandaten vorzubeugen. Unter diesen Umständen kamen ihnen die Vorgänge in Rußland als ein gefundenes Fressen. Aber der Landtagprozess, der daran geknüpft wurde, nimmt offenbar einen Verlauf, der die Hoffnungen der Reaktion zerschanden macht. Es läßt sich nicht voraussetzen, wann die Reichstagswahlen stattfinden werden. Für uns kommt es darauf an, für jeden Termin, den die Regierung für geeignet erachtet, gerüstet zu sein und jederzeit alle Kraft einzusetzen und überall für die nötige Aufklärung zu sorgen. Der Vortrag fand lebhaftesten Beifall. Der folgende Punkt der Tagesordnung bildete die Bestätigung der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. Es sind 24 Delegierte, die in diesem Stadtviertel zu wählen waren, und die vorgeschlagenen Kandidaten fanden die Zustimmung der Versammlung.

Für das Köpenicker Stadtviertel fand die Versammlung bei Graumann in der Raunigstraße statt. Genosse Karl Wehler zeichnete hier in scharfen Umrissen die politische Lage und das Verhalten der um eine zugünstige Wahlparole verlegenen bürgerlichen Parteien, die nicht wissen, wie sie das Volk über die von ihnen am Volkswohl beengenden Sünden hinwegzuführen sollen. Scharf kritisierte der Redner die gegenwärtigen Zustände und alle die reaktionären Maßnahmen, womit die Gegner die Arbeiterbewegung und die Sozialdemokratie einzudämmen oder niederzuknien suchen. Ihren Zweck erreichen sie nicht; weit eher das Gegenteil. Die großen Massen des Volkes sind mehr denn je politisch wach geworden. In Dörfern, wo der Redner in letzter Zeit agitierte und wo früher sozialdemokratische Versammlungen überhaupt nicht zu Stande zu bringen waren, lauschten jetzt gegen 100 Personen den Vorträgen und zeigten, daß sie politisches Verständnis gewonnen haben. — Dem mit starkem Beifall aufgenommenen Vortrag folgte eine kurze, aber recht rege Diskussion, in der mehrere Genossen sich über Fragen der Agitation und Aufklärung äußerten. Namentlich wurde darauf hingewiesen, daß jetzt, nachdem die Behörden so eifrig bestrebt sind, die Jugendorganisation zu vernichten, mit verdoppelter Kraft an der Aufklärung und Erziehung der Jugend gearbeitet werden muß. Ebenso soll mit erneuertem Eifer die Arbeit für die weitere Verbreitung der Parteipresse aufgenommen werden. Die 26 von den Bezirken vorgeschlagenen Verbanddelegierten wurden von der Versammlung fast einstimmig bestätigt. Außer-

dem wurde eine Veränderung in der Viertelwahlleitung beschlossen, die sich durch den Verzug des Genossen Klamm notwendig gemacht hatte. Als 1. Viertelwahlleiter wurde Genosse Busche gewählt, als 2. Viertelwahlleiter die Genossin Quolke.

Die Versammlung bei Litzin in der Remelerstraße war ziemlich gut besucht. Der Redner, Paul John, leitete seinen Vortrag damit ein, daß er das draußen stürmende Wetter zu einem Vergleich heranzog und meinte, so ein schneieiger, kalter Regen ist auf die Junterernte der letzten Reichstagswahlen gefallen. Jetzt sei den Junkern und ihren Bundesgenossen unheimlich zumute und sie suchten Schutz vor dem drohenden Vorkommnis. Die gegenwärtige innere politische Lage, wie sie vom schwarzblauen Hof geschaffen, schilderte der Redner näher und charakterisierte die Parteien des Reichstages. Er habe keinen Zweifel, daß für den Januar nach Durcheinander des Staats eine Reichstagsauflösung geplant gewesen sei. Die Hege gegen Partei und Gewerkschaften, die Fraktionierung des Prozesses in Rußland sollten die Wahlparole gegen die Sozialdemokratie schaffen, die für eine Juntererzeugung ganz ungewöhnlich beschränkte Oeffnung der Grenzen für die Vieheinfuhr das wildgewordene Speichertum beruhigen. Auf die Wollweberei und Karabiner der Regierung müsse das Volk mit Millionen sozialdemokratischer Stimmzettel antworten. (Beifall.)

In der Germania-Bräuerei, Frankfurter Allee, folgte eine kleine, aber sehr aufmerksame Versammlung dem Vortrag des Genossen Julius Hildebrand, der den Rußlandbesuch zum Gegenstand seiner Ausführungen sich erwählt hatte. Als der Redner von den Bestrebungen sprach, diesen Prozess zu einem Ausgangspunkt für neue Anbelangungen gegen die Arbeiterklasse zu machen, gedachte er der ersten Zeit des Sozialistengesetzes und rief durch seine Schilderungen aus jenen Tagen manche Bewegung unter den Versammelten hervor, besonders als er erzählte, wie mancher Genosse als ein Opfer der niedrigsten Nachsicht und Verfolgung erlag und ins Unglück stürzte oder Selbstmord beging. — Unter den Versammelten waren auch viele Frauen zu sehen, die sich durch das schlechte Wetter nicht zurückhalten ließen.

Bei Köpenicker, Weberstraße, wo Genosse Dr. Herzfeld sprechen sollte, wurde von einem Referat abgesehen und nur die Bestätigung der Delegierten vorgenommen.

Im „Elysium“, Landberger Allee, sprach Genosse Georg Schmidt über das Thema des Tages. In der Diskussion forderte ein Redner zum Austritt aus der Landesliste auf. Auch hier vollzog sich die Bestätigung der Kandidaten glatt.

Im sozialdemokratischen Wahlverein für den fünften Berliner Reichstagswahlkreis, der am Dienstag seine Versammlung in den „Kunstwerkstätten“ abhielt, referierte Reichstagsabgeordneter Genosse Studen über die politische Lage. Die jetzt beginnende Reichstagsession, bemerkte er einleitend, sehe bereits unter dem Zeichen der nachfolgenden Reichstagswahlen. Ihnen läßt die gegenwärtige Parteien naturgemäß mit dem Gefühl der Bangigkeit entgegen. Redner behandelte dann eingehend die Tätigkeit der Schachtmacher und die verschiedenen gegenwärtigen Parteien, wobei er hervorhob, wie immermehr die Interessenverbände in den Vordergrund traten. Es werde bei den nächsten Wahlen das Geld dieser Verbände mit vollen Händen hinausgeworfen werden. Man werde die Kandidaten der bürgerlichen Parteien fragen können: Wer bezahlt deine Wahlkandidatur? Und man werde ein bekanntes Wort umdrehen und sagen können: „Sage mir, wer dich bezahlt, und ich werde dir sagen, wo du hingehörst.“ In diesem Wahlkampf müßte der republikanische Staatsgedanke von uns mehr in den Vordergrund gerückt werden wie bisher. Das werde auch die beste Antwort sein auf das Hervorheben des Gottesgnadentums, wie wir es in letzter Zeit wieder erlebt hätten. Vor allem keine faulen Kompromisse! Es müsse gearbeitet werden, als hätten wir den Kreis niemals besessen. Stützen wir uns auf die eigene Kraft, dann werden wir mit Ehren den Kampf bestehen. (Lebhafte Beifall.)

Darauf nahm der Vertreter des Kreises, Genosse Robert Schmidt, das Wort: Wir hätten uns auf die künftige Zeit nicht als auf eine rohe Hilfe für unsere Partei festzuliegen. Mit aller Kraft und Energie hätten wir den Kampf zu führen. Allerdings, die Situation sei nie günstiger gewesen für die Aufklärung. Damit wir zu kämpfen haben werden, sehen wir aber jetzt schon. Alles werde gegen uns ausgenutzt, gegen die Partei und die Gewerkschaften. Die Vorgänge in Rußland und am Wedding zum Beispiel, womit wir nicht das geringste zu tun hätten. Auf der anderen Seite die außerordentlich gewissenlose Art, mit der systematisch wissenschaftlich falsch und übertrieben die bürgerliche Presse zu unseren Ungunsten jene Vorgänge hingestellt habe, um gegen die Arbeiterklasse in Partei und Gewerkschaft zu gehen. Das deute uns schon die ganze Art an, wie der künftige Kampf gegen uns geführt werden solle. Nicht mit lokalen Waffen des Geistes und politischer Auseinandersetzungen, sondern mit Verleumdungen, mit Lug und Trug, so wie wir es in letzter Zeit gesehen hätten. Und nun der Ruf zur Sammlung, der vom Reichstagsabgeordneten ausgegangen sei. Schon habe Wassermann gesagt, daß es nicht ausgeschlossen sei, daß die Nationalliberalen mal zum Blod kämen. Das sei die Partei, die immer noch rechts Anlauf suche. Der häusliche Streit zwischen Nationalliberalen und Konservativen könne da nicht irreführen. — Der Redner, der selber in den sozialpolitischen Kommissionen mitgewirkt hat, schilderte dann, wie dort die bürgerlichen Vertreter verlagert hätten. Es gelte einen Kampf gegen die bürgerlichen Parteien, der zu einem Aufstieg der Sozialdemokratie führen müsse, die wisse, was sie zu fordern habe, und die unerschütterlich festhalte an ihrer Auffassung. In dem Zeichen würden wir kämpfen und siegen. (Lebhafte Beifall.)

Es wurden dann noch die Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung bestätigt.

Berichtigung. Im Bericht über die Generalversammlung der Verwaltungsstelle Berlin ist ein Fehler enthalten. Es heißt in demselben, daß aus der Lokalkasse den Werftarbeitern 120 000 M. Unterstützung gezahlt sind. Das stimmt nicht. Es sind vielmehr aus der hiesigen Lokalkasse dem Vorstand zu Zweck der Werftarbeiterbewegung 250 000 M. überwiesen. Die im Kassenericht aufgeführten 120 000 M., die außerdem im 8. Quartal dem Vorstand überwiesen sind, stellen den Ueberschuß dar, welchen die Hauptkasse im 8. Quartal d. J. in Berlin hatte.

Aus der frauenbewegung.

Aus der Arbeiterinnenbewegung.

Rund eine halbe Million Arbeiterinnen sind in der Textilindustrie beschäftigt. Kinder von 13 und Greisinnen von 70 Jahren. Die ungeheure Not veranlaßt die Eltern, ihre Kinder von der frühesten Jugend an ausbeuten zu lassen; Greisinnen erwerben in den staubigen Fabriksälen noch einen Zehrpennig, um nicht die Armenunterstützung in Anspruch nehmen zu müssen. „Etwas verdienen ist doch besser wie gar nichts.“ kann man oft genug hören. Die Textilfabrikanten verstehen es ausgezeichnet, diese Not ihrem Geldbeutel dienlich zu machen. Niedrige Löhne und meist sehr schlechte Behandlung sind an der Tagesordnung. Das Elend zu beseitigen, wird erst möglich sein, wenn der Organisationsgedanke bei den Arbeiterinnen tiefer eingedrungen ist. Ungeheure Hindernisse und Schwierigkeiten sind da noch zu überwinden. Der Deutsche Textilarbeiterverband hat zurzeit beschlossen, für die einzelnen Gauen Konferenzen der Textilarbeiterinnen einzuberufen, um diese zur Mitarbeit zu veranlassen. Nachdem bereits am 6. März d. J. in Stuttgart für den Gau (Württemberg, Pfalz und ein Teil von Baden) eine Konferenz stattgefunden hatte, folgte am 20. November eine zweite, um die Verträge über die seitherige Tätigkeit sowie über die Verhältnisse in den einzelnen Orten entgegenzunehmen. 26 Vertreterinnen waren erschienen, die teilweise in recht gewandter Rede über die einschlägigen Verhältnisse berichteten. Es war ein Bild des Elends, das gegeben wurde. Terrorismus durch die Unternehmer, Terrorismus durch die Geistlichen, Terrorismus durch „Deutsche Turner“ und leider noch sehr viel Unverständnis bei vielen Familienangehörigen. Wir müssen es uns versagen, Orte und Namen an-

zuführen, um Maßregelungen vorzubeugen. An diesen Orten dürfen es die Textilarbeiter noch nicht einmal wagen, eine Versammlung zu besuchen, weil sie sonst sofort entlassen werden. Im Grunde mit den Millionen sind es die Geistlichen, welche die jungen Arbeiterinnen von der Organisation fernzuhalten versuchen. Groß ist die Not der Textilfabriken. Manche Vertreterin erklärte: Die Arbeiterinnen wissen, daß sie sich organisieren müssen, aber vor Weihnachten ist es ihnen nicht mehr möglich, die paar Pfennige Beitrag zu bezahlen. Bei solchen Verhältnissen ist es kein Wunder, wenn es noch Fabriken gibt mit Hunderten, ja Tausenden von Arbeitern, wo die Organisation noch nicht Fuß fassen konnte. Neben dem Terrorismus sind es die sogenannten „Wohltätigkeitseinrichtungen“, mit welchen die Textilarbeiter speziell in Süddeutschland von der Organisation ferngehalten werden. Eine Stuttgarter Vertreterin, die über „Organisation und Agitation“ referierte, bemerkte, die Berichte beweisen, daß die süddeutschen Textilunternehmer — und wenn sie sich noch so liberal gebärden — in Unterdrückung und Ausbeutung ihren Kollegen in Sachsen und Preußen um nichts nachstehen. Trotz der Verteuerung aller Lebens- und Existenzmittel ist es keinem einzigen eingeleiten, auch nur die geringste Lohnaufbesserung zu gewähren; alle Fortschritte müssen durch die Organisation erkämpft werden. Mehr als 200 Arbeiterinnen wurden seit der ersten Konferenz durch die Hausagitation gewonnen. Der Erfolg könnte noch viel besser sein, wenn die anderen Gewerkschaftsgruppen, deren Ehemänner und Frauen in der Textilindustrie beschäftigt sind, beifällig sein würden. Speziell in Stuttgart fehlt in dieser Beziehung noch sehr viel. Die circa 6000 in Stuttgart beschäftigten Textilarbeiterinnen sind meistens Angehörige anderer Gewerkschaftsgruppen.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Ueber die willkürliche Regelung der Geburten im Lichte des Rechts, der Moral und der Gesundheit veranstaltet die Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht einen Vortragsabend am 26. November, 8 1/2 Uhr, im Saale des Schillertheater-Restaurants, Charlottenburg, Wilmersdr. 110.

Aus aller Welt.

Eine Musterleistung.

Nicht wenig überrascht wurden die Eltern eines vor Jahresfrist vom Militär entlassenen jungen Mannes, als vor einigen Tagen bei ihnen in Brandenburg a. H. ein unfrankierter Brief an ihren Sohn einlief, den der Feldwebel der 8. Kompagnie des 67. Infanterieregiments in Reg. abgehandelt hatte. Der Brief ging, da der Sohn in Berlin in Stellung ist, an den Adressaten weiter. Die Eltern, nicht wenig beunruhigt durch das militärische Schreiben, setzten ihren Sohn von dem Eingang des Briefes in Kenntnis und baten um sofortige Nachricht, um welche Dinge es sich in dem Schreiben handelte. Der gleichfalls beunruhigte Empfänger löste den unfrankierten Brief gegen Zahlung von 20 Pfennig Strafpapier ein. Sehr verblüfft war er, als er dem Briefe folgendes wichtige Dokument entnahm:

Luitung.

8 Pfennige, in Worten drei Pfennige habe ich als Teuerungszulage für Brot vom 21. März 1908 bis 31. März 1908 erhalten.

Unterschrift.
Es ist doch wirklich ein starkes Stück, den ehemaligen Soldaten mit 20 Pf. Porto zu belasten, weil die Militärverwaltung resp. der Feldwebel aus irgend welchen Ursachen es versummt hat, während der Dienstzeit des jungen Mannes die Luitung sich ausstellen zu lassen. Uebrigens eine etwas reichliche „Teuerungszulage“. Ob bei so reichlichen Zulagen die Soldaten nicht gar zum Verschwendung werden?

Schwerer Eisenbahnunfall in Portugal.

Ein entsetzliches Unglück hat sich gestern auf dem Rocio-Bahnhofe in Lissabon zugetragen. In einem Tunnel des Bahnhofes war eine Anzahl Arbeiter mit Streckenarbeiten beschäftigt, als plötzlich, ohne daß die Arbeiter gemerkt wurden, ein Eisenbahnzug heranbrauste. Sieben Arbeiter wurden von dem Zuge erfasst und überfahren. Zwei von ihnen wurden getötet, die fünf anderen mußten in schwer verletztem Zustand in ein Krankenhaus geschafft werden.

Ein vielseitiger Landrat.

In der „Waldbroder Zeitung“ findet sich folgendes „Gesamtmachung“:

Die Beobachtung, daß hier vielfach bei der Wohnerschaft die Sitte besteht, Stroh und Schirm nebeneinander zu tragen, führt zu der Frage, ob nicht ein Strohschirm sich einführen kann, wie er in anderen Gegenden beliebt ist.

Die Hoffkirchfabrik Jugendbühl u. Co. in Stuttgart fertigt einen ausgezeichneten Schirm mit festem Eisenstod und solider Binnung an, der — als bewährt — in manchen Gegenden gute Aufnahme gefunden hat.

Die Lokalabteilung folgt deshalb einer Anregung des Herrn Spezialkommissars, wenn sie auf diesen Schirm hinweist, dessen Vertrieb Herr Otto Heyderhoff hier selbst übernommen hat.

Waldbroder, den 14. November 1910.

Der Direktor der Lokalabteilung: Gerdes, Igl. Landrat.

Und da sagen manche Leute noch, daß die preussischen Landräte den Interessen der Bevölkerung fremd gegenüber stehen. Dieser rheinländische Landrat zeigt, daß selbst die alltäglichen Bedürfnisse sich der liebevollsten Aufmerksamkeit des Herrn Landrats erfreuen.

Kleine Notizen.

Zweimal zum Tode verurteilt. Das Chemnitzer Schöffengericht verurteilte gestern den 23jährigen Barbiergehilfen Karl Rudwig wegen Raubmordes zweimal zum Tode. Der Angelegte hat am 18. September in Bursdorf das Gastwirtsgespaar Wölter durch Weiltische ermordet und beraubt.

Eisenbahnzusammenstoß. Auf der Eisenbahnstrecke Görlitz-Bittau ließ gestern mittag ein Personenzug kurz vor Ostsch auf eine Anzahl Güterwagen. Der Zusammenstoß erfolgte mit großer Gewalt. Die Lokomotive des Personenzuges wurde zertrümmert, auch der sonstige Materialschaden ist bedeutend. Eine Anzahl Personen soll verletzt sein.

Einwanderung der Schwarzen. Wie aus Salzburg gemeldet wird, haben die portugiesischen Jesuiten das österreichische Schloß Leopoldsdorf bei Salzburg angekauft, um sich dort häuslich niederzulassen.

Der Gattenmörder Dr. Grippen wurde gestern früh in London hingerichtet. Grippen hat vor seinem Tode weder ein Geständnis abgelegt noch irgendeine Erklärung abgegeben.

Cyber der See. Von dem in der Nähe des russischen Hafens von Reval mandrierenden Unterseeboot „Alligator“ wurden durch eine Sturzwelle zwei Matrosen über Bord gespült. Beide ertranken.

Die Cholera in Konstantinopel. Gestern sind in Konstantinopel 38 Erkrankungen und 22 Todesfälle an Cholera gemeldet worden. Auf die Armee entfallen davon 16 Erkrankungen und 11 Todesfälle.

Eingegangene Druckschriften.

Zu Land nach Indien. Von Soen Hedra. 2 Bände. Geb. 20 M. Auch 30 Bände. a 60 M. B. H. Drochhaus, Leipzig.

Das gefährliche Alter. Von Karin Michalis. Deutsch von Dr. Mann (Koncordia Deutsche Verlags-Anstalt G. m. b. H., Berlin W. 30). 2 B., geb. 3 Bk.

Wohlfahrt des Lebens. Von Dr. Th. Kridl. 2 B. — Die Entdeckung des Deutvermögens. Von Dr. G. Sohn. 2 B. — Th. Thomas, Leipzig.

Wetterböfchen. Märchen von Sophie Reinheimer. Geb. 1 B. — Kleine Menschen in der großen Stadt. Bilder von C. H. Brendel. Buchverlag der „Wille“, Schönberg.

„Im majorem Dei gloriam“. Eine Lebensgeschichte von Helene v. Racowitza (Frau v. Schwich). Berlin, Hugo Bermähler Verlag, 4 Bk.

Die Handlungsgehilfenfrage. Von R. Weigert. 6 B., geb. 7, 20 Bk. Dr. S. Rothchild, Bismarckdort-Berlin.

Witterungsbericht der k. k. Reichsanstalt der meteorologischen Beobachtungen über den Großhandel in den Central-Markthalen. Witterungsbericht: Fleisch: Zufuhr schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Zufuhr reichlich, Geschäft nicht lebhaft genug, Preise unverändert. Getreide: Zufuhr genügend, Geschäft flau, Preise gedrückt. Fische: Zufuhr mäßig, Geschäft sehr schleppend, Preise unverändert. Butter und Käse: Geschäft still, Preise unverändert. Gemüse, Obst und Südfrüchte: Zufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise unverändert.

Wetterprognose für Donnerstag, den 21. November 1910.
Teilweise aufklarend, vorwiegend neblig oder wolfig mit geringen Niederschlägen, mäßigen nördlichen Winden und langsamer Erwärmung.
Berliner Wetterbureau.

Witterungsbericht vom 23. November 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe	Stationen	Barometer (auf Meeresspiegel)	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 1 m Höhe
Stuttgart	761.0			1 bedeckt	1	Zabrze	770.0			2 bedeckt	-5
Hamburg	763.0			3 halb bd.	1	Petersburg	771.0			1 Schnee	0
Berlin	759.0			2 bedeckt	0	Scio	758.0			4 bedeckt	15
Konstanz	763.0			4 bedeckt	3	Uster	763.0			1 halb bd.	-3
München	765.0			5 Schnee	-1	Paris	766.0			1 Nebel	-3
Wien	762.0			2 Schnee	-1						

Theater und Vergnügungen

Donnerstag, 21. November.
Anfang 7 1/2 Uhr.

Königl. Opernhaus. Die Walküre (Anfang 7 Uhr.)

Neues Königl. Opern-Theater. Geschlossen.

Königl. Schauspielhaus. Die Räuber. (Anfang 7 Uhr.)
Deutsches. Hamlet.
Anfang 8 Uhr.

Kammerspiele. Götter. Peffing. Wenn der junge Wein blüht. Neues Schauspielhaus. Die Jungfrau von Orleans.

Kleines. Besessene Frauengemächer. 1. Klasse.

Berliner. Der scharfe Junker. Neues. Der Sieger.

Trianon. Der heilige Hain. Komische Oper. Zesland.

Residenz. Der Unterpräfekt. Thalia. Götter.

Schiller. Die Fee Caprice. (Anfang 8 Uhr.)

„Sch.“ Charlottenburg. Prinz Friedrich von Homburg.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die Hermannschlacht.

Westen. Die schönste Frau.

Neues Opernhaus. Der Graf von Luxemburg.

Schauspielhaus. Der Feldherrnhügel.

Luisen. Preziosa.

Modernes. Der Doppelmensch. Herrfeld. Eine verlorenen Nacht. Der Verdächtige.

Wolkover. Martha. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Neues. Die Millionenerbin.

Götter. Caprice. Der Feldherrnhügel (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Metropol. Hurra — Wir leben noch!

Kasino. Der schneidige Rudolf.

Apollon. Spezialitäten.

Passage. Spezialitäten.

Reichshallen. Stettiner Sönger.

Walhalla. Bravo! Da capo! (Anfang 8 1/2 Uhr.)

Wintergarten. Spezialitäten.

Grandhotel. Die Kerls! Spezialitäten. (Anf. 8 1/2 Uhr.)

Karl Haberland. Spezialitäten.

Urania. Taubenstraße 48/49. Abends 8 Uhr: Der Vierwaldstätter See und der Gotthard. (Anfang 8 Uhr.)

Kaiser-Panorama. Reise nach dem Orient. II. Interessant. Reise in Siam. Eine Reise 20 St., sind nur 10 St. Abonnement 1 M. Tausende Abonnenten.

Luisen-Theater. Abends 8 Uhr: Preziosa. Schauspiel in 4 Akten von Wolf. Freitag: Preziosa. Sonnabend 4 Uhr: Zwerg Rufe. 8 Uhr: Berlin geht zu Bett. Sonntag 3 Uhr: Der Hüttenbesitzer. 8 Uhr: Hofmanns Lohdter. Montag: Preziosa.

Schiller-Theater.
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).
Donnerstag, abends 8 Uhr: Zum 1. Male: Die Fee Caprice. Lustspiel in 4 Akten v. D. Blumenthal. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Fee Caprice.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.

Schiller-Theater Charlottenburg.
Donnerstag, abends 8 Uhr: Prinz Friedrich von Homburg. Schauspiel in 5 Akten v. D. v. Kleist. Ende 10 1/2 Uhr.
Freitag, abends 8 Uhr: Sodoms Ende.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Das Urbild des Tartuff.

→ LICHT-SPIELE ←

Mozartsaal.

GRAF TOLSTOI.

Authentische Aufnahme aus dem Archiv der Lichtspiele.

Freie Volksbühne

Neues Schauspielhaus
Monna Vanna.
Ueber unsere Kraft.
Genoveva.
Agnes Bernauer.
Wann kommst Du wieder?

Lessing-Theater
Das Konzert.
Extravortstellung.
Rosenmontag.

Thalia-Theater
Kampf.
Die schöne Helena.

Residenz-Theater
Die 300 Tage.

Herrfeld-Theater
Der Herr Senator.

Nächste Serie:
An d. Reiches Pforten.

210/7 Der Vorstand. I. V.: G. Winkler.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Die Millionenerbin.
(Zeitungsroman.)
Lebensbild in 3 Akten von Schiller. Veranlagt.
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.
Sonnabend nachm. 4 Uhr: Am Hamburger Allee. Ab. 8 Uhr und Sonntag: Die Millionenerbin. Sonntag nachm. 3 Uhr: Das vierte Gebot.

Sport-Palast Potsdamer Str. 70-72a
Grösster Eispalast der Welt
Beleuchtet durch 500 000 Normalkerzen
Feerie „Am Nordpol“ x 200 Eislauf-Künstler
3 Militär- und Zivilkapellen
Restaurant für 6000 Personen
Entree: Bis 7 Uhr 75 Pfg., nach 7 Uhr 1 Mark.
Unterricht im Eislauf
Vorkauf in den Warenhäusern von Hermann Tietz und ständig an der Kasse.

CLOU

Mauerstr. 82 — Zimmerstr. 90/91
Berliner Konzerthaus
Anfang 8 Uhr:
Nur noch wenige Tage:
Gastspiel v. Mitgl. des Mailänder Scala-Orchesters
66 Künstler. Dirig.: Egiato Tango. 10 Sollenen.
Wochentäglich nachm. Gr. Promenade-Konzert bei freiem Eintritt.

Zirkus A. Schumann.
Donnerstag, den 24. November, abends 7 1/2 Uhr:
Mirza Golem
persische Truppe, 12 Personen.
Wachen zu Pferde
geritten von Hrn. Dora Schumann und Herrn Karl Hög.

Der Kreisel-Globus
neueste Kreation des Direktor Alb. Schumann
sowie die übrigen Attraktionen.
9 1/2 Uhr:
Der große Coup der Schmuggler
Große romantische Pantomime.

Zirkus Busch.
Donnerst., 24. Nov., abends 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung.
Zum 75. Male:
„VENEZIA“
Besonders hervorzuheben: Das Ballett unter Wasser. Der große Karneval — und Gendel-Korso auf dem Kanal-Grande! Vorher: Gastspiel des Herrn Dir. Pierre Althoff u. Frau Dir. Adele Althoff m. ihren exzellentesten Freiheitsdressuren. Die Fredians, Reitkünstler. Familie Klein. Kunstradfahrer.
Der gr. Marstall ist geöffnet.

Lessing-Theater.
8 Uhr: Wenn der junge Wein blüht.
Freitag 8 Uhr: Das zweite Leben.

Berliner Theater.
Abends 8 Uhr:
Der scharfe Junker.
Morgen: Der scharfe Junker.

Neues Theater.
Vorlesung
Gastspiel Ferdinand Bonn.
Abends 8 Uhr:
Der Sieger.
Freitag letztes Gastspiel F. Bonn: Der Sieger.
Sonnabend zum erstenmal: Der G. m. b. H. Tenor.

Apollon Theater
Anfang 8 Uhr. Letzte Woche des Kolossal-Programms.
II. a.: Der berühmteste Kunstschöpfer der Welt Col. G. Bordavory. Walter Steiner mit neuen Schlägern. 10 Uhr:

Mizzi Wirth
in ihrer Komik: Frauenrollen.

Rollschuhbahn

Kurfürstendamm 151
Sonnabend, 26. November bis Sonnabend, 3. Dezbr.
Große Sport-Woche
für Amateure
Die Preise im Werte von 2000 Mark sind ausgestellt im Schaufenster des Vera-Schuhgeschäfts, Friedrichstr. 174.

Walhalla-Theater
Weinbergweg 19/20 (Königspl. Tor.)
Anfang 8 1/2 Uhr.
Bravo! — Da capo!
Eine Weltweit-Revue in 5 Bildern von R. Reichardt, Kunst v. R. Thiele. In Szene gesetzt v. Dir. James Klein. Sonntag nachmittag 3 1/2 Uhr:
Preziosa
in glänzender Ausstattung.
— Ermäßigte Preise. —

Voigt-Theater
Gefundbrunnen, Badstraße 58.
Freitag, den 25. November 1910:
Die Palastrevolution.
Lustspiel in 5 Aufzügen nach Scio von A. Gohmar.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.

Theater „Groß-Berlin“.
24. Nov.: „Publmanns Theater“
1/2 Uhr: Die Kartenlegerin.
Schauspiel in 4 Akten v. einem Vorj.:
Der Kindesraub.
Nach der Vorstellung: Freitag, Freitag Artushof (Noabit); Die selbe Vorstellung.

Theater des Westens.
8 Uhr: Die schönste Frau.
Morgen: Geschlossen.
Sonnabend 7 1/2 Uhr: Das Puppenmädchen.
Sonnt. 3 1/2 Uhr: Die geschiedene Frau.

Modernes Theater
(früher Hebbeltheater).
Abends 8 Uhr:
Doppelmensch.

Lustspielhaus.
Abends 8 Uhr:
Der Feldherrnhügel.

Berliner Volksoper
Behn-Platzstr. 7/8.
1/2 Uhr: **Martha.**

Residenz-Theater.
Direktion: Richard Alexander.
Abends 8 Uhr:
Der Unterpräfekt.
Schwank in 3 Akten v. Leon Gaudelot.
Morgen und folgende Tage: Der Unterpräfekt.
Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr: **Gretchen.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 24. Nov., abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Freitag: Die Hermannschlacht.
Sonnabend 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
8 Uhr: Krieg im Frieden.

Ein beispielloser Erfolg!

Brémonval
Etoile Parisienne
Lafory Herlein
v. d. Großen Oper amerik. Operettenängerin
„General“ Edward La Vinc,
der tapfere Haudogen
sowie die übrigen unerreichten
!! November-Attraktionen !!

Herrfeld Theater
Der größte Schläger
der Theater-Saison 1910.
Eine verlorenen Nacht
Ein lustiger Frauenraub in zwei Akten von Union und Donat Herrfeld.
Sonder: Der Verdächtige.
Vorverkauf 11-2 Uhr. Anf. 8 Uhr.

Eisbahn

20 000 qm groß, im kgl. alten Botanischen Garten, an der Potsdamer und Grunewaldstraße, Eingang nur Ecke Grunewaldstraße.
Täglich: Militär-Konzert.
Vorverkauf von Saison-Blockbillets, 50 Eintrittskarten enthaltend: Für Erwachsene M. 7,50
„ Kinder bis 14 Jahren „ 5,- bis 1. Dez.
Dauerkarten: Für Erwachsene M. 9,- Tel. 6a 19573.
„ Kinder bis 14 Jahren „ 6,50
♦ Vereine erhalten bei größerer Abnahme Ermäßigung. ♦
Sportplatz Botanischer Garten. **Gustav Meyer.**

Passage-Panoptikum.
Nitzetto
der Mensch ohne Skelett.
Buddhas dunkles Geheimnis.
Der Mann mit dem eisernen Schlund!
Alles ohne Extra-Entree!
Eintr. 50 Pf., Kind u. Soldaten 15 Pf.

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sönger.
Zum Schluss:
„Im Hausloch“.
Kunst. Humor. v. Keyfel.
Anfang
wochentags
8 Uhr
Sonntags
7 Uhr.

Der Unterpräfekt.
Schwank in 3 Akten v. Leon Gaudelot.
Morgen und folgende Tage: Der Unterpräfekt.
Sonntag, den 27. November, nachmittags 3 Uhr: **Gretchen.**

Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Donnerstag, 24. Nov., abends 8 Uhr:
Die Hermannschlacht.
Freitag: Die Hermannschlacht.
Sonnabend 3 1/2 Uhr: Die Hermannschlacht.
8 Uhr: Krieg im Frieden.

Folies Caprice.
Komiker Schnittzel
Solo-Teil:
Der Dorimusikant.
Morgen und folgende Tage:
Der Feldherrnhügel

Karl Haverland-Theater.
Anfang 7 1/2 Uhr. Kommandanten- präz. 7 1/2 Uhr. Theater. (Anfang 7 1/2 Uhr.)
Candianys Sketsch
Italienische Nacht
Karl Groth m. neuen Schlägern sowie 14 erstklass. Spezialitäten.

Casino-Theater
Lützowstr. 37. Täglich 8 Uhr.
Bis Donnerstag, 24. Nov.:
Der schneidige Rudolf.
Ab Freitag, den 25. November:
Julie Wippen.
Sonntag 3 1/2 Uhr: Mutter Grabert.

Passage-Theater.
Garland
Negeroperette
16 Solokräfte
Jean Moreau
Mdm. Nadège
Glima-Kämpfe
der Isländer-Truppe
und das große Programm.

Königsstadt-Kasino.
Polnischstr. 72, Ecke Alexanderstraße.
Das erfolgreiche November-Programm mit
Franz Sobanski.
Reiz! Molly Verch, Franz Rudolf, Father and Son, Little Pix usw.
Kleiner Erfolg:
Ein alter Hühner.
Vollständ. m. Gef. 1. 1. 1. v. D. Richter.

Burgtheater.
Festhalle und Kinematograph
vorm. Großerkan. Zubeh.: Rud. Herz, Schöndauer Allee 129. Tel. 3, 9333.
Lebende Photographien.
Eintritt 30 u. 40 Pf., Kinder die Hälfte.
Anf. 7 u. 11 Uhr. Sonntag 4 u. Vorzugskarten, nur wochent. gültig. 25 Pf. auf allen Plätzen. Preis wech. Programm.

Kino-Theater Busch
nur
64 Badstr. 64

Die Moabiter Vorgänge vor Gericht.

Erster Tag.

Die Sitzung begann mit der

Vernehmung der englischen Journalisten,

die am Abend des 28. September in einer Autodroste am Kleinen Tiergarten von Polizeibeamten verhaftet worden sind. Der erste dieser Zeugen, Journalist Wile, Vertreter der „Daily Mail“ in London schildert seine Erlebnisse so: Wir hatten schon an den beiden vorhergehenden Abenden eine Tour durch Moabit in einer Autodroste gemacht. Am Mittwoch den 28. machten wir wieder eine Tour. Wir wurden von einem Polizeileutnant angehalten, der uns fragte, wer wir wären und was wir wollten. Er war sehr liebenswürdig. Wir legitimierten uns durch unsere Mitgliedskarten vom Verein der ausländischen Presse. Der Polizeileutnant war damit zufrieden und sagte, wenn uns irgendwo Schwierigkeiten gemacht würden, dann sollten wir uns an einen Polizeioffizier wenden. Wir fuhren weiter. Eine halbe Stunde später kamen wir an dieselbe Stelle zurück. Hier war alles ruhig. Wir sprachen mit dem Polizeileutnant und der sagte, er habe gehört, in der Turnstraße solle etwas vorgehen, vielleicht könnten wir uns dahin wenden. Wir fuhren also dahin und kamen gegen 10 Uhr am Kleinen Tiergarten an und stellten uns gegenüber dem Krankenhaus Moabit auf. Wir sahen, daß die Schaulente in der Gegend gesäubert hatten. Circa 200 Meter von uns entfernt fielen die Menschen vor den Schaulenten. Die Straße war ruhig und wurde nicht abgeperrt. Circa 10 Sekunden hielten wir an der Stelle, als ein geheimer Schutzmännchen, der etwa 20 Meter von uns entfernt war, fünf bis sechs uniformierten Schaulenten den Befehl gab:

„Auf die Kerle im Auto.“

Ich stand auf, hielt meine Vereinskarte hoch und rief: „Wir sind von der Presse.“ Die Antwort war ein zweiter Ruf des geheimen Schutzmännchens: „Dreinschlagen.“ Dann haben wir bis fünf Schaulente dem Befehl Folge geleistet. Wir suchten uns dadurch zu verteidigen, daß wir uns duckten. Die Schaulente schlugen auf uns ein. Mein Kollege Lawrence erlitt drei bis vier Schläge über die Hand. Ich selbst wurde von zwei Schaulenten auf den Rücken und auf den Kopf geschlagen. Meine beiden anderen englischen Kollegen wurden ebenfalls geschlagen. Inzwischen haben die Schaulente

auch den Chauffeur attackiert

und mit Schlägen bearbeitet, so daß es ihm unmöglich war, seinen Wagen zu steuern. Mein Kollege Lawrence blutete sehr. Meine Hand und mein Spazierstock wurden von seinem Blute befeuchtet. Auch sein Paletot war rot von Blut. Wir fuhren nach einer Unfallstation, da wurden Lawrence's Wunden verbunden. — Vorsitzender: Also ohne daß Sie aufgefordert wurden weiter zu fahren, erfolgte das Kommando: „Los auf die Kerle.“ — Zeuge: Ich kann nur sagen, wir haben keine Aufforderung gehört. Wenn wir sie gehört hätten, dann würden wir sofort Folge geleistet haben.

Rechtsanwalt Heine: Ihr Verein hat eine Beschwerde an den Reichsanwalt und den Polizeipräsidenten gerichtet. — Zeuge: Nur an den Reichsanwalt. — Rechtsanwalt Heine: Sie haben vom Unterstaatssekretär Wanschaffel eine Antwort auf Ihre Beschwerde erhalten. Die lautet die Antwort? Zeuge Wile: Ich habe von meinem Verein nicht die Erlaubnis, den genauen Wortlaut des Schreibens mitzuteilen. Ich konnte es nur dem Sinne nach angeben. — Rechtsanwalt Heine: Ich bitte Sie, uns mitzuteilen, was Ihnen von dem Inhalt des Schreibens bekannt ist. — Zeuge Wile: Ich möchte das Gericht fragen, ob ich das Recht habe, das Vereinsgeheimnis mitzuteilen. — Vorsitzender: Das Recht haben Sie. Das Gericht steht aber auf dem Standpunkt, daß der Inhalt des Schreibens vollkommen unerheblich ist. — Rechtsanwalt Heine: Auf dem Standpunkt stehen wir aber nicht. Ich muß das wissen, um festzustellen, wie die höchsten Instanzen im Reich die Sache aufgefassen haben. Es sind Nachrichten über diesen Vorgang in die Presse gekommen, die auf täuschlich unrichtigen Angaben aufgebaut sind. Es ist wichtig, festzustellen, wie die obersten Instanzen informiert worden sind. Offenbar sind dem Polizeipräsidenten

unwahre Angaben

gemacht worden. Sonst würde er nicht die Antwort gegeben haben, die durch die Presse gegangen ist. Offenbar sind auch dem Reichsanwalt unwahre Angaben gemacht worden. Das muß festgestellt werden, denn es dient zur Beurteilung der Glaubwürdigkeit der hier vernommenen Polizeibeamten. Man muß die Antwort des Polizeipräsidenten mit der Antwort des Reichsanwalts vergleichen können. Es kann nicht gesagt werden, daß das in seiner Verbindung mit der Sache steht. Die Staatsanwaltschaft steht auf dem Standpunkt, daß die Erzesse eindeutig geleitet sind, sie behauptet sogar, daß die Sozialdemokratie dahinter stehe. Wir haben den Gegenbeweis angetreten, daß die Unruhen hervorgerufen oder doch verschärft worden sind durch das provokatorische Vorgehen der Polizei, die nachher versucht hat, ein falsches Bild der Vorgänge zu geben. Der Beweis nach dieser Richtung kann uns nicht abgehandelt werden.

Rechtsanwalt Heinemann überreicht die schriftliche Formulierung des Antrages: Die vom Verteidiger Heine gestellte Frage ist deshalb erheblich, weil damit bewiesen werden soll, daß den höchsten Instanzen von Beamten unwahre Angaben gemacht worden sind. Eine Frage darf nicht, weil sie unerheblich ist, sondern nur, wenn sie nicht zur Sache gehört, abgelehnt werden.

Nach längerer Beratung des Gerichts verflücht der Vorsitzende den Beschluß:

Die Frage wird abgelehnt,

weil nicht behauptet ist, welche von den vernommenen oder noch zu vernehmenden Zeugen den Bericht an den Minister des Innern erstattet haben und weil nicht angegeben ist, in welchen Punkten der Bericht von den Angaben der Zeugen abweicht.

Hierauf wird die Vernehmung des Zeugen Wile fortgesetzt. Rechtsanw. Heine: Ist es wahr, daß einer von Ihnen im Auto aufgehalten ist und mehrfach in der Richtung nach den fortziehenden Leuten gestikuliert hat? — Zeuge: Das ist vollkommen unwahr. — Rechtsanw. Heine: Ist Ihr Chauffeur mehrfach aufgefordert, weiter zu fahren, ebe geschlagen wurde? — Zeuge: Ich habe keine Aufforderung gehört. — Rechtsanw. Heine: Ist ein Stein aus der Richtung des Autos geworfen? — Zeuge: Das habe ich nicht gesehen, ich halte es für ausgeschlossen. — Rechtsanw. Heine: Waren Menschen in der Nähe des Autos? — Zeuge: Die einzigen, die ich sah, waren zwei Mädchen, die von Schaulenten mit dem Säbel in der Hand weggeführt wurden, anscheinend, weil sie nicht schnell genug gingen. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Nach Zeitungsberichten soll der Mann, der den Befehl zum Dreinschlagen gab, angesehen haben wie ein Strolch. — Zeuge: Was ist ein Strolch? — Rechtsanwalt Rosenfeld: Ein Noddy. — Zeuge: Der Mann kam mir vor wie ein Durchschnittsgehörner Schutzmännchen. — Vorsitzender: Was verstehen Sie darunter? — Zeuge: Na, er hatte so etwas an sich. Man weiß doch, mit wem man es zu tun hat. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Wie war er gekleidet? — Zeuge: Er trug die übliche Bürgerkleidung. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Dalton Sie es für möglich, daß englische Polizeibeamte... — Vorsitzender:

Die Frage kann ich nicht zulassen.

Wir haben es hier nicht mit England, sondern mit Vorgängen in Deutschland zu tun. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Das Gericht hatte kein Bedenken, als ein preussischer Polizeibeamter hier befragt wurde und Vergleiche anstellte zwischen der Ergebung preussischer und ausländischer Polizeibeamten. Ich halte es für notwendig und zulässig, in dieser Richtung auch Fragen an andere Zeugen zu stellen. — Vors.: Ich lasse die Frage nicht zu. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Ich beantrage einen Gerichtsbeschluß. — Nach der Beratung des Gerichts verflücht der Vorsitzende: Die Frage wird abgelehnt, weil sie für die Entscheidung des Gerichts unerheblich ist.

Der folgende Zeuge Kriminalwachmeister Frige ist derjenige Beamte, welcher den Angriff auf das Automobil kommandiert hat: Ich sah eine Menge Menschen durch den Kleinen Tiergarten laufen. Gegenüber stand die Autodroste. Da blühte mir der Gedanke durch den Kopf, daß die Herren im Auto mit der Sache etwas zu tun hätten. Ich rief deshalb: Auto weg! Ein Herr stand im Auto und sagte: Nein, noch nicht. In demselben Augenblick waren auch ein paar Schaulente da, und da war es schon geschehen. Es wurde auf die Herren eingeschlagen. — Vorsitzender: In unmittelbarer Nähe war kein Publikum. — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. — Vorsitzender: Wenn Sie gewußt hätten, daß die Herren im Auto Journalisten waren, hätten Sie dann auch den Befehl gegeben? Und wie kamen Sie zu der Annahme, daß die Herren mit der Sache etwas zu tun hätten? Zeuge: Weil einer der Herren antwortete, stand und etwas in der Hand hielt. — Vorsitzender: Also Sie nahmen an, daß die Herren im Auto gewissermaßen Anfänger seien und deshalb sagten Sie: Weg mit dem Auto. — Zeuge: Ja. Vorher hatte schon ein Wachtmeister den Chauffeur aufgefordert, weiter zu fahren. — Rechtsanwalt Heine: Wie ist die Nachricht in die Presse gekommen, daß der Mann, welcher den Angriff kommandiert hat, zerlumpte Kleidung trug. — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Auf weitere Fragen antwortet der Zeuge: In dem Augenblick, als das Auto angegriffen wurde, war

keine Menschenmenge in der Nähe,

ich habe auch nicht gesehen, daß ein Stein aus der Richtung des Autos geworfen wurde. — Journalist Tower, Vertreter der „Daily News“ in London, bestätigt in allen wesentlichen Punkten die Angaben des Vorzeugen.

Polizeiwachmeister Harder befand sich in der Schutzmännchensreihe, vor welcher die Menschenmenge in den Kleinen Tiergarten schickte. Als ich mich umschah, bemerkte der Zeuge, sah ich das Auto. Einer der Herren im Auto hielt die Hand nach dem Kleinen Tiergarten. Ich glaubte, sie hätten was mit der Sache zu tun. Deshalb sagte ich dem Chauffeur: Fahren Sie weiter! Dann hörte ich den Kriminalwachmeister Frige rufen: Auto weg! Im Handumdrehen waren einige Schaulente aus der Reihe herangekommen und

schlugen mit Säbeln auf das Auto.

Auf die Frage, wie der Zeuge zu der Vermutung kommt, daß die Herren im Auto mit der Sache etwas zu tun hätten, antwortet er: Es ist doch erzählt worden, daß auch bei den Wahlrechtsdemonstrationen im Tiergarten die Führer in einem Auto hin- und hergefahren sind. — Vorsitzender: Wenn Sie gewußt hätten, daß die Herren im Auto Journalisten sind, würden Sie sie dann auch wegweisen haben? — Zeuge: Ja, denn sie störten uns doch. — Vorsitzender: Haben Sie nicht zu verhindern gesucht, daß die Schaulente die Herren schlugen? — Zeuge: Das konnte ich nicht, es ging ja so schnell. Die Schaulente haben ja auch nur gegen das Auto geschlagen und nicht gegen die Personen, die drin saßen. — Vorsitzender: Es ist aber schon festgestellt, daß einer der Herren verletzt ist. — Rechtsanwalt Heine: Nach Ihrer Angabe wurde also ohne Kommando losgeschlagen. — Zeuge: Ja. — Rechtsanwalt Heine: Die Schaulente haben sich also einfach ungedröhrt und losgeschlagen? — Zeuge: Jawohl. Auch dieser Zeuge bestätigt, daß im Augenblick des Angriffs kein Publikum in der Nähe war und daß er keinen Steinwurf aus der Richtung des Autos gesehen hat. Aber ein Schutzmännchen habe ihm gesagt, es sei etwas aus dem Auto herausgeworfen worden. — Rechtsanwalt Heinemann: Aus welchem Grunde behaupten Sie, daß die Anwesenheit des Autos eine Störung für die Beamten war. — Zeuge: Es wäre uns im Wege gewesen, wenn wir gegen die Menge vorgegangen wären. Durch weitere Fragen an den Zeugen wird festgestellt, daß die Schutzmännchensreihe im Falle eines Vorgehens durch das Auto nicht behindert gewesen wäre. — Rechtsanwalt Heine: Sie hielten also die Herren im Auto für die Führer der Unruhen, weil Ihnen erzählt worden war, bei den Wahlrechtsdemonstrationen im Tiergarten seien die Führer im Auto gewesen. Die Führer waren zwischen und unter der Menge. Der Vorsitzende macht hierauf eine Bemerkung, aus der am Verichterstatistisch nur das Wort: der „Vorwärts“ zu verstehen ist. — Rechtsanwalt Heine sagt darauf: Der Mann, der bei den Wahlrechtsdemonstrationen im Tiergarten im Auto bemerkt worden ist und ein rotes Tuch schwenkte, war Dr. Pieper, der nicht Mitglied der sozialdemokratischen Partei ist. Ich beantrage, ihn als Zeugen zu laden. — Nachdem der Vorsitzende bemerkt hatte, es werde kein Wert auf diese Angelegenheit gelegt, verzichtete die Verteidiger auf die Ladung des Dr. Pieper. — Rechtsanwalt Heine bemerkt dazu: Ich lege auch keinen Wert darauf; den Schaulenten sind ja schon so viele Verhörer nachgewiesen, daß wir diesem Irrtum nicht weiter nachgehen brauchen.

Der Zeuge Lawrence, Vertreter des Reiterbureau, ist der dritte von den Journalisten, die von der Polizei überfallen wurden. Auch er bestätigt die Angaben seiner Kollegen. Der Zeuge ist bei dem Angriff an beiden Händen verletzt worden und hat drei Wochen lang einen Verband getragen.

Polizeileutnant Pulah hat die Schaulente kommandiert, zu denen die Angreifer der englischen Journalisten gehörten. Von dem Ueberfall selbst hat er nichts gesehen, weil sich derselbe, wie er sagt, hinter seinem Rücken abspielte. Ich sah nur, daß sich ein Beamter mit den Knäufen des Autos beschäftigte. Als ich den Wagen aufhalten wollte, um Feststellungen zu machen, war er schon fort. Ich habe die Beamten gefragt, was vorgefallen wäre, habe aber nichts Bestimmtes erfahren. Auf mehrere an ihn gerichtete Fragen bestätigt auch dieser Zeuge, daß zur Zeit des Angriffes auf das Auto

keine Menschenmenge in der Nähe desselben

war. Aber die Situation habe sich ja jeden Augenblick ändern können. Der Zeuge erklärt es für selbstverständlich, daß ein Auto, welches an jener Stelle stand, für das Vorgehen der Beamten eine Störung gewesen wäre. Wenn sich die Herren im Auto an ihn gewandt hätten, würde er ihnen geraten haben, sich zu entfernen. Dem Zeugen wird von der Verteidigung an der Hand der bereits festgestellten Tatsachen vorgehalten, daß das Auto auf keinen Fall das Vorgehen der Schaulente gehindert hätte.

Journalist Show, der vierte von den Ueberfallenen, stimmt den Angaben seiner Kollegen zu. Er glaubt, daß er schon vor dem Kommando zum Losschlagen aufgestanden sei, um seinen Kollegen zu zeigen, wie die Schaulente mit den Säbeln hinter den beiden Mädchen herjagten. Weiter sagt der Zeuge, er sei von dem Angriff auf ihn und seine Kollegen überrascht gewesen. Er meine, die Polizei hätte Zeit genug gehabt, sie zum Verlassen der Stelle aufzufordern. Sie würden dann selbstverständlich weitergefahren sein. Das Vorgehen der Polizei sei grundlos und überflüssig gewesen. — Zeuge Wile wird vom Rechtsanwalt Heine über seine Meinung von dem Vorgehen der Polizeibeamten befragt. Er erklärt es für

brutal und grundlos.

Seiner Ueberzeugung nach hätten die Schaulente den Kopf verloren. Zur Zeit des Angriffs sei die Polizei in keiner Weise bedroht gewesen.

Chauffeur Lewin hat das angegriffene Auto gefahren. Außer dem Angriff auf die Journalisten hat er noch folgenden Vorfall mitangesehen. An der Lär-der Straße, wo alles leer von Menschen war, lief ein junger Mann schnellen Schrittes vor einem Schutzmännchen davon. Der Schutzmännchen sah den jungen Mann

von hinten mit dem Säbel,

worauf der junge Mann sofort zusammenbrach. Ohne sich weiter um den Mann zu kümmern, ging der Schutzmännchen fort. Am folgenden Tage hat der Zeuge einem Fabrikanten die Wundlücke gezeigt, die von der Verwundung des jungen Mannes an jener Stelle zurückgeblieben war. Den Angriff auf die Journalisten stellt der Zeuge so dar: Als ich angefahren kam, gebot mir ein Schutzmännchen mit erhobenem Säbel Halt und rief mir zu: Was wollen Sie hier? Ich antwortete: Das werden Ihnen die Herren sagen. Da bekam ich einen Säbelschlag über den Arm und dann ging die Prügelei los. Wie die anderen Schaulente, die sich an dem Schlagen beteiligten, dazu gekommen sind, weiß ich nicht. Das Auto ist bei diesem Angriff stark beschädigt worden. Außerdem war es mit Blut bespritzt. Das Verdeck war ganz mit Blut besudelt. Es mußte deshalb erneuert werden. Die Reparaturkosten des Autos betragen 450 bis 500 M. Menschen waren bei dem Angriff auf das Auto nicht zugegen. — Frau Solwin, die Gattin eines Schauspielers, ist auf der anderen Straßenseite vorbeigegangen, als sich der Polizeiangriff auf die Journalisten abspielte. Sie gibt an, sie habe gesehen, daß ein Schutzmännchen durch eine Handbewegung den Chauffeur zum Weiterfahren aufforderte, gehört hat sie eine Aufforderung nicht. Unmittelbar nach dieser Handbewegung wurde auf das Auto losgeschlagen. Menschen waren nicht in der Nähe des Autos. — Chauffeur Lewin bleibt dabei, daß er eine Aufforderung zum Weiterfahren nicht erhalten habe, daß er auch eine Handbewegung des Schutzmännchens nicht gesehen habe und daß eine Handbewegung, wie sie Frau Solwin beschreibt, nicht als Aufforderung zum Weiterfahren angesehen werden kann. — Dr. Kahler, Oberarzt im Krankenhaus Moabit, hat den Vorgang von einem Fenster des Krankenhauses aus beobachtet. Er hörte den Ruf:

Auto anhalten, halt sie!

dann wurde sogleich losgeschlagen. Eine Aufforderung zum Weiterfahren hat der Zeuge nicht gehört. Der Zeuge hatte den Eindruck, daß die Schaulente den Kopf verloren hätten. — Kriminalwachmeister Frige bezeugt, daß er gesagt habe: Los auf die Kerle. Solchen Ausdruck würde er nicht gebrauchen. — Rechtsanwalt Heine: Ist es möglich, daß mehrere Autos verhanen worden sind? — Zeuge Frige: Davon weiß ich nichts.

Journalist Show erklärt ganz bestimmt, den Ausdruck Kerle gehört zu haben. Ebenso bestimmt bleibt Dr. Kahler dabei, daß laut sie! laut sie! gerufen wurde.

Schutzmännchen Wenzel gibt an, er habe das Auto erst gesehen, als es bereits stand. Wachtmeister Frige rief: Auto weg! In demselben Augenblick bekam ich einen Steinwurf vor die Brust. Der Stein kam aus der Richtung des Autos. Ich glaubte, dem Wachtmeister Frige würde Widerstand geleistet, darum schlug ich mit dem Säbel zweimal an. Außer den Herren im Auto habe ich niemand gesehen. Jetzt, wo ich weiß, wer die Herren sind, glaube ich ja nicht, daß einer von ihnen den Stein geworfen hat, aber damals nahm ich es an. Polizeileutnant Pulah fragte mich, warum ich in das Auto geschlagen hätte. Ich sagte, es hat jemand aus dem Auto geworfen. Der Stein, mit dem ich getroffen wurde, war in Papier oder Leder eingewickelt. — Rechtsanwalt Heine: Haben Sie den Stein nachher ausgehoben? — Zeuge: Nein. — Rechtsanwalt Heine: Haben Sie das Instrument liegen oder fallen sehen? — Zeuge: Nein, ich habe nur den Wurf gefühlt. — Rechtsanwalt Heine: Vielleicht war es ein Knopf, der einem Ihrer heftigen Kollegen abgepaßt ist? — Auf eine weitere Frage des Rechtsanwalts Heine sagt der Zeuge, daß er ohne Aufforderung und ohne Befehl losgeschlagen hat. — Rechtsanwalt Heine: Also auf Ihnen bleibt es sitzen. Wodurch hielten Sie denn Ihren Kollegen, der an der Droste stand, für bedroht? Der Zeuge schweigt. — Rechtsanwalt Heine: Hatten die Herren im Auto Säbel gezogen? — Zeuge: Nein. Aber sie konnten doch Waffen haben. Es wäre doch möglich gewesen, daß einer einen Revolver in der Tasche hatte. Einer der Herren sagte auch nach der Tatsache. — Rechtsanwalt Heine: Ja, um eine Karte zu ziehen. — Zeuge: Das konnte ich doch nicht wissen. Wir mußten auf alles gefaßt sein. — Rechtsanwalt Heine: Also Sie haben befürchtet, daß der Herr eine Waffe aus der Tasche holen würde, um auf Ihren Kollegen zu schießen. Daß jemand einen Angriff auf Sie machen wollte, davon haben Sie nichts gesehen. — Zeuge: So lange wartet man nicht. — Rechtsanwalt Heine:

Haben Sie das schon öfter gemacht,

daß Sie, wenn jemand nach der Tasche sah, angaben, Sie glaubten, er würde eine Waffe hervorholen? Das ist nämlich die übliche Methode, der man sehr oft begegnet. Die Annahme, daß Sie einen Angriff von den Instanzen der Droste befürchteten, haben Sie sich wohl erst später zurechtgelegt? Auf weitere Fragen der Verteidiger sagt der Zeuge, er halte es für einen Widerstand, daß das Auto nach der Aufforderung zum Weiterfahren noch stehen geblieben sei.

Der Zeuge Lewin bezeichnete den Schutzmännchen Wenzel als denjenigen, der ihm mit erhobenem Säbel Halt gebot und gleich darauf auf ihn loslag. Schutzmännchen Wenzel bezeugt, daß er dieser Beamte gewesen sei. Er behauptet, er habe von Anfang an die Droste hineingeschlagen, während doch der Chauffeur vorn rechts saß. Lewin bleibt dabei, daß er den Schutzmännchen Wenzel ganz bestimmt wiedererkenne, obgleich er heute keinen Vollbart mehr trägt. An jenem Abend trug Wenzel einen Vollbart und mit dieser Vorrede hat ihn der Zeuge Lewin auch bei seiner polizeilichen Vernehmung wiedererkannt. Schutzmännchen Wenzel bestätigt, daß er damals einen Vollbart trug, den er sich vor gestern erst hat abnehmen lassen. Polizeileutnant Pulah gibt an, daß noch ein Schutzmännchen Hermann dabei gewesen sei, der auch einen Vollbart trägt und dem Schutzmännchen Wenzel ähnlich sähe. — Dr. Meyer vom Krankenhaus Moabit hat den Vorgang ebenfalls mit angesehen und bestätigt die Angaben des Dr. Kahler. — Damit ist die Erörterung des Ueberfalles auf die Journalisten für diesmal beendet. Es werden hierauf einige Zeugen vernommen, die

einzelne Episoden aus den Moabiter Vorgängen

beobachtet haben. — Ingenieur Schulze kam auf dem Nachhausewege in die Nähe des Aminiusplatzes. Die Straße war menschenleer. Als der Zeuge eine Schutzmännchensreihe passierte, führte ihn ein Schutzmännchen an: Was wollen Sie hier, wollen Sie machen, daß Sie fortkommen! Gleichzeitig schlug der Schutzmännchen mit dem Säbel nach dem Zeugen, aber der Säbel traf einen anderen Mann. Dieser rief, warum schlagen Sie mich, ich bin doch ganz unschuldig. Ein Polizeileutnant trat hinzu und fragte, was will der Mann oder was will der Kerl. Dann sah ein Schutzmännchen den Mann an der Gurgel und ließ ihn. Eine Menschenansammlung war zu dieser Zeit nicht vorhanden, irgend ein Angriff auf Polizeibeamte fand nicht statt. — Rechtsanwalt Rosenfeld: Hat sich der Polizeioffizier des Mannes, der geschlagen wurde, angenommen? — Zeuge: Nein. — Maler Brügemann stieg an der Ufer der Stromstraße aus der Strohhöhle, da herrschte ihn ein Schutzmännchen an: Machen Sie, daß Sie fortkommen oder ich

schreie Sie über den Haufen.

Dann bekam ich einen Stoß, sagt der Zeuge, und ging weiter. Als ich bald darauf an der Haltestelle der Strahndamm

Partei-Angelegenheiten.

Zur Kindererziehung.

Sonntag, den 27. November, von 8 Uhr früh an, findet die angekündigte

Flugblattverbreitung

in den Bezirken Groß-Berlins, von den bekannten Stellen aus, statt.

Hieran schließen am Dienstag, den 29. November, 23 Volksversammlungen, welche sich mit der Frage des Kindererziehung beschäftigen werden.

Wir bitten die Genossen und Genossinnen, in gewohnter Weise bei beiden Veranstaltungen auf dem Platze zu sein. Der Aktions-Ausschuß.

Schmargendorf. Freitag, 25. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im Restaurant Schützenhaus, Hundeschleife 20, eine öffentliche Wählerversammlung statt. Referent Stadtverordneter Gröger-Migdorf. Zahlreiches Erscheinen erwartet Das Wahlkomitee.

Bessen. Umständehalber findet die Wahlvereinsversammlung am Sonntag, den 27. November, nachmittags 4 Uhr, bei Kurzner statt.

Franz-Buchholz. Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 Uhr, feiert der Bezirkswahlverein in Köhnes Festhale, Berlin-Strasse 39, sein drittes Stiftungsfest unter Mitwirkung der Rheinischen Sänger und Humoristen (Dir. E. Herzberg), des Arbeiter-Gesangvereins „Wach auf“ und des Arbeiter-Radsportvereins Franz-Buchholz. Programme a 25 Pf. sind bei den Bezirksführern zu haben.

Bernau. Am Sonnabend, den 26. November, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Schützenhaus: Desfentliche Versammlung. Referent: Genossin Wulff. Die Bezirksleitung.

Berliner Nachrichten.

Hyazinthen.

Bis tief in den Herbst hinein haben die roten Pelargonien auf den Balkonen der Bitterung standgehalten, bis sie den kalten werdenden Nächten weichen mußten. Nun werden die Färbungen der Häuser und die Vegetation wird vor dem Feinde einen Schritt nach innen zurückgezogen. Zwischen den Fensterscheiben taucht sie wieder auf, wenn auch in gänzlich veränderter Form. Reiheweise stehen die Hyazinthenläufer da, mit den Papierkappen über den grünen Spitzen, die schon aus der Knolle schauen, und mit den langen, weißen Faserwurzeln, die durstig in das Wasser tauchen.

Unsere Hyazinthen sind künstliche Richtigungen aus Wildlingen, die im östlichen Mittelmeergebiet, da um Griechenland herum und Kleinasien, ihre Heimat haben. Im Jahre 1596 wurde die erste Hyazinthe in England kultiviert. Bald aber bemächtigten sich die blumenliebenden Holländer der Neuheit, und die Niederlande stehen noch heute an der Spitze der Länder, die die Kultur der alljährlich mit größter Ausdauer wiederkehrenden Zimmer-Hyazinthen betreiben. Aber auch Berlin ist ein Zentrum dafür geworden, so daß man die Heimat der in unseren Zimmern sprichenden Zwiebeln nicht allzuweit zu suchen braucht. Der Botaniker sagt die Zwiebeln als verfürzte, sozulegen in sich zusammengefaßte Stengel auf, die in dieser Gestalt unter der Erdoberfläche Platz haben und auf diese Weise der Trockenheit besser entzogen sind. Die Hyazinthen, wie überhaupt die Zwiebelgewächse, sind nämlich Anpassungen an Gehenben, in denen auf feuchte Perioden von verhältnismäßig kurzer Dauer lange Trockenheiten folgen. Die gedrungene Form gestattet die Anhäufung einer großen Menge von Nahrungstoffen in den Zwiebelkapseln, die nichts anderes sind, als fleischige sehr verkürzte Blätter. In ihnen und in der zwischen ihnen frühzeitig entwickelten Blütentraube ist alles soweit vorbereitet, daß beim Eintritt der feuchten Vegetationsperiode die Zwiebel sehr rasch in Kraut und Blüte schießen kann, um sich nach erfolgter Reifung der Samen wieder als Zwiebel unter die dicke werdende Erde zurückziehen.

Der Name, den Linné auf diese Pflanzengattung übertrug, ist der griechischen Mythologie entlehnt, wo Hyakinthos einen Freund des Apollo bezeichnet, der in der Blüte der Jugend sterben mußte. So wird Hyakinthos als die Personifikation der Vegetation aufgefaßt, die im Mittelmeergebiet im feuchten Frühjahr rasch in die Höhe schießt, dann aber unter den heißen Strahlen der Sommerhitze vergeht. Zu diesem Sinne dürfte Linné den Namen richtig angewandt haben, obwohl die Hyazinthen, von denen schon über tausend Sorten durch die Kultur erzeugt worden sein sollen, bei uns eine Reihe von Wochen ihre hübschen Blüten zeigen.

Es liegt, das läßt sich nicht leugnen, bei alledem etwas Einförmiges in den uniformen Gläsern mit den gleichartigen Zwiebeln und den wie die Soldaten aufgestellten Blütenständen. Wenn sich die Hyazinthen dennoch alljährlich ihre Plätze neu erobern, so ist der Grund nicht schwer einzusehen. Es ist der Kontrast zwischen den Blumen, die hinter kalten Scheiben prangend sich entfalten und dem unwirtlichen Winter, der nur wenige Millimeter von ihnen entfernt, näher und näher rückt, aber vor den Hyazinthen Halt machen muß. Frühling im Winter!

Die Innungen Berlins

haben im letzten Jahr keine Vermehrung ihrer Mitglieder gehabt. Dem neuesten Verwaltungsbericht der Gewerbe-Deputation, den der Magistrat kürzlich veröffentlicht hat, entnehmen wir, daß im Jahre 1909 im ganzen 62 Innungen bestanden. Unter ihnen waren 44 freie Innungen mit 12 176 Mitgliedern und 18 Zwangsinnungen mit 17 085 Mitgliedern, so daß die Gesamtzahl aller Innungsmitglieder sich auf 29 261 belief. Im Jahre 1909 sind weder bei den freien Innungen noch bei den Zwangsinnungen neue hinzugekommen oder bestehende aufgelöst worden, dagegen hat gegenüber dem Vorjahr 1908 die Mitgliederzahl sich vermindert, bei den freien Innungen um 259 und bei den Zwangsinnungen um 90, im ganzen um 349. Die einzelnen Innungen sind sehr verschieden groß. In 1909 waren von den freien Innungen die größten die Bäckerinnung mit 1698 Mitgliedern, die daneben bestehende Innung „Concordia“ für Bäcker mit 1303 Mitgliedern, die Innung der Barbier, Friseur und Perückenmacher mit 1241, die Fleischerinnung mit 1120 u. u. u., andererseits die kleinsten die Nagelschmiedennung mit 15 Mitgliedern, die Seilerinnung mit 15, die Stumpfwirkerinnung mit 15, die Stanzmachersinnung mit 12, die Innung der Beförderer fremder Rechtsangelegenheiten mit 21 Mitgliedern. Von den Zwangsinnungen waren die größten

die Schneiderinnung mit 5115 Mitgliedern, die Tischlerinnung mit 2573, die Schuhmachersinnung mit 2355, die Tapeziererinnung mit 1748, die Malerinnung mit 1305, die kleinsten die Zengschmiedennung mit 43, die Kupferschmiedennung mit 40 Mitgliedern. Zu beachten ist übrigens, daß von den freien Innungen wie von den Zwangsinnungen nicht wenige ihren Bezirk über Berlin hinaus erstrecken. Wie stark Berlin allein an den Mitgliederzahlen beteiligt ist, läßt sich aus dem Bericht nicht ersehen. Von den Leistungen der Innungen ist nicht viel zu sagen, weil nicht viel davon zu merken ist. Aus der Uebersicht über die Einnahmen und Ausgaben der Innungen, die dem Bericht der Gewerbe-Deputation alljährlich beigegeben wird, interessieren besonders die speziellen Angaben über die Aufwendungen für Gesellenwesen (Herberge, Arbeitsnachweis usw.) und für Fachschulwesen. In 1909 waren unter den 44 freien Innungen 27, die für das Gesellenwesen nicht einen Pfennig ausgaben, und 25, die sich jede Ausgabe für das Fachschulwesen ersparten. Von den 18 Zwangsinnungen hatten 4 für das Gesellenwesen und 3 für das Fachschulwesen nichts übrig. Aber auch diejenigen Innungen, die für solche Zwecke etwas hergaben, griffen meist nicht tief in denbeutel. Manche sind da mit lächerlich geringen Beträgen ausgeführt. So zahlte z. B. die Zwangsinnung der Posamentiere (124 Mitglieder) nur 9 M. für Gesellenwesen, die freie Innung der Schlosser (628 Mitglieder, 242 Lehrlinge) nur 66,50 M. für Fachschulwesen.

Das Schicksal eines Iden Platzes im Gesundbrunnenviertel erregt gegenwärtig die Gemüter der dortigen Anwohner. Im Treffpunkt der Bad-, Bloch- und Hochstraße befindet sich ein bräunliches Dreieck, das der Magistrat verpachten will. Mit diesem Plan ist aber die Anwohnerschaft ganz und gar nicht einverstanden. Es wird dagegen protestiert, daß die Stadterhaltung wegen eines geringen Vorteils durch Einnahme der Pachtsumme, jenes Viertel eines Platzes beruht, der sich vortrefflich zum Park-, Schmutz- oder Spielplatz eignen würde. Eine Deputation des Grundbesitzervereins „Gesundbrunnen“ hat bei dem zuständigen Dezernenten der städtischen Grundeigentums-Deputation deshalb Vorstellungen erhoben und den bringenden Wunsch ausgesprochen, daß der Platz so bald wie möglich zu einem Spielplatz umgewandelt werde. Auch in einer jetzt an den Magistrat gelangten Petition wird erneut gebeten, den erwähnten Platz für die Jugend des Gesundbrunnenviertels unzugänglich, ihn aber unter seinen Umständen zu verpachten.

Eine Verschönerung der Havelufer bei Tegelerort ist von der Gemeindevorwaltung Heiligensee beschlossen worden. In Tegelerort, das in seiner ganzen Ausdehnung politisch zum Gemeinbezirk Heiligensee gehört, bilden die wenig besetzten und sandigen Havelufer eine nicht geringe Gefahr für die Spaziergänger. Nachdem nun vor einiger Zeit bereits die Gemeindevorwaltung von Heiligensee zur Regulierung der Ufer von der königlichen Regierung anliegende Terraintreifen von 1530 Quadratmeter Größe angekauft hatte, beschloß sie jetzt die Zohlung der Kosten summe und die Aufhebung und Befestigung der fraglichen Ufer.

Die Schutzhelme an Gassecken Toren wurden Dienstagabend von der Polizei auf ihre Zweckmäßigkeit hin beschäftigt. Die erst vor einigen Wochen errichteten Schutzhelme, die sich unter der Hochbahn nach dem Wäckerplatz zu und zwischen den beiden alten Torgebäuden am Belle-Allianceplatz befinden, haben sich als Verlebensfallen schlimmer Art gezeigt. Da sie kaum zehn Zentimeter hoch sind und wegen der schlechten Beleuchtung sich wenig vom Erdboden abheben, passieren hier fast jeden Abend Unfälle. Straßenpassanten stolpern über sie und ziehen sich Verletzungen zu und auch die Wagenführer können sie schwer erkennen. Es ist jetzt geplant, die Bordsteinkanten der Schutzhelme von Zeit zu Zeit mit einem weißen Anstrich zu versehen und auch für eine bessere Beleuchtung zu sorgen. Wahrscheinlich wird in- mitten jeder der Schutzhelme noch eine Laterne aufgestellt werden.

Die Untersuchung wegen sittlicher Verfehlungen einiger Wärter der städtischen Anstalt Wuhlgarten ist abgeklungen. Es sind drei Wärter so schwer belastet, daß der Magistrat hieron der Staatsanwaltschaft Anzeige erstattet hat.

Empfindliche Verkehrsstörungen und eine ganze Reihe von Unfällen wurden durch die erneuten Schneefälle am Dienstag Abend sowie in der letzten Nacht herbeigeführt. Auf Straßen und Plätzen hatte sich eine für die Passanten äußerst gefährliche schlüpfrige Schneedecke gebildet. In den Vorhöfen sammelte sich der durchweichte Schnee stellenweise fast bis zum Bürgersteig hinauf an. Dieser Umstand trug dazu bei, daß viele Passanten zu Fall kamen und zum Teil nicht unerhebliche Verletzungen erlitten. Auch auf den Bürgersteigen stürzten mehrere Personen nieder. Sie zogen sich beim Aufschlagen des Körpers Kontusionen und Quetschungen zu. Die Verkehrsverhältnisse waren am Dienstag in später Abendstunden zeitweise recht traurige. Die überfüllten Straßenbahnwagen kamen häufig ins Stocken und die Fußgänger kamen nur schwer vorwärts. Zur Befestigung der Schneemengen hat die städtische Straßenreinigung bisher noch keine Hilfskräfte eingesetzt. Sie glaubt jedenfalls, daß die vorhandenen etatsmäßigen Straßenreiniger genügen.

Verliche Winterlandschaften gibt es gegenwärtig in Berlins Umgebung. Auf Feldern und Wiesen hat sich ein weißes Schneetuch ausgebreitet und Sträucher und Bäume sind mit einem glänzenden weißen Wintermantel überzogen worden. Schöne Anblicke gewähren jetzt die Forsten und speziell die Laubwälder hinter Tegeler bis hinauf nach Witzleben.

Der Berliner Schlachthof veräußert.

Der Berliner Schlachthof ist nach einer Erklärung der Veterinärpolizei, wie die „Allgemeine Anzeiger-Zeitung“ mitteilt, als vollständig von der Maul- und Klauenseuche verseucht anzusehen. Die Seuche ist in sehr vielen Stallungen ausgebrochen; alle diese Stallungen und die Schlachtkammern müssen einer gründlichen Desinfektion unterworfen werden. Der Viehhof ist bis jetzt von einer Ansteckung noch freigeblichen.

Das Lessing-Museum, welches infolge des Abbruchs des Lessinghauses in der Straße am Königsgraben vor einigen Wochen nach den Parterrestatistiken des Hauses Brüderr. 13 verlegt worden ist, wird jetzt weit lebhafter besucht als an der alten abgelegenen Stelle. Außer Gemeindefunktionären mit ihren Lehrern finden sich viele Personen ein, die bisher von der Existenz dieses Museums keine Ahnung hatten. Auch aus Arbeiterkreisen ist der Besuch schon recht rege geworden. Erfreulich ist die übersichtliche Zusammenstellung der nicht allzu umfangreichen, aber literarisch interessanten, in sechs Zimmern untergebrachten Sammlungen, die hier bedeutend anschaulicher werden als in dem alten Lessinghaus. Durch Geschenke sind mancher Wertvolle hinzugekommen. Leider fehlt doreit noch ein Katalog. Man findet sich jedoch auch an den den einzelnen Ausstellungsgegenständen handchriftlich beigegebenen kurzen Erklärungen unseiner zurecht. In den ersten Tagen nach der Eröffnung wurde ein Eintrittsgeld von 30 Pf. erhoben. Da der Besuch fast völlig ausblieb, ist fortan der Besuch (Sonntag, Montag, Mittwoch, Freitag von 11—1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend von 2—4, mit Ausnahme der Feiertage) unentgeltlich.

Die Erfahrungen bei dem Brandunglück in der Neuen Friedrichstraße haben dem Polizeipräsidenten Veranlassung gegeben, anzuordnen, daß in Geschäftsräumen, in denen leicht brennbare Stoffe verarbeitet oder in größeren Mengen angehäuft zu werden pflegen,

mit Strenge auf die Durchführung folgender Maßnahmen zu achten ist: 1. Die Geschäfts- und Arbeitsräume müssen mindestens zwei an entgegengesetzten Enden liegende Ausgänge haben, die während der ganzen Zeit, in der sich Personen in den Räumen befinden, also auch während der Ruhepausen innerhalb der Geschäfts- oder Arbeitsstunden, unbeschlossen gehalten werden müssen und nur durch eine im Falle der Gefahr leicht lösbare Plombe gegen die Öffnung durch Unbefugte gesichert werden dürfen. 2. Die hiernach notwendigen Ausgänge müssen stets leicht gangbar und dürfen nicht mit Schloßern versehen sein, an denen sich Riegel befinden. Während der Geschäfts- oder Arbeitsstunden darf der Schlüssel nicht im Schloße stecken bleiben. Die bisher vielfach gebildete Abschließung eines der Ausgänge und Aufbewahrung des Schlüssels in einem Glasfahnen neben der Tür ist nicht mehr zulässig. 3. Die Ausgänge sind als solche mit großer, leicht lesbare Schrift kenntlich zu machen. Die nächsten Wege zu ihnen sind dauernd offen zu halten und durch deutlich in die Augen fallende Richtungs Pfeile zu bezeichnen. 4. Die Dächer solcher Gebäude und die Durchfahrten zu ihnen müssen für die Einbringung von Lösch- und Rettungsgeräten frei gehalten, sie dürfen insbesondere nicht zur Aufstapelung von Waren und Verpackungsgegenständen benutzt werden.

Zu dem Fabrikbrande in der Olgauerstraße, über den wir gestern berichteten, schreibt uns die Firma Franz H. Conrad: „Sie berichten, daß in der Schleiferei Benzin lagerte. Das stimmt nicht. Bei mir wird, wie in jeder anderen Schleiferei, Benzin zum Auswaschen benutzt. Zur Zeit des Brandes befanden sich nur 10 Liter in dem Waschgefäß, außerdem war kein Benzin in dem Raume vorhanden. Was den Türschlüssel betrifft, so ist zu bemerken, daß bereits seit Einrichtung der Schleiferei in ihrer jetzigen Ausdehnung, seit etwa vier Jahren, angeordnet ist, daß der Schlüssel zur zweiten Tür jeden Morgen vom Schleifermeister mit in die Schleiferei genommen und erst abends nach Beendigung der Arbeit wieder bei dem Werkmeister abgeliefert wird. Daß diese meine Maßnahme strikte befolgt wurde, davon habe ich mich persönlich des öfteren überzeugt. Es kann also gar keine Rede davon sein, daß der Schlüssel auf Veranlassung der Arbeiter dorthin gekommen ist und daß überhaupt der Brand in der Neuen Friedrichstraße die Veranlassung hierzu gegeben hat.“

Von einer Kraftdrohke überfahren und getötet wurde gestern mittag um 12 1/4 Uhr der neun Jahre alte Sohn Paul des Kaufmanns Schlaga aus der Saarbrücker Str. 6. Der Knabe kam aus der Schule und befand sich auf dem Heimwege. Als er vor dem Hause Prenzlauer Allee 248 über den Bordstein gehen wollte, überfuhr er eine Kraftdrohke, von der er umgestoßen und über die Brust gefahren wurde. Der Wagenführer hielt sogleich und brachte den Verunglückten mit seiner Drohke nach der Hiltswache 15 in der Reibelstraße. Als er hier eintraf, war er seinen schweren inneren Verletzungen schon erlegen.

Einen schmerzlichen Verlust hat unser Genosse Karl Liebnecht durch den seeben erfolgten Tod seines Schwiegervaters Louis Paradies erlitten. Paradies war ein stiller Parteigenosse und mit den älteren führenden Genossen gut befreundet. Unter dem Sozialistengesetz stellte er seine Wohnung verlogten Genossen öfter zu Parteizusammenkünften zur Verfügung und unterstützte oft die arme Partei aus seinen damals reichen Mitteln. So mancher Genosse fand bei ihm eine Freistatt und so kam Paradies auch mit dem alten Liebnecht in enge Fähtung, die zuletzt durch den Sohn zu einem Verwandtschaftsverhältnis führte. Paradies ist 67 Jahre alt geworden.

Zweimal innerhalb zehn Stunden vom Feuer betroffen ist das Grundstück Hefelstr. 25. Am Dienstag Abend stand der Dachstuhl dieses Hauses in großer Ausdehnung in Flammen und mußte die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen bis gegen 11 Uhr kräftig löschen. Die Ermittlungen nach der Ursache des Brandes waren ergebnislos, obgleich die Vermutung vorlag, daß vorläufige Brandstiftung vorlag. Gestern früh 7 Uhr kam dort nun zum zweiten Male Feuer aus, wodurch die Annahme, daß Veranlassung vorliegen müsse, noch mehr bestätigt wurde. Abermals stand der Dachstuhl gleich an mehreren Stellen in Flammen, so daß der 19. Automobilzug sofort mehrere Schlauchleitungen von Dampfspirigen vornehmen und zum Vorgehen eine Telekopfleiter benutzen mußte. Durch energisches Vorgehen gelang es, den Brand innerhalb zwei Stunden zu löschen. Von dem Brandstifter fehlt noch jede Spur.

Ein recht schwieriges Rettungswerk beschäftigte den 21. Zug in der Straße am Nordhafen. Dort war ein Wagen in den Hafen gestürzt, der von der Wehr herangeholt wurde.

Arbeiter-Bildungsschule. Der Unterricht in Redeübung fällt heute aus; Fortsetzung am nächsten Donnerstag. — Die Bibliothek ist heute geöffnet.

„Rust und Dichtung“ lautet der Titel des am nächsten Sonntag abends 6 Uhr in den „Rachthälen Alt-Berlin“, Blumenstr. 10, stattfindenden Unterhaltungsbands der Ortsgruppe Berlin des Arbeiter-Abstinenzbundes. Die künstlerische Leitung des Abends liegt in den Händen des Herrn Leo Westenberg. Der Eintrittspreis beträgt 40 Pf. Eine Abendkasse findet nicht statt.

Gefunden worden ist eine Quittungsart, ein Krankenloosenbuch, ein Arbeitsbuch und Arbeitsbescheinigung, auf den Namen Luise Pfier, geboren zu Köpenick. Abzuholen von Nag Weber, Treptow, Weermannstr. 9a.

Eine schwarze Markenmappe ist Montagabend zwischen 5—6 Uhr von der Remstraße 40 bis herrüber nach Nr. 33 verloren worden; sie enthält verschiedene Marken mit dem Aufdruck: Deutscher Transportarbeiter-Verein. Da der Verlierer den Verlust erlegen muß, wird der ehrliche Finder gebeten, die Mappe nach Engel-Ufer 14/15 (Zimmer 38) einzuliefern.

Der Berliner Arbeiter-Radsportverein (Mitglied des Arbeiter-Radsportbundes „Solidarität“) hielt am 28. Oktober in den „Andreas-Festhale“, Andreasstraße, seine ordentliche Generalversammlung vom dritten Quartal ab. Es haben in verflorenen Quartal eine Generalversammlung und drei Zentralvorhandlungen stattgefunden. Todesfälle waren drei zu verzeichnen mit einer Unterstützungssumme von insgesamt 190 M. Unfallunterstützung wurde in sieben Fällen beantragt, zur Auszahlung gelangte bei 26 Krankheitslagen die Summe von 337,75 M. Ausgeschlossen wurden vier Mitglieder. Am 1. Oktober ca. verzeichnete der Verein einen Bestand von 2178 Mitgliedern. Die Bilanz schließt in Einnahme und Ausgabe mit 2851,82 M. Das Vereinsvermögen beläuft sich gegenwärtig auf 3407,10 M. Die Beteiligung an allen Veranstaltungen des Vereins war eine gute zu nennen. Besonders hervorzuheben ist die gute Beteiligung bei der Gedächtnisfeier für den erschossenen Bundesgenossen Herrmann in Stolpe, wozan sich circa 1000 Genossen beteiligten. Zum 1. Vorsitzenden wurde Gen. Karras, zum 2. Vorsitzenden Gen. Wegner gewählt. Einmütige für den Berliner Arbeiter-Radsportverein bestimmten Sendungen sind an Mich. Karras, S. 69, Schönleinstr. 11, vorn I, zu richten.

Die Arbeiter-Bildungsschule nahm in ihrer letzten Generalversammlung den Jahresbericht entgegen. Die Neuwahlen ergaben als 1. Vorsitzenden Lamme, 2. Vorsitzenden Bernau, Schriftführer Dr. Grunach und Stein, Kassierer Königs und Eisner, Bibliothekar Balzer.

Feuer kam am Mittwochnachmittag in der Ledergürtelfabrik von Schlama Bloval, Lothringer Str. 16, zum Ausbruch. Es brannten im vierten Stock des Hinterhauses Galanteriewaren usw. Ein Arbeiter Sch. erkrankte infolge Einatmens von Qualm so bedenklich, daß er von der Feuerwehr sofort nach dem Krankenhaus am Friedrichshain geschafft werden mußte.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Ueber das Charlottenburger Schulwesen entnehmen wir dem Verwaltungsbericht des Magistrats für das Jahr 1909 folgende Daten: An höheren Schulen für männliche Jugend waren 7 vorhanden, die von insgesamt 8269 Schülern besucht wurden. Von den Schülern hatten 884 ganze und 158 halbe Freischule. Abzüglich sämtlicher Einnahmen kostete jeder Schüler des Realgymnasiums die Stadt 240 M., des Kommsen-Gymnasiums 245 M., der Kaiser-Friedrich-Schule 206 M., der Herder-Schule 466 M., der Oberrealschule I 211 M., der Oberrealschule II 249 M. und der Realschule 172 M. Für die Schülerinnen der städtischen höheren Lehranstalten betragen die Unterhaltungskosten abzüglich der Einnahmen in der Sophie-Charlotten-Schule 133 M., in der Auguste-Viktoria-Schule 138 M., in der III. höheren Mädchenschule 130 M. In der Bürger-Mädchenschule beliefen sie sich auf 122 M. Was wollen diesen Zahlen gegenüber die 188 M. bezagen, die die Stadt pro Kopf der Besucher der Gemeindefschule ausgibt!

Im ganzen gab es in Charlottenburg im Berichtsjahre an Gemeindefschulen 18 voll entwickelte Schulen für Knaben, 13 voll entwickelte für Mädchen und 8 in der Entwicklung begriffene mit Knaben- und Mädchenklassen. Die Zahl der Klassen belief sich im Sommer auf 541, im Winter auf 558. Im Sommer waren 69, in Winter 67 Klassen in Mieträumen und einigen in städtischen Besitz übergegangenen ehemaligen Wohnhäusern untergebracht. Außerdem waren im Sommerhalbjahr sechs stiegende Klassen vorhanden. Der im Jahre 1908 fortgesetzte Versuch der Umgestaltung des Volksschulwesens wurde fortgesetzt und erweitert. In den Grundklassen ist die Belegungszahl auf höchstens 45 herabgesetzt und die Stundenzahl von 22 auf 18 wöchentlich ermäßigt worden. Nach jeder halben Stunde ist eine Pause von 3 bis 5 Minuten eingeführt, und ferner ist die Ueberwachung der Schüler durch Schulärzte verstärkt worden. Solchen Kindern, welche in der Klasse nicht mitfortkommen können, erteilt der Klassenlehrer von der ersten Woche des dritten Monats nach Einschulung an wöchentlich drei Stunden Nachhilfeunterricht in Deutsch und Rechnen. Diejenigen Kinder, welche nach dem Urteil des Klassenlehrers und des Schularztes körperlich so schwach sind, daß sie 18 + 3 Stunden wöchentlich nicht vertragen, können vom Rektor von 1 bis 3 lektionsplanmäßigen Stunden der gleichen Fächer befreit werden. Auch ist es zulässig, einzelne Kinder innerhalb der Nachhilfestunden ein- oder mehrmals auf 10 Minuten zur Erholung auf den Schulhof zu entlassen. Nach den bisherigen Erfahrungen empfiehlt die Schulverwaltung, nicht mehr als 7 bis 9 Kinder gleichzeitig am Nachhilfeunterricht teilnehmen zu lassen, da sonst das einzelne Kind nicht individuell genug behandelt werden kann.

Auch der Versuch der Sondernung der Kinder nach Normalklassen und B-Klassen ist weiter ausgedehnt worden. Zur Ueberweisung nach den B-Klassen gelangten diejenigen Kinder, welche nach einjährigem Besuche der Grundklasse bezw. der Normalklassen für die Vertiefung noch nicht reif genug waren. Die Schülerzahl in den B-Klassen ist auf höchstens 30 festgesetzt, so daß der Lehrer die Möglichkeit hat, jedes einzelne Kind im Unterricht intensiver heranzuziehen und die wesentlichsten Teile des Lehrstoffes eingehender zu behandeln. Die Zahl der Unterrichtsstunden in diesen Klassen ist mit Rücksicht auf die körperliche Schwäche vieler Kinder gegenüber den entsprechenden Normalklassen herabgemindert. Auch der Lehrstoff ist etwas gelürzt. Den schwächsten Kindern der B-Klassen wurde von Anfang an vom Klassenlehrer Nachhilfeunterricht erteilt; auch wurden zum Nachhilfeunterricht solche Kinder überwiesen, welche wegen Krankheit eine Zeitlang am Schulbesuch verhindert waren. Die Erfolge sind erfreulich. Aber auch für die Normalklassen hat sich die Auscheidung der Schwachen nach dem B-System als entscheidender Vorteil erwiesen.

Bekanntlich ist Charlottenburg die erste preussische Gemeinde, die mit diesem, dem Mannheimer nachgebildeten Schulsystem vorgegangen ist. Angesichts der zufriedenstellenden Resultate wäre es wohl angebracht, daß auch andere Städte diesem Beispiel folgen, zumal da, wie wir oben gesehen haben, den Gemeinden daraus verhältnismäßig noch lange nicht soviel Unkosten pro Kopf wie aus den höheren Schulen erwachsen.

Schöneberg.

Die Arbeitgeberwahlen zur Ortskrankenkasse endeten mit einer Niederlage des bekannten Reichsverbändlers Senf, der gemeinsam mit Herrn Sabot die Wahlen zu beherrschen glaubte. Beide gehören dem Verein für Handel und Industrie an, in dem die Geschäftsteile und kleinen Handwerksmeister sich organisiert haben, um von dort aus das Geschick Schönebergs und der Ortskrankenkasse zu leiten. Der geistige Leiter dieses Vereins ist Buchdruckerbesitzer Senf, gleichzeitig Reichsverbändler und Sozialist. Dieser Herr strich von der Delegiertenliste der Arbeitgeber mehrere Namen, da ihm die Herren nicht launisch genug erschienen. Die von der Liste heruntergefallenen Arbeitgeber bemerkten rechtzeitig die Machinationen ihres Vorsitzenden und dessen Helfersbündler und stellten eine eigene Liste auf, natürlich ohne Senf. Unter dessen fandte Herr Senf an seine Seiten eine Karte mit dem Hinweis, rechtzeitig zur Wahl zu gehen, da sonst die Liste der Sozialdemokraten siegen würde. So stempelte der Vorsitzende des Handwerkervereins seine eigenen Mitglieder zu Sozialdemokraten, obwohl die sozialdemokratische Partei an dieser Wahl gar nicht beteiligt war. Als nunmehr ein Arbeitgeber erschien, der in der einen Hand einen Stimmzettel von der Mischung gegen Senf und in der anderen Hand die erhaltene Karte hatte, stürzte Herr S. auf den Herrn zu und bemerkte: Die Karte wäre wohl von ihm, aber der Stimmzettel nicht. Der Wähler erklärte, auf dem Stimmzettel steht kein sozialdemokratischer Name, mithin ist es der richtige, er eilte zum Wahllokal und gab den fraglichen Zettel ab. Auf diese Weise erhielt die Liste Senf 54 Stimmen, während die seiner Freunde und Mitglieder 109 Stimmen auf sich vereinigte. Die Reichsverbändler Senf und Sabot sollen auf dieser Niederlage geschworen haben, nie wieder die Sozialdemokratie an die Wand zu malen.

Heute abend 8 1/2 Uhr, bei Großer, Martin-Lutherstr. 51 im kleinen Saal: Fortsetzung des Vortrags Einführung in die moderne Gesellschaftslehre. Der Bildungsausschuß.

Groß-Lichterfelde.

Eine außerordentliche Sitzung der Gemeindevertretung fand am Montag statt, um zu dem Vertragsentwurf mit der Eisenbahnbehörde bezüglich der Unterführung an der Wilhelmstraße Stellung zu nehmen. Die Unterführung der genannten Straße hat die Veranlassung gegeben zu dem weitgehenden Plane der Eisenbahnverwaltung, den Zentralbahnhof Gr.-Lichterfelde-Df für die südwestlichen Vororte zu errichten, aber den im „Vorwärts“ schon vor einige Tagen berichtet wurde. Die Vorfestigung des Riveaübergangs im Zuge der Wilhelmstraße ist erst nach jahrzehntelanger Agitation, zahllo Petitionen und Interpellationen im Abgeordnetenhause endlich erreicht worden. Und nunmehr ist es die Eisenbahnverwaltung, die in der Angelegenheit drängt und sie innerhalb wenig Wochen von der Gemeinde erledigt wissen will. Und das ist gut so. Die gefährliche Aufgabe muß in kürzester Frist beseitigt werden; wenn auch die Eile, mit der die Sache jetzt betrieben wird, mehr in der Absicht der Bahnerwaltung, den Fernverkehr vom Potsdamer nach dem Anhalter Bahnhof zu verlegen und die Linie nach

Potsdam über Teltow zu verlegen, zu suchen ist. Leider bleibt die Oberer Straße im Niveau der Bahn liegen, so daß nach wenigen Jahren dort eine ebenso große Gefahrenquelle vorhanden sein wird wie jetzt an der Wilhelmstraße. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Eisenbahn ganze Arbeit mache und auch über diese Straße den Bahnlörper hinweglegte. — Aus dem Vertrage mit dem Eisenbahnschluss sind folgende wesentliche Punkte hervorzuhellen: Die Lichtweite der Straßenunterführung soll 18 Meter betragen; außerdem sollen Mittelstützen angebracht werden. Die Straßenkrone wird um 0,75 Meter gesenkt, bei einem Gefälle von 1:60. Die Gemeinde beantragt 10 Meter Lichtweite unter Innehaltung einer freien Dammbreite von 11 Meter. Die Gemeinde verpflichtet sich, einen Zuschuß von 100 000 M. zu leisten, die binnen vier Wochen nach Aufforderung an die Eisenbahn zu zahlen sind. Hier wird von der Gemeinde vorgeschlagen, diese Summe erst nach Beginn der Unterführungsarbeiten zu entrichten. Abweichend von der Vertragsbestimmung des hiesig bezüglich allenfallsiger Entschädigungsansprüche der Anlieger will die Gemeinde nur alle Entschädigungsansprüche, die etwa infolge Tieferlegung der Straßenkrone, insbesondere auch infolge Verbreiterung der Wilhelmstraße und der hierdurch bedingten Umänderungen der jetzigen Verhältnisse von Dritten gegen die Eisenbahnverwaltung geltend gemacht werden, übernehmen und die Eisenbahnverwaltung gegen alle Ansprüche Dritter in dieser Beziehung vertreten. Entschädigungsansprüche, die infolge der Veränderung der sonstigen Bahnanlagen erhoben werden, lehnt die Gemeinde ab. Die technischen Erläuterungen über den Bau der Gesamtanlage gab der Gemeindevorstand Liegen, während Schöffe P. Cagnier die Erklärung abgab, daß die Gemeinde den Wünschen von Privatinteressenten um Wahrnehmung ihrer Rechte gegen den Eisenbahnschluss unter keinen Umständen entsprechen könne. Privatinteressen Vorstuch zu leisten, dazu sei die Gemeindevertretung nicht da. Nach einer ausgedehnten Diskussion, die sich wesentlich um die Frage drehte, ob die Mittelstützen bleiben oder beseitigt werden sollten, wurde der Vertrag einstimmig genehmigt mit der Modifikation, wegen einer Verbreiterung der Unterführung auf etwa 22—24 Meter mit dem Eisenbahnschluss besonders zu unterhandeln. Eine Resolution in der ausgesprochen wird, die Eisenbahnverwaltung möge bezüglich der Ausgestaltung des Baues die örtlichen Verhältnisse und auch die übrigen Wünsche nach Möglichkeit berücksichtigen, fand einstimmige Annahme.

Lichterberg.

Ein Betriebsunfall ereignete sich gestern früh um 9 Uhr in der Eisengießerei von Hugo Hartung, Herzbergstr. 122/124. Dort war der Former Kalewoda aus Bernau mit dem Ausheben eines Gußstückes von 28 Zentner beschäftigt, als plötzlich die zur Befestigung dienende Klammer abrutschte und dem E. die Stirnlampe zerschmetterte. Außerdem trug der Verunglückte eine Gehirnerschütterung davon. In bedenklichem Zustand wurde E. nach dem Krankenhaus geschafft.

Ueber eine Petition der hiesigen Arbeiter, betreffend Einführung einer allgemeinen Arbeitsordnung, wird die heute nachmittag 6 Uhr im Rathaus tagende Stadtverordnetenversammlung Beschluß fassen. Außerdem findet noch die Wahl für die aufgelösten Magistratsmitglieder statt.

Klagen über die Abfertigungsmethode auf dem hiesigen Einziehungsbureau werden aus Verleumdungen abgemittelt. So wird u. a. mitgeteilt, daß eine Frau, die ihres Niedertruf entgegensteht, am 14. und 15. d. M. nach einständigem Warten den Raum wieder verlassen mußte, ohne abgefertigt zu werden. Am 17. gelang es nach langer Wartezeit derelben Frau die Steuern loszuwerden. Dabei hatte die Steuerbehörde die Versäumnis der Steuerzahlung mit 20 Pf. geahndet. Wie dieser Frau, so erging es einer ganzen Anzahl anderer im Bureau befindlichen Steuerzahler. Einige konnten nicht einsehen, warum ihnen 20 Pf. Versäumnisgebühren in Anwendung gestellt wurden, noch dazu, da sie keine Mahnzettel erhalten hatten. Ihnen wurde jedoch von den Beamten kurz entgegnet, daß sie das nichts angehe, man solle sich beim Bürgermeister beschweren.

Wenn der Andrang der Steuerzahler namentlich in den letzten Tagen der Zahlungsfrist ein so großer ist, sollte doch die Steuerbehörde noch andere Klänge in Bereitschaft halten. Die Schuld der letzten ist es doch zum Teil wenn die Steuerzahler nicht die Möglichkeit der pünktlichen Ablieferung haben.

Zehlendorf (Wannseebahn).

Montag, den 28. d. M., abends 7 1/2 Uhr, finden die Wahlen zur Ortskrankenkasse im kleinen Saal des Lindenparks statt. Da die Gegner alle Anstrengungen machen um die freien Gewerkschaften zu verdrängen, ist es Pflicht eines jeden Arbeiters zur Wahl zu gehen.

Röpendf.

Die letzte Stadtverordnetenversammlung genehmigte zunächst die erforderlichen Kosten zum Ausbau und zur Impflasterung von Verkehrsstraßen. Besonders sei erwähnt der Ausbau der Wald-dorfer Straße. Hier bestand nur eine Verbindung mit der von der Stadt Röpendf. gebauten Straßenbahn, ein fester Verkehrsweg war nicht vorhanden. Die Kosten des Ausbaues betragen 100 000 Mark, wovon die Stadt 45 500 M. zu tragen hat, der übrige Teil der Unkosten wird vom Kreis und von der Gemeinde Röpendf. getragen. Die Magistratsvorlage betreffend Abänderung des Ortsstatuts des Kaufmanns- und des Gewerbegerichts befürwortet, die Neuwahlen der Weisiger alle sechs Jahre erfolgen zu lassen. Zur Begründung wird angegeben, daß dadurch Gelder gespart werden, dabei kostet die ganze Wahl zu den Gewerbegerichten nur 58,30 M. Genosse Woid sprach dagegen, weil wohl in der Hofenerparnis nicht der eigentliche Grund gesucht werden könne. Gegen vierzehn Stimmen wurde der Antrag des Magistrats angenommen. Bei dem Punkt: Genehmigung zur Errichtung einer weiteren Polizeisergeantenstelle vertraten unsere Genossen die Auffassung, daß eine Vermehrung der Polizeibeamten überflüssig sei. Begründend wurde unter anderem angeführt, daß man oft beobachten könne, wie drei bis vier Beamte des Vormittags auf dem Amtsgericht stehen, um als Zeuge bei ganz geringfügigen Sachen zu dienen. Auch halte es die Arbeiterschaft der Stadt für überflüssig, daß man ihnen bei ihren Versammlungen stets zwei Beamte hinsendet; dafür könnten die Beamten zu nützlichen Zwecken verwendet werden. Mit 17 gegen 10 Stimmen fand die Vorlage Annahme. Der Punkt 9 der Tagesordnung war in die geheime Sitzung verlegt; da aber die Bürgerschaft das größte Interesse hat, auch zu erfahren, was für unbedeutende Anträge einzelne Beamte stellen, beantragte Genosse Woid im Namen der sozialdemokratischen Fraktion, diesen Punkt in der öffentlichen Sitzung zu verhandeln. Der Antrag fand Annahme. Der Schuldirektor Woid hatte beantragt, daß man ihm 60 M. Umzugskosten bewillige, die ihm entstanden sind bei seinem Einzuge in das Realgymnasium. Weiter hatte er beantragt, den Kreis zur Heizung seiner Dienstwohnung für den Preis zu lassen, den die Stadt selbst zahlt; dieser Antrag wurde als unbedeutend bezeichnet, um so mehr, als dieser Herr mit seinen Anträgen und Wünschen an Kommission und Magistrat gar nicht fertig wird. Bei dieser Gelegenheit wurde auch die Anfrage gestellt, ob und von wem der Herr die Genehmigung habe, in der Dienstwohnung Pensionäre zu halten; eine Genehmigung sei nicht erteilt worden. In der Debatte wurde festgestellt, daß die Dienstwohnung mit zwei Pensionären geteilt wird. Ein Antrag, den Magistrat zu ersuchen, dem Herrn mitzuteilen, daß, wenn er die Wohnung mit Nichtfamilienangehörigen teilt, die Genehmigung der zuständigen Instanz einzuholen habe, wurde abgelehnt.

Moggen (Kreis Teltow).

Die Gesehndenkennntnis des hiesigen Gemeindevorsteher. Wir teilen vor kurzem mit, daß gelegentlich einer Nachwahl zur Gemeindevertretung unmittelbar an die Hauptwahl eine notwendig

gewordene Stichwahl vollzogen wurde, was natürlich entgegen den Bestimmungen der Landgemeindeordnung ist. Der Wahlvorstand erklärte diesen ungeachtet den Kandidaten für gewählt, auf den die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfiel, obgleich dieser als Kirchendiener nach § 54 der Landgemeindeordnung nicht wählbar ist. Ueber die Gültigkeit der Wahl hat bekanntlich die Gemeindevertretung zu entscheiden. Dem Gemeindevorsteher wurde von unseren Genossen mitgeteilt, daß, falls von der Gemeindevertretung die Wahl trotz der groben Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen für gültig erklärt werden sollte, gegen diesen Beschluß Einspruch erhoben würde. Allmählich kam dem Gemeindevorsteher wohl auch zum Bewußtsein, wie wenig bisher die gesetzlichen Vorschriften beachtet wurden. Er ordnete eine Neuwahl an. Aus eigenem Recht! Die Gemeindevertretung wurde mit einer Beschlusfassung nicht erst beehelligt. Obgleich § 68 der Landgemeindeordnung klipp und klar sagt, daß über die Gültigkeit der Wahlen die Gemeindevertretung zu beschließen hat. Aus dieser neuerlichen Bekanntmachung, die für einen Teil der Gemeinde sehr plötzlich und unerwartet kam, ging auch nicht hervor, ob es sich nur um eine nochmalige Stichwahl oder um eine vollständige Neuwahl handelte. Wir betonen ausdrücklich, daß die vollzogenen Wahlen von keiner im Gesetz bestimmten Körperschaft etwa für ungültig erklärt worden sind. Erst am Wahltag selbst erfahren die zur Wahl erschienenen Wähler, daß der ganze Wahlakt nochmals vorgenommen werden soll. Das Ergebnis dieser Wahl gestaltete sich so: der Kandidat der Sozialdemokratie erhielt 9 Stimmen und auf die beiden bürgerlichen Gegenkandidaten entfielen je 7 Stimmen. Zwischen beiden entschied das Los, welches den Kirchendiener wieder in die Stichwahl brachte mit unserem Genossen. Der Termin der Stichwahl scheint diesmal entsprechend den Vorschriften der Landgemeindeordnung festgesetzt zu werden.

Aber auch in anderer Beziehung ist die Gesehndenkennntnis des Gemeindevorsteher recht charakteristisch. Schon die Methode der Aufstellung der Wählerlisten ist durchaus ungeschicklich. Nach § 41 der Landgemeindeordnung müssen alle zur Staatsbinnensteuer veranlagten, oder diejenigen, welche zu den Gemeindeabgaben nach einem Jahreseinkommen von mehr als 600 M. herangezogen werden, nach Erfüllung der sonstigen Voraussetzung der Landgemeindeordnung in der Wählerliste Aufnahme finden. Der Gemeindevorsteher von Roggen trug nur diejenigen als wahlberechtigt in die Wählerlisten ein, die mehr als 6 M. Staatssteuer bezahlten. Alle Einwohner, die keine Einkommensteuer zahlen, aber zu Gemeindeabgaben herangezogen sind, standen nicht in der Wählerliste. Aus jedem Kommentar der Landgemeindeordnung hätte sich der Gemeindevorsteher die nötige Aufklärung verschaffen können. Die oft recht eigenartige Gesehndenkennntnis der Gemeindevorsteher ist in der preussischen Bureaukratie ein besonderes Kapitel. Solange aber durch solche Maßnahme der Sieg der Bürgerlichen garantiert ist, wird liebevoll von unserem herrschenden Regime darüber hinweggesehen.

Oranienburg.

In der letzten Stadtverordnetenversammlung machte sich zunächst durch die Auslosung des Bürgermeisters Deutner als Kreisabgeordneter die Neuwahl eines Kreisabgeordneten notwendig. Mit 20 Stimmen wurde Bürgermeister Deutner wiedergewählt. Im Anschluß an die Sitzung fand eine Kundgebung durch die zu verarbeitende Habel statt. Der Zweck dieser Fahrt war, die neue Stadttrasse kennen zu lernen, die wesentlich abwärts von der früheren mit dem Fluß und der Firma Ebel vereinbar ist. Schon die letzte Versammlung hatte sich mit dieser Frage zu beschäftigen, man konnte sich aber nicht einigen und so wurde der Wunsch ausgesprochen, die Strecke persönlich in Augenschein zu nehmen und in einer späteren Sitzung als alleinigen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen. Da es sich hierbei um Veränderten, Erörterung neuer Strophen handelt, die aber hauptsächlich der Firma Gustav Ebel, Charlottenburg, zugute kommt, wird die nächste Stadtverordnetenversammlung für Oranienburg von ganz besonderer Bedeutung sein.

Potsdam.

Ungültige Polizeiverordnungen. Streitigkeiten zwischen Droschkenfahrern und Polizei haben jetzt zu dem Kammergerichtsurteil geführt, welches die Polizeiverordnung über das Droschkenfahrwesen aus dem Jahre 1884 für ungültig erklärt, weil nicht der ordnungsgemäße Ausbaur am Rathaus stattgefunden hat. Das Potsdamer Schöffengericht hat infolgedessen bereits gegen mehrere Droschkenfahrer, die wegen Uebertretung dieser Polizeiverordnung angeklagt waren, auf Freisprechung erkannt. Der Magistrat hat sofort einen Kundgeblassen am Rathaus angeordnet. Darin hat als erste Polizeiverordnung die erst jetzt erlassene über die Befreiung und Abfuhr des Hundmistes Aufnahme gefunden. Für das öffentliche Fährwesen besteht also jetzt keine Polizeiverordnung. Bei Verstößen nach anderen älteren Polizeiverordnungen wird jedenfalls auch mit Erfolg deren Ungültigkeit festgestellt werden müssen.

Spandau.

Der Magistrat beabsichtigt, probeweise vom 1. Januar 1911 ab einige Gasautomaten für 6 bzw. 10 Plammen anzustellen. Der Preis pro Kubikmeter Gas soll hierbei auf 18 Pf. festgelegt werden. Eine Gaszählermiete wird bei Automaten nicht erhoben. Meldungen sind an die Gasanstalt zu richten.

Nach ein Zeichen der Zeit. Wie ein hiesiges Blatt berichtet, haben die Schachungen auf dem städtischen Schlachthof in letzter Zeit ganz rapide abgenommen. Es wird „nichts übrig bleiben, um den Schlachthofetat balanzieren zu machen, als dem Referat besonders eine größere Summe zu entnehmen“. Die Stadt hätte hier die Pflicht, energisch die Defnung der Grenzen zu verlangen, aber da sind ja die bürgerlichen Stadtverordneten nicht für zu haben. So wie ein solcher Antrag einlaufen würde, machte sicher der konservative Vorsitzende läbliche Bedenken wegen der Kompetenz geltend und die übrigen bürgerlichen Stadtväter beugen sich und lehnen ab.

Jugendveranstaltungen.

Karlshorst. Die Kreis Jugendvereinsung Karlshorst* feiert am Sonnabend, den 28. November cr., ihr erstes Stiftungsfest im Café Bellevue, Rummelsburg, Hauptstr. 2. Das Programm enthält: Konzert, Reden: R. Schüler-Charlottenburg, Regitationen: Walter Zimmermann, Räucherchor: Gesangsverein „Waldbesucher“, Friedrichsfelde-Karlshorst. Nach den Vorstellungen Tanz, keine Rauchzahlung, Eintritt 30 Pf., Anfang 9 Uhr.

Wasserstands-Nachrichten.

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wasserbureau.

Wasserstand	am		Wasserstand	am	
	22. 11.	21. 11.		22. 11.	21. 11.
Bemmel, Teltow	210	+8	Saale, Großh.	185	-9
Bregel, Jüterbog	207	+3	Davel, Spandau	96	+4
Beichel, Teltow	150	-12	Kathowen	59	+1
Oder, Rathow	306	-43	Spree, Zverenberg	120	0
„ „ „	257	-4	„ „ „	185	-1
„ „ „	266	-10	„ „ „	1	+3
„ „ „	86	+4	„ „ „	74	-4
„ „ „	38	+4	„ „ „	458	-12
„ „ „	14	-2	„ „ „	311	-12
„ „ „	171	-12	„ „ „	297	-2
„ „ „	70	-10	„ „ „	123	-9
„ „ „	530	+14	„ „ „	—	—
„ „ „	270	+12	„ „ „	246	-19

*) + bedeutet Hoch, — Fall. *) Unterpostel. *) Schnelles Grund-einstreben.

Nach telegraphischer Meldung ist die Ober bei Kalidor bis heute morgen auf 276 cm gefallen und fällt weiter.